



**2. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 26. September 2013
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 22.50 Uhr**

Anwesend sind: 43 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Daniel Dähler, 2. Heinz Eng, 3. Sarah Früh, 4. Sandro Gervasoni, 5. Alexandra Kämpf,
6. Urs Knapp, 7. Dr. Max Pfenninger, 8. Daniel Probst, 9. Thomas Rauch, 10. Simone Sager,
11. Deny Sonderegger

Sozialdemokratische Partei:

1. Ramazan Balkaç, 2. Rolf Braun, 3. Eugen Kiener, 4. Dr. Rudolf Moor, 5. Luc Nünlist,
6. Renata Pfeiler, 7. Daniel Schneider, 8. Dr. Arnold Uebelhart, 9. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Sonja Bossart Meier, 2. Heidi Ehram, 3. Dr. Christoph Fink, 4. Muriel Jeisy,
5. Thomas Pfluger, 6. Roland Rudolf von Rohr, 7. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Beate Hasspacher, 4. Anita Huber,
5. Michael Neuenschwander, 6. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Doris Känzig, 3. André Köstli, 4. Kilian Schmidiger, 5. Dr. David Wenger,
6. Christian Werner, 7. Gert Winter

Junge SP Region Olten:

1. Luisa Jakob



Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Baudirektion
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Informatik
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Claudia Grütter, Leiterin Personaldienst
Stefan Hagmann, Rechtskonsulent
Urs Tanner, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:

Thomas Frey
Dr. Christine von Arx
Lukas Derendinger
Tabitha Germann
Huguette Meyer Derungs
Marlène Wälchli Schaffner
Beatrice Schaffner

Vorsitz: Dieter Ulrich

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *



Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Gemeindeparlament/Demission
3. Vereidigung der an der Parlamentssitzung vom 22.8.2013 nicht anwesenden Ratsmitglieder durch den Stadtpräsidenten
- * 3a Dringliche überparteiliche Motion zum Entlastungsprogramm/Frage der Dringlichkeit
- * 3b Dringliche Motion David Wenger (SVP) betr. sofortige Wiedereinführung der Fussgängerstreifen in der Innenstadt/Frage der Dringlichkeit
4. Pensionskommission/Demission und Ersatzwahl
5. Ausserparlamentarische Kommissionen, Amtsperiode 2013-2017/Neuwahlen
6. Heilpädagogische Sonderschule/Übernahme Gebäude durch Kanton
7. Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 111), Totalrevision/Spezialkommission
- * 7a Dringliche überparteiliche Motion zum Entlastungsprogramm/Beantwortung
8. Entlastungspaket 2014ff./Kenntnisnahme und Genehmigungen
9. Investitionsplan 2014-2020/Kenntnisnahme
- * 9a Dringliche Motion David Wenger (SVP) betr. sofortige Wiedereinführung der Fussgängerstreifen in der Innenstadt/Beantwortung
- ** 10. Unerledigte parlamentarische Vorstösse/Abschreibung und Kurzberichterstattung
- ** 11. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 11.1. Interpellation Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. Entwicklungsstrategie Bauzonen (Zonenplanung) (eingereicht am 21.11.2012)
 - 11.2. Interpellation Daniel Schneider (SP) und Mitunterzeichnende betr. substantielle Veränderungen bei Bauvorhaben nach der Kreditgenehmigung (eingereicht am 21.11.2012)
 - 11.3. Interpellation Felix Wettstein (GO) und Mitunterzeichnende betr. Preisgestaltung im neuen Strommix (eingereicht am 20.09.2012)
 - 11.4. Vorschlag „Freunde des Wildparks Mühletäli“ (eingereicht am 23.05.2013)
- * Ergänzung der Traktandenliste
- ** aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsident Dieter Ulrich begrüsst die Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Parlamentssitzung.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsident Dieter Ulrich:

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 23. Mai 2013 ist vom Büro am 9. September 2013 definitiv genehmigt worden.

* * *

Totenehrung

Am 21. August ist Herr Dr. Richard Büttiker verstorben. Er war als Mitglied der Polizeikommission sowie als tierärztlicher Fleischschauer und Kontrolltierarzt für die Stadt tätig.

Die Anwesenden erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sitzen.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Dringliche überparteiliche Motion zum Entlastungsprogramm
- Dringliche Motion David Wenger (SVP) betr. sofortige Wiedereinführung der Fussgängerstreifen in der Innenstadt
- Motion Christian Werner (SVP) betr. Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung durch Parlamentsverkleinerung
- Motion Felix Wettstein (Fraktion Grüne) betr. Balance zwischen Regierung und Parlament I: Direktionszuteilungen
- Postulat Felix Wettstein (Fraktion Grüne) betr. Balance zwischen Regierung und Parlament II: Entscheidungen zur Ortsplanung

Beilage
Vorstosstexte

DRINGLICHE ÜBERPARTEILICHE MOTION ZUM ENTLASTUNGSPROGRAMM

24. September 2013

Kernaufgaben definieren und dann sparen

Der Stadtrat wird beauftragt, bis zur Behandlung des Budgets 2014 dem Gemeindeparlament der Stadt Olten konkrete Aktionen vorzuschlagen, welche die Laufende Rechnung bis Ende 2015 um mindestens CHF 14 Millionen entlasten (im Vergleich zur Rechnung 2012).

Zu diesem Zweck definiert der Stadtrat vorab die Kernaufgaben der Stadtverwaltung und spricht sich dafür mit den Fraktionen im Gemeindeparlament ab.

Damit der Stadtrat mehr Zeit für die Erfüllung dieser Aufgabe erhält, wird die Beschlussfassung über das Budget 2014 bei Bedarf bis Anfang 2014 verschoben.

Begründung der Motion

Ohne Gegenmassnahmen droht der Stadt Olten ein Defizit von rund 28 Millionen Franken und ein Cash-loss (negativer Cash-flow oder Mittelabfluss) von 14 Millionen Franken.

Die notwendigen Einsparungen lassen sich mit vielen kleinen Einzelmassnahmen kaum erreichen. Vielmehr müssen zuerst die entscheidenden Fragen beantwortet werden:

- Was sind überhaupt die Kernaufgaben der Stadtverwaltung?
- Welche Aufgaben muss die Stadtverwaltung selber machen?
- Welche Aufgaben soll die Stadtverwaltung nicht (mehr) machen?
- Und welche Aufgaben kann die Stadtverwaltung an Dritte übergeben?

Die Motion fordert den Stadtrat auf, über Einzelmassnahmen hinaus diesen grundsätzlichen Ansatz für die Sanierung der städtischen Finanzen zu verfolgen. Damit dafür etwas mehr Zeit zur Verfügung steht, kann auch der ursprüngliche Terminplan für die Behandlung des Budgets 2014 verändert werden. Angesichts des dringenden Handlungsbedarfs bleibt dagegen ein klares Sparziel unverändert.

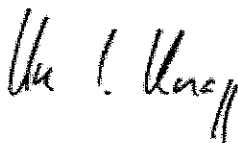
Begründung der Dringlichkeit

Da die Arbeiten am Budget 2014 auf Hochtouren laufen, muss dieser Vorstoss, der mehr Zeit für die Budgetgenehmigung vorsieht, dringlich behandelt werden.

Erstunterzeichner



Gert Winter
Fraktionschef SVP



Urs Knapp
Fraktionschef FDP

Dringliche Motion, 24. September 2013

Sofortige Wiedereinführung der Fussgängerstreifen in der Innenstadt

Text:

Der Stadtrat wird beauftragt, in der Begegnungszone sowie in den Tempo-30-Zonen an den stark frequentierten Stellen wieder Fussgängerstreifen anzubringen.

Begründung:

Nachdem der Stadtrat noch im August von einer Redimensionierung der Begegnungszone gesprochen und damit auf die Verunsicherung in der Bevölkerung bezüglich der Strassenüberquerung reagiert hat, machte er im September seine Ankündigung wieder rückgängig. Er will der Begegnungszone „eine Bewährungsfrist“ geben und mit allfälligen Massnahmen bis Mitte 2014 zuwarten.

Diese Entscheidung ist unverständlich. In seiner dringlichen Interpellation vom 17. August hat Thomas Rauch auf die Gefahren für Fussgänger und Autofahrer hingewiesen, wenn in Begegnungszonen ohne die notwendigen gestalterischen Massnahmen Fussgängerstreifen generell entfernt werden. Die Begegnungszone in der Innenstadt ist als solche kaum zu erkennen. Grössere gestalterische Massnahmen kann sich die Stadt Olten aus bekannten finanziellen Gründen im Moment nicht leisten. Folglich bleibt als günstiges Hilfsmittel nur der Fussgängerstreifen, der sowohl für Fussgänger als auch für Autofahrer ein allseits bekanntes, sicheres „Rechte-und-Pflichten“-Paket bietet. Alte und junge Verkehrsteilnehmer wissen, wie sie sich am Fussgängerstreifen verhalten müssen, was in Bezug auf Begegnungs- und „Tempo-30“-Zonen nicht vorausgesetzt werden kann. Entsprechend gross ist die Verunsicherung namentlich bei älteren und bei ganz jungen Passanten, aber auch bei Autofahrern. Der Stadtrat steht vor der Wahl: entweder schickt er die gesamte Bevölkerung in eine Verkehrsschulung oder er führt an den neuralgischen Punkten die Fussgängerstreifen wieder ein. Ersteres dürfte unter anderem aus finanziellen Gründen nicht in Frage kommen. Letzteres wäre ein pragmatisches Gebot der Stunde. Niemand will letztlich Unfälle in Kauf nehmen.

Begründung der Dringlichkeit:

Seit dem Schulanfang Mitte August sind viele Eltern mit Kindern im Hübeli-Schulhaus stark verunsichert und haben grosse Sorgen um die Sicherheit ihrer Kinder. Auch andere Passanten – insbesondere ältere Personen aus der Altersresidenz Bornblick – sind durch die neue Situation verwirrt und bewegen sich unsicher in der Begegnungszone. Sie erwarten eine rasche Verbesserung der Situation und einen Rückgewinn an Sicherheit.

David Wenger

Begründung:

Das Oltnrer Gemeindeparlament ist mit seinen 50 Mitgliedern sehr gross. In den meisten anderen, von ihrer Grösse her vergleichbaren Deutschschweizer Gemeinden, die ebenfalls über ein Parlament verfügen, ist dieses kleiner. So umfassen die Gemeindeparlamente von Zofingen (ca. 11'000 Einwohner), Liestal (ca. 14'000), Langenthal (ca. 15'000), Reinach BL (ca. 19'000), Allschwil (ca. 20'000), Riehen (ca. 21'000), Dübendorf (ca. 25'000), Emmen (ca. 28'000), Köniz (ca. 39'000) und Thun (ca. 44'000) allesamt 40 Mitglieder. Bülach und Kloten (beide ca. 18'000 Einwohner) haben sogar nur 28 bzw. 32 Gemeindeparlamentarier, Wädenswil (ca. 21'000) deren 35, während die Parlamente von Dietikon (ca. 24'000), Kriens (ca. 26'000) und Uster (ca. 33'000) je 36 Mitglieder umfassen. Abgesehen von Olten kennen im Mittelland – soweit ersichtlich – lediglich Baden (ca. 18'000 Einwohner), Aarau (ca. 20'000) und Wettingen (ca. 20'000) ein Gemeindeparlament mit mehr als 40 Mitgliedern.

Die Diskussionen im Oltner Gemeindeparlament sind oft langatmig, die Sitzungen bisweilen ineffizient – dies nicht zuletzt wegen der Grösse des Parlaments. Dessen Verkleinerung hätte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Effizienzsteigerung – bei gleichzeitiger Kosteneinsparung – zur Folge. Zumal die Gemeindeordnung in den nächsten Monaten sowieso einer Revision unterzogen wird, könnte die entsprechende Anpassung gleich in diesem Zuge und ohne grossen Mehraufwand vorgenommen werden. Die Repräsentation der Oltner Bevölkerung wäre auch bei 36 Gemeindeparlamentariern in hohem Masse gewährleistet.

Der Solothurner Kantonsrat wurde im Jahr 2005 von 144 auf 100 Mitglieder verkleinert. Diese Reduktion hat sich in der Praxis bewährt. Auch im Vergleich zur Grösse des Kantonsrats ist das Oltnr Gemeindepardament mit seinen 50 Mitgliedern zu gross.

H. W. W.
 G. Winter
 J. A. H. H.
 K. Schmidiger
 K. Koestli

Gemeindeparlament der Stadt Olten
26. September 2013

Motion Felix Wettstein (Fraktion Grüne):

Balance zwischen Regierung und Parlament I: Direktionszuteilungen

Die Notwendigkeit einer Zustimmung des Parlaments zur Direktionszuteilung ist aufzuheben. Der Stadtrat wird beauftragt, mit der bevorstehenden Änderung der Gemeindeordnung entsprechende Anpassungen in Artikel 23 sowie 39 vorzunehmen und sie dem Parlament sowie der Volksabstimmung zu unterbreiten.

Begründung:

Die Verantwortung für die Verwaltungsorganisation, konkret für die Einteilung in Direktionen und deren Zuteilung an die gewählten Regierungsmitglieder liegt in der Zuständigkeit der Exekutive. Dieser Grundsatz der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive wird in allen Kantonen und Gemeinden eingehalten – ausser in Olten.

Die Monate nach den Stadtrats-Neuwahlen 2013 haben gezeigt, dass das Vetorecht des Parlaments zu einer monatelangen Blockade führt. Dies beeinträchtigt nicht nur die ordentliche Arbeitsaufnahme und die Zusammenarbeit in der Regierung, auch die Verwaltung ist gelähmt. Das kann sich eine Stadt gegenüber ihren Einwohnerinnen und Einwohnern sowie den Steuerzahlenden nicht leisten.

Artikel 23 der Gemeindeordnung regelt die Befugnisse des Gemeindeparlamentes: Hier ist Buchstabe g) „Genehmigung der Direktionszuteilung“ aufzuheben. Artikel 39 regelt die Aufgaben des Stadtrates betreffend Ein- und Zuteilung der Verwaltungstätigkeit: Hier ist der letzte Satz von Absatz 1 zu streichen.

F. Wettstein
B. Harssperde
A. H. H.
H. H.
A. H. H.
U. H. H.
S. H. H.

S. H. H.
M. Jeisy-Stub
A. H. H.
A. H. H.
A. H. H.
A. H. H.
A. H. H.
Renata Pfeiler

Gemeindeparlament der Stadt Olten
26. September 2013

Postulat Felix Wettstein (Fraktion Grüne):

Balance zwischen Regierung und Parlament II: Entscheidungen zur Ortsplanung

Der Stadtrat wird eingeladen aufzuzeigen, wie das Parlament zur künftigen Ortsplanung der Stadt Olten, namentlich zu Anpassungen der Nutzungspläne und des Zonenplanes, ein verbindliches Mitspracherecht erhält und welche gesetzlichen Anpassungen dafür notwendig sind.

Begründung:

Es dürfte schweizweit einmalig sein, dass in einer Gemeinde mit einem Gemeindeparlament die Exekutive in Fragen der Ortsplanung, im Speziellen zur Nutzungs- und Zonenplanung alleiniges und abschliessendes Entscheidungsrecht hat (vorbehalten ist einzig die Zustimmung durch die kantonale Behörde). Die mit der Ortsplanung verbundenen Planungsinstrumente sind zweifellos für die Steuerung der Entwicklung einer Gemeinde zentral, und ausgerechnet dazu hat in Olten das Parlament nichts zu sagen.

In anderen Kantonen unterliegen Änderungen der kommunalen Nutzungs- und Zonenpläne in aller Regel dem fakultativen, bisweilen sogar dem obligatorischen Referendum. Entsprechend gilt für Gemeinden mit Parlament: Dieses muss Änderungen der Ortsplanungsinstrumente beraten und Beschlüsse fassen.

In Olten wird bei diesem Thema reflexartig darauf verwiesen, dass die Stadt nichts ändern könne, weil die kantonale Gesetzgebung die Zuständigkeit für die Ortsplanung abschliessend regle: Planungsbehörde sei der Gemeinderat (§ 9 Ziff. 2 des Planungs- und Baugesetzes). Aus dem kantonalen Gemeindegesetz wiederum gehe hervor, dass in der ausserordentlichen Gemeindeorganisation (welche für keine andere Gemeinde als für Olten gilt) der Stadtrat als „Gemeinderat“ gilt und folglich die alleinige Planungsbehörde sei (§ 97 Gemeindegesetz).

Dieser Hinweis verkennt zwei Dinge:

- a) Auch bei gleich bleibender rechtlicher Zuständigkeit ist es zulässig, dass der Stadtrat das Gemeindeparlament konsultiert und dass die Einwohnergemeinde Olten ein solches Konsultationsverfahren verbindlich regelt;
- b) Wenn aus Sicht der Einwohnergemeinde Olten die Formulierungen zur ausserordentlichen Gemeindeorganisation im Gemeindegesetz nicht genügen, sollte es keine allzu hohe Hürde sein, das Gesetz in diesem Punkt anzupassen, denn es würde sich weder für eine andere Gemeinde noch für den Kanton etwas ändern.

Warum ist die heutige Situation in Olten problematisch? Stossend ist nicht bloss, dass das Parlament nichts zu sagen hat, sondern auch die schmale Abstützung aller Entscheide. Für Beschlüsse zur Ortsplanung genügt eine einfache Mehrheit im Stadtrat (drei von fünf), welcher bekanntlich im Majorzverfahren gewählt wird und die politischen Kräfteverhältnisse nicht unbedingt widerspiegelt. Im Unterschied dazu sind es zum Beispiel in Solothurn 30, in Zuchwil 23 oder in Grenchen 15 Mitglieder des Gemeinderates – im Proporz gewählt und somit die Kräfteverhältnisse abbildend – welche für Entscheidungen zur Zonenplanung geradestehen müssen.

Erstunterzeichner:

Weitere Unterzeichnende s. Rückseite



AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. September 2013

Prot.-Nr. 9

Gemeindeparlament/Demissionen

Für das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 17. Juni 2013 demissioniert Florian Amoser (SP) als Mitglied des Gemeindeparlamentes per 31. Juli 2013.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Florian Amoser (SP) zu genehmigen.

Ebenfalls hat Lukas Derendinger (SP) seinen Rücktritt erklärt.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Florian Amoser (SP) genehmigt.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Lukas Derendinger (SP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Florian Amoser, Friedastrasse 14, 4600 Olten
Herrn Lukas Derendinger, Haldenstrasse 10, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. September 2013

Prot.-Nr. 10

Vereidigung von Ratsmitgliedern durch den Stadtpräsidenten

Zum feierlichen Akt der Vereidigung erheben sich alle Anwesenden von den Sitzen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey verliest das Gelöbnis:

“Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.”

Die anwesenden Parlamentsmitglieder sprechen hierauf:

“Ich gelobe es.”

Somit haben das Gelöbnis abgelegt:

1. Neuenschwander Michael
2. Nünlist Luc
3. Pfluger Thomas
4. Wenger Dr. David

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Danke vielmals. Ich wünsche Euch alles Gute, auch eine gute Zusammenarbeit in diesem Rat.

Es folgt Applaus.

Die Vereidigung des heute fehlenden Parlamentsmitgliedes Thomas Frey erfolgt an einer nächsten Sitzung.

Mitteilung an:
Oberamt Olten-Gösgen (2)
Stadtschreiber
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. September 2013

Prot.-Nr. 11

Dringliche überparteiliche Motion zum Entlastungsprogramm/Frage der Dringlichkeit

Urs Knapp: Wir möchten mit diesem Vorstoss einerseits dem Stadtrat mehr Zeit für die Vorbereitung geben, andererseits auch ein Verfahren machen, das einen etwas anderen Ansatz hat. Wenn man dies jetzt machen will, muss man es dringlich tun, weil in der nächsten Sitzung das normale Budget behandelt wird. Von daher würden wir Ihnen beliebt machen, die Dringlichkeit jetzt zu befürworten. Es passt im Prinzip ideal zum Traktandum 8.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Der Stadtrat beantragt, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Anita Huber, Fraktion Grüne: Wir sind ebenfalls unzufrieden mit dem vorgelegten Entlastungsprogramm und werden später darauf reagieren. Wenn wir lesen, dass mindestens 14 Millionen pro Jahr eingespart werden sollen, überlegen wir uns die Konsequenzen für die Einwohnerinnen und Einwohner von Olten. Eine derart grosse Einsparung führt zu einem massiven Leistungsabbau. Sollen nun die Oltner Sport- und Kulturstätten geschlossen werden? Wird die Eishalle abgerissen und die Badi geschlossen? Soll Olten als lokale Zentrumsstadt zur Gemeinde ohne Museum werden? Es ist klar, dass wir sparen müssen. Aber es braucht dazu eine klare Strategie, die sich an der Bevölkerung und nicht an den Bedürfnissen der Stadträte orientiert. Ebenfalls dürfen Volksentscheide nicht durch Sparbeschlüsse rückgängig gemacht werden. Zudem wollen wir kein kopfloses Sparprogramm, wo durch kurzfristiges Streichen langjährig getätigte Investitionen zum Fenster hinaus geworfen werden oder in Zukunft Mehrkosten entstehen, wenn beispielsweise der Unterhalt vernachlässigt wird und dann teurer Ersatz beschafft werden muss. Wir beurteilen eine krasse Sparrunde als kontraproduktiv. Wenn die Stadt ihre öffentlichen Leistungen massiv senkt, werden zahlungskräftige Neuzuzüger abgeschreckt. Deshalb wird es unumgänglich sein, im November auch über eine Steuererhöhung zu diskutieren. Wir lehnen die Dringlichkeit der Motion zum Entlastungsprogramm ab und werden sie nicht überweisen.

Daniel Schneider, Fraktion SP/Junge SP: Merci der FDP und der SVP für diese Motion. Die SP wird diese Dringlichkeit unterstützen, nicht aber, weil sie den Inhalt unterstützungswürdig findet, sondern weil sie es durchaus als gutes Signal betrachtet, sich als Stadtrat selber genügend Zeit einzuräumen, falls dies notwendig ist, in dieser finanziellen Sondersituation ein sorgfältiges und ausgewogenes Budget zu verfassen. Den Inhalt selber betrachten wir eigentlich als so gewichtig – es hört sich nämlich etwas nach Verwaltungsreform an – dass es nicht in einer „Hüst-Hott-Aktion“ innert zwei Monaten erledigt werden kann, sondern in einer ordentlichen, schon lange überfälligen, jetzt aber brandaktuellen Verwaltungsreform erledigt werden muss. Vielleicht hört der Stadtrat diese Signale.

Roland Rudolf von Rohr, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich spreche nur zur Dringlichkeit. Unsere Fraktion sagt zur Dringlichkeit klar ja. Zum Inhalt werden wir uns nachher äussern.

Beschluss

Mit 32 : 7 Stimmen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. September 2013

Prot.-Nr. 12

Dringliche Motion David Wenger (SVP) betr. sofortige Wiedereinführung der Fussgängerstreifen in der Innenstadt/Frage der Dringlichkeit

Dr. David Wenger: Ein Verkehrsregime in der Innenstadt ist etwas, das in den letzten zwei, drei Monaten ziemlich zu reden gab. Wir haben eine grosse Verunsicherung, die man vor allem auf der Seite der schwächeren Verkehrsteilnehmer spürt, und es hat in diesem Zusammenhang auch schon eine Interpellation gegeben. Es hat auch schon unterschiedliche Meinungen im Stadtrat gegeben, zuerst einmal eher eine aktivere in dieser Beziehung und dann wieder eine zurückhaltendere. Es ist klar, dass man diese Sache eigentlich jetzt angehen muss und punkto Sicherheit nicht noch lange warten sollte, bis dann erste Unfälle passieren. Das wäre die Begründung für die Dringlichkeit. Wenn die Motion sonst auf dem normalen Weg laufen würde, wird es wahrscheinlich irgendwie Frühling und dann müssten wir vielleicht vorher andere Massnahmen treffen.

Stadtrat Thomas Marbet: Der Stadtrat unterstützt die Dringlichkeit.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP/Junge SP: Die SP lehnt, obwohl wir ja sonst zu diesem Geschäft fast immer gleicher Meinung wie der Stadtrat sind, die Dringlichkeit ab und zwar eigentlich aus drei Gründen. Der erste Grund ist, dass die Situation heute objektiv sicher viel weniger gefährlich als zu Zeiten, als noch Tempo 50 war. Das ergibt sich ganz einfach aus den physikalischen Regeln. Auch wenn jetzt noch nicht ganz alle 20 fahren, sondern 25, sind die Bremswege um ein Vielfaches kürzer geworden und die kinetische Energie ist soviel kleiner, dass auch, wenn etwas passiert, einfach praktisch nichts mehr passiert. Wieso soll jetzt plötzlich etwas Dringendes aus Sicherheitsgründen dringlich sein, wo es eben viel weniger gefährlich ist, als es vorher war. Nachher ist eine Begründung, dass der Stadtrat nichts macht. Aus unserer Sicht stimmt dies nicht. Der Stadtrat hat nur gesagt, dass die Zonen nicht verkleinert werden. Aber der Stadtrat hat auch gesagt, dass er noch kostengünstige Massnahmen umsetzt. Jetzt lassen wir dem Stadtrat doch einmal Zeit zu tun, was er vorgesehen hat, weil, was der Stadtrat hier im Sinn hat, nicht so schlecht sein kann. Noch das Letzte: Fussgängerstreifen in Begegnungszonen gibt es einfach nicht und eine Motion dringlich zu erklären mit einem Ziel für etwas, das es nicht gibt, scheint uns auch von der Sache her nicht gerade logisch. Zum Inhalt werde ich nachher noch sprechen.

Roland Rudolf von Rohr: Ich kann nicht für die Fraktion reden, weil die dringliche Motion relativ spät eingegeben wurde. Persönlich möchte ich aber sagen, dass man aus meiner Sicht zustimmen sollte. Es hat zwei Gründe. Einer ist, dass der Stadtrat die Antwort ja selber geben will. Dann denke ich, dass wir sie doch hören sollten. Der andere Grund ist, dass Deine Argumente richtig sein mögen, aber es den Leuten in der Stadt unter den Nägeln brennt. Sie wollen Antworten hören und man sollte sie ihnen zugänglich machen.

Heinz Eng: Ich spreche auch für mich. Es gibt ein geflügeltes Wort, das heisst: Ordre, contreordre, désordre. Das passiert jetzt in Olten. Es ist ein Hick-Hack, ein Hin und Her in den letzten paar Wochen. Einerseits sagt man, diese Begegnungszone will man festhalten. Dann sagt man wieder, und leider trägt auch der Stadtrat zu diesem ganzen Spiel etwas bei, mit einer „Hüst- und Hott-Politik“, wo es schlussendlich einfach gewisse Unglaublichkeiten gibt. Ruedi, ich bin jetzt effektiv nicht immer Deiner Meinung. Aber hier muss ich Dir auch recht geben. Jetzt muss man die Sache einfach einmal durchziehen. Sonst gibt es hier alle zwei, drei Wochen wieder andere Meinungen. Vor allem dann, wenn wir innerhalb der nächsten paar Monate eine Evaluation vornehmen und wieder entscheiden. Aber was jetzt hier abgeht, hin und her, und hinauf und herunter, und jeder weiss es noch besser. Es ist wahnsinnig, wie hier die Glaubwürdigkeit dieser ganzen Massnahmen leidet. Deshalb möchte ich beliebt machen: Jetzt lassen wir es einmal so, warten ab, machen in ein paar Monaten eine Evaluation und nachher wird neu entschieden.

Beschluss

Mit 21 : 16 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Dringlichkeit bejaht.

Mitteilung an
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. September 2013

Prot.-Nr. 13

Pensionskommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Pensionskommission sind eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Schreiben vom 10. September 2013 demissioniert Erich Leimgruber per sofort als Arbeitnehmersvertreter vpod der Pensionskommission.

Mit Schreiben vom 10. September 2013 schlägt der vpod aargau/solothurn Samuel Köhli, Bauleiter und Präsident der Betriebskommission der Stadt Olten, zur Ersatzwahl als Mitglied der Pensionskommission vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Erich Leimgruber und die Ersatzwahl von Samuel Köhli zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig genehmigt das Parlament die Demission von Erich Leimgruber und die Ersatzwahl von Samuel Köhli.

Mitteilung:

Herrn Erich Leimgruber, Föhrenstrasse 7, 4654 Lostorf
Herrn Samuel Köhli, Bauleiter
Oberamt Olten-Gösigen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. September 2013

Prot.-Nr. 14

Ausserparlamentarische Kommissionen, Amtsperiode 2013-2017/Neuwahlen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Gestützt auf die Wahlanträge der Parteien hat die Stadtkanzlei die Nominationen für die ausserparlamentarischen Kommissionen – mit Ausnahme der Pensionskommission - für die Amtsperiode 2013-2017 zusammengestellt. Das beiliegende Verzeichnis bildet einen integrierenden Bestandteil des nachfolgenden Beschlussesantrages. Die noch vorhandenen Vakanzen werden bei Erhalt von allfälligen weiteren Nominationen zu einem späteren Zeitpunkt dem Parlament zur Behandlung unterbreitet.

Pensionskommission:

An der Parlamentssitzung vom 26./27. Juni 2013 wurden die Statuten der Pensionskasse mit Wirkung per 1.1.2014 total revidiert. Demnach werden künftig die Arbeitgebervertretung in der Pensionskommission nicht mehr vom Parlament, sondern vom Stadtrat gewählt. Aus diesem Grund wird dem Parlament beantragt, die Amtsperiode der bestehenden Pensionskommission bis in Kraft treten der neuen Statuten bis 31. Dezember 2013 zu verlängern.

Beschlussesantrag:

1. Die vorgeschlagenen Personen für die verschiedenen ausserparlamentarischen Kommissionen sowie den Zweckverband Abwasserregion Olten gemäss Verzeichnis werden gewählt.
2. Die Amtsperiode für die Pensionskommission wird bis 31. Dezember 2013 verlängert.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag des Parlamentsbüros zugestellt.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Vorab eine Bemerkung: Ihr habt in den Unterlagen mit den Wahlvorschlägen bei vier Kommissionen noch Frau Ursula Rüegg, die kandidiert. Sie konzentriert sich jetzt neu einzig auf ihre Kandidatur für die Alters- und Gesundheitsfragen, das heisst, sie wird bei den anderen Kommissionen nicht mehr kandidieren. Der Ablauf wäre so, dass wir bei den Kommissionen, bei denen es nicht mehr Nominationen als zu besetzende Sitze gibt, offen wählen werden. Dort, wo es Kampfwahlen gibt, wo es also mehr Kandidaten und Kandidaten als zu besetzende Sitze gibt, wird es eine schriftliche geheime

Wahl geben. Wir werden diese Wahlen alle nacheinander durchführen und in der Pause zählt das Büro diese Wahlen dann aus, damit wir hier nicht allzu lange Pausen haben und nicht zu viel Zeit verlieren.

Christian Werner: Ich möchte noch kurz zwei, drei grundsätzliche Sätze dazu sagen und zwar ist es so, dass diese Kommissionen eigentlich nach dem Proporz verteilt werden, das heisst, dass dann nicht die Parteien bestimmen, wie stark sie dort vertreten sein sollen, sondern das Wahlvolk bestimmt dies indirekt, dadurch, dass es das Parlament wählt und diese Kommissionen werden nachher eigentlich nach dem gleichen Verteilschlüssel verteilt. Das war bis jetzt immer unbestritten und die Parteien haben sich immer daran gehalten. Deshalb ist für die SVP-Fraktion eigentlich klar, dass wir die offiziellen, von den Parteien nominierten Kandidaten gemäss Proporz unterstützen und wählen, auch wenn sie andere Meinungen als wir vertreten. Das ist eben genau Sinn und Zweck dieses Proporz. Es sollen alle Meinungen vertreten sein. In diesem Zusammenhang habe ich aber eigentlich mit Erstaunen feststellen müssen, dass sich die Grünen offenbar nicht daran halten. Die Grünen haben die letzten Wahlen verloren, haben dort einen Sitz verloren, sind entsprechend aus verschiedenen Kommissionen gefallen und kommen jetzt mit wilden Kandidaturen und bestreiten eigentlich den Anspruch anderer Parteien, die dem Wählerwillen und eben auch dem Proporz entspricht. Das finde ich doch im negativen Sinn erwähnenswert, weil es nämlich undemokratisch ist. Von mir aus gesehen mutet dies etwas seltsam an und ich möchte eigentlich die Grünen dazu aufmuntern, diese Anträge zurückzuziehen und hier den Wählerwillen und den Proporz zu akzeptieren und die Parteivertreter so zu wählen, wie sie eben auch im Parlament vertreten sind.

Felix Wettstein: Die sogenannten wilden Kandidaturen, wie es Christian Werner jetzt gerade gesagt hat, sind zwei Personen, die tatsächlich Mitglied bei den Grünen sind. Einer ist Markus Meyer, der andere Patrick Weibel. Beide sind Bisherige. Sie waren in diesen beiden Kommissionen, wo sie jetzt weiterhin kandidieren, in den letzten vier Jahren schon dabei und sind persönlich hoch motiviert, diese Arbeit weiter zu führen, Markus Meyer in der Altstadt- und Ortsbildkommission und Patrick Weibel in der Museenkommission. Ich weiss von anderen Kommissionsmitgliedern, dass sie äusserst froh wären, wenn sie weiter auf die Kompetenz der beiden bauen könnten.

Roland Rudolf von Rohr: Unsere Fraktion hat ebenfalls entschieden, dass sie den Proporz respektiert und demnach die vorgeschlagenen Kandidaten dort, wo es keine freien Sitze gibt, gemäss Proporz unterstützen wird. Einen Grund, den wir auch voll unterstützen, hat Christian schon erwähnt. Ein anderer ist für uns auch noch ein wichtiger, dass der Informationsfluss zwischen Kommission, Fraktionen und Parteien gut funktioniert, auch für die Mitglieder der entsprechenden Kommissionen. Deshalb macht der Proporz aus zwei Gründen Sinn.

Sarah Früh: In diesem Zusammenhang vielleicht auch noch kurz das Folgende: Die FDP-Fraktion sieht es gleich wie die SVP und CVP. Wir haben ja auch mit allen Parteien im Vorfeld am runden Tisch sozusagen zusammen gesessen und miteinander geredet. Vielleicht noch eine Bemerkung zur öffentlichen Ausschreibung. Ich muss jetzt nicht wiederholen, was die anderen gesagt haben. Ich weiss und ich glaube, es ist in diesem Saal auch schon gefallen, dass es schön wäre, wenn man vielleicht den Hinweis machen könnte, dass man, wenn man sich einfach wild bewirbt, eine nicht sehr grosse Chance hat, gewählt zu werden. Sehr positiv, auch von der Stadt her, fand ich, ist, dass wir einzelne Kandidaturen auch zugespielt erhielten und so eigentlich die Möglichkeit hatten, diese Leute kontaktieren zu können. Die Kandidaten, die mir genannt wurden, habe ich angerufen und habe mit ihnen auch gesprochen und ihnen gesagt, dass es schwierig wird, wenn sie wild kandidieren. Ob sie nun für jemanden anders oder für die FDP kommen, ist mir nachher, wenn sie wirklich etwas bewegen wollen, unter dem Strich eigentlich egal, weil ich ja gerne Leute haben möchte, die sich politisch engagieren. Ich fände eigentlich, es wäre in diesem Sinne fair und

transparent, wenn man dies schon so in die Ausschreibung aufnehmen würde, in welcher Form man dies auch immer tut.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Nochmals eine Empfehlung zum Verfahren: Wir gehen jetzt davon aus, dass es mit diesem Verfahren nur einen Wahlgang braucht. Füllt mit Vorteil die Listen, weil je mehr Leerstimmen es gibt, desto eher besteht die Gefahr, dass es einen zweiten Wahlgang braucht. Natürlich steht Euch dies frei. Aber verfahrenstechnisch ist es am Einfachsten, wenn wir dies jeweils in einem Wahlgang durchbringen.

Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen

Für die 7 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Ulrich Ursula, SP
Pfeiler Renata, SP
Husi Max, FDP
Rätz Heidi, FDP
Erzinger Franziska, SVP
Dinkel Agostina, CVP
Wettstein Felix, Grüne
Rüegg Ursula, Bevölkerung

Beschluss

Grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung werden alle gewählt.

* * *

Altstadtkommission

Für die 5 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Esslinger Reto, SP
Schwab Thomas, FDP
Wyss Markus, FDP
Wenger David, SVP
Lerch Hans-Ulrich, CVP/GLP
Meyer Markus B., Grüne

Beschluss

Es werden alle ausser der Zusatznomination der Grünen Partei gewählt.

* * *

Baukommission

Für die 9 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Lutz Dieter, SP
Minikus Daniela, SP
Balkaç Ramazan, SP
Frey Thomas, FDP
Furrer Rolf, FDP
Moser Beat, FDP
Eggmann Ernst, SVP
Pfluger Thomas, CVP
Hammer Daniel, Grüne

Beschluss

Einstimmig werden alle gewählt.

* * *

Beanstandungskommission

Für die 3 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Hunkeler von Gunten Barbara, FDP
Ulrich Ursula, SP
Winter Gert, SVP

Beschluss

Einstimmig werden alle gewählt.

* * *

Fachkommission Bildung

Für die 11 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Balkaç Ramazan, SP
Germann Tabitha, SP
Dinkel Jeannette, SP
Eng Heinz, FDP
Husi Max, FDP
Zila Nico, FDP
Buck Maria, SVP
Känzig Doris, SVP
Jeisy-Strub Muriel, CVP
Hodonou Stephan, CVP/EVP
von Arx Matthias, Grüne

Beschluss

Einstimmig werden alle gewählt.

* * *

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

Für die 9 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Denzler-Siegrist Gaby, SP
Leonhardt Mohr Andrea, parteilos
von Arx Jörg H., SP
Wüthrich Ursula, FDP
Habegger Manuel, CVP/EVP
Späni Theresia, Grüne
Meier Cécile, Grüne

Heidi Ehrsam: Diese Kommission steht noch so ausgehungert da. Da frage ich die FDP und die SVP an, ob sie irgendeinen Sitz für Cécile Meier freigeben würden. Ich könnte sie von daher als Person empfehlen, wenn es dann auch nicht mehr nach Proporz geht.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Ich habe ja gesagt, dass dort, wo wir nicht mehr Nominationen haben als Sitze zur Verfügung stehen, jetzt unabhängig, für welchen Sitz Cécile Meier wäre, wir einfach die Leute wählen, die nominiert sind. Insofern würde ich dies auch offen machen, wenn es keinen Einspruch dagegen gibt.

Beschluss

Einstimmig werden alle gewählt.

* * *

Kommission für Integration

Für die 7 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Stocker Luzia, SP
Jakob Luisa, SP
Eng Heinz, FDP
Rüegsegger Fabio, FDP
Stotz Urs, SVP
Dinkel Georg, CVP
Frey Julian, Grüne
Sutermeister Paul, Bevölkerung

Beschluss

Es werden alle ausser der Kandidatur aus der Bevölkerung gewählt.

* * *

Jugendkommission

Für die 7 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Nünlist Luc, SP
Jakob Luisa, SP/Junge SP
Früh Sarah, FDP
Knapp Leander, FDP
Ruf Philippe, SVP
Hagmann Serena, CVP
Ettlin Roman, Grüne
Rüegg Ursula, Bevölkerung

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Wie ich am Anfang gesagt habe, hat Ursula Rüegg ihre Kandidatur zurückgezogen. Damit wären es jetzt wieder 7 Kandidaturen für die 7 Sitze und wir können dies offen wählen.

Beschluss

Einstimmig bei 1 Enthaltung werden alle gewählt.

* * *

Kulturförderungskommission

Für die 7 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Rieder Martin, SP
Rauber Doris, SP
Bloch Peter André, FDP
Hauswirth Massimo, FDP
Känzig Doris, SVP
Segna Moritz, CVP
Schelbert-Widmer Christof, Grüne

Beschluss

Einstimmig werden alle gewählt.

* * *

Museenkommission

Für die 9 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Moor Ruedi, SP
Marbet Maria, SP
Hotz Gerda, FDP
Jäggi Ivan, FDP
Winter Gert, SVP
Laube Thomas, CVP
Schelbert Christof, Kunstverein
Fröhlicher Remo, Museumsgesellschaft
Büttiker Paul, Bürgergemeinde
Weibel Patrick, Grüne

Beschluss

Es werden alle ausser der Zusatznomination der Grünen Partei gewählt.

* * *

Musikschulkommission

Für die 7 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Klar Joachim, SP
Buser Paul Friedrich, SP
Eng Heinz, FDP
Früh Sarah, FDP
Brügger Toni, SVP
Reinhard Urs, CVP
Maurer Karin, Grüne

Beschluss

Einstimmig werden alle gewählt.

* * *

Kommission für Öffentliche Sicherheit

Für die 9 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Good Werner, SP
von Arx Christine, SP
Rickli Ronny, SP
Rütti Adolf, FDP
Moser-Cotting Silvia, FDP
Tschan David, FDP
Köstli André, SVP
Dinkel Georg, CVP
Meyer Isidor, Grüne
Däpp Heinz, Bevölkerung

Beschluss

Es werden alle ausser der Kandidatur aus der Bevölkerung gewählt.

* * *

Sozialkommission der Sozialregion Olten

Für die 4 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Wermelinger Daniel, SP
Moser-Cotting Silvia, FDP
Erzinger Franziska, SVP
Wälchli Schaffner Marlène, CVP/EVP
Rüegg Ursula, Bevölkerung

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Auch hier hat sich Ursula Rüegg zurückgezogen. Das heisst, wir haben nur noch 4 Kandidaturen dafür.

Beschluss

Einstimmig werden alle gewählt.

* * *

Sportkommission

Für die 7 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Werthmüller Beatrice, SP
Planzer Samuel, SP
Sager-Roth Simone, FDP
Spielmann Reto, FDP
Winter Gert, SVP
Bachmann Beat, CVP/EVP
Schlegel Yann, Grüne
Schor-Suppiger Christine, Bevölkerung

Beschluss

Es werden alle ausser der Kandidatur aus der Bevölkerung gewählt.

* * *

Kommission für Stadtentwicklung

Für die 9 Sitze stellen sich folgende Personen zur Verfügung:

Ammann Markus, SP
Nünlist Luc, parteilos
Haas Hansjörg, SP
Knapp Urs, FDP
Sonderegger Deny, FDP
Tihanov André, FDP
Schmidiger Kilian, SVP
von Arx Wolfgang, CVP
Frey Schär Myriam, Grüne

Beschluss

Einstimmig werden alle gewählt.

* * *

ZV Abwasserregion Olten

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Hier sind nicht ganz alle Sitze der Ersatzmitglieder besetzt.

Roland Rudolf von Rohr: Wir möchten für unsere Nominationen zwei Änderungen bekanntgeben, wenn ich dies noch darf. Wir hatten dies etwas versäumt. Bei CVP Vorstand käme anstelle von Martin Wey René Bättig hinein, bei CVP Delegierte anstelle von René Bättig Simon Haller und bei den Ersatzdelegierten, wäre der Sitz, den wir zugute hätten, noch vakant.

Beschluss

Einstimmig werden folgende Personen gewählt:

Marbet Thomas, SP, Vorstand
Zingg Ernst, FDP, Vorstand
Känzig Jörg, SVP, Vorstand
Bättig René, CVP, Vorstand
Lutz Dieter, SP, Delegierter
Dilitz Paul, SP, Delegierter
Balkaç Ramazan, SP, Delegierter
Furrer Rolf, FDP, Delegierter
Schneeberger Willy, FDP, Delegierter
Tihanov André, FDP, Delegierter
Schmidiger Kilian, SVP, Delegierter
Flury Markus, SVP, Delegierter
Haller Simon, GLP, Delegierter
Lerch Hans-Ulrich, CVP/GLP, Delegierter
Schöni Theo, Grüne, Delegierter
Hotz René, FDP, Ersatz-Delegierter
Rauber Marc, FDP, Ersatz-Delegierter
Zielinski Jürgen, FDP, Ersatz-Delegierter
Wenger David, SVP, Ersatz-Delegierter

* * *

Wahlbüro Bifang

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Hier haben wir Zusatznominationen. Die Stadtkanzlei hat mich aber darauf hingewiesen, dass wir sie trotzdem wählen würden, weil es bei diesen Einsätzen eigentlich immer mehr Personen braucht, als man in der Regel durch die ordentlichen abdecken kann.

Christian Werner: Ich wollte nur kurz sagen, dass wir unseren Sitz der CVP überlassen würden. Aber wenn wir sowieso alle wählen, kommt es nicht mehr weiter darauf an. Aber Ihr könnt ihn haben.

Beschluss

Einstimmig bei 1 Enthaltung werden folgende Personen gewählt:

Mitglieder

Burgherr Walter, SP
Knapp Raffaella, FDP
Känzig Jörg, SVP

Ersatzmitglieder

Jakob Lukas, SP/Junge SP
Lanz Rita, SP
Rickli Ronny, SP
Dähler Lotti, FDP
Dörrwächter Norbert, FDP
Rüefli Patrizia, FDP
Studer-Walthers Verena, FDP
Schmidiger Kilian, SVP
Berger Kurth, CVP
Dinkel Georg, CVP
Schlegel Yann, Grüne

Zusatznominierungen

Hofmann Rosmarie, CVP
Stoppa Marco, CVP
Meyer Lino, Grüne

* * *

Wahlbüro Hübli

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Hier ist es das Gleiche. Wir haben auch Zusatznominierungen, die wir gleich mit wählen.

Beschluss

Einstimmig bei 1 Enthaltung werden folgende Personen gewählt:

Mitglieder

Grolimund René, SP
Honegger-Sieber Ellian, FDP
Erzinger Franziska, SVP

Ersatzmitglieder

Bolzern Käthi, SP
Amoser Simon, SP
Wyss Leander, SP/Junge SP
Fürst Monika, FDP
Knapp Leander, FDP
Ascone Patrizia, FDP
Marti-Meier Agnes, FDP
Buck Maria, SVP
Bleuer Otto, CVP
Bleuer André, CVP
Meyer Xaver, Grüne

Zusatznominierungen

Reinhard Silvia, CVP
Reinhard Urs, CVP
Grob Christoph, CVP
Grob Annick, CVP
Dinkel Fabian, CVP
Rohr Monika, CVP/GLP

* * *

Zentralwahlbüro

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Hier sind 3 Personen vorgeschlagen, mit Daniel Dähler als Präsident, wobei der Wechsel schon vorgespürt ist, dass nachher Raffaella Knapp dies übernehmen würde. Es ist vielleicht etwas ungewöhnlich, dass man dies auf einmal macht. Aber wenn niemand dagegen ist, würde ich auch dies so abstimmen lassen.

Felix Wettstein: Auf dem Blatt steht oben, es seien 2 Mitglieder und nicht 3.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Es waren bis jetzt 2. Der Vorschlag wäre, dass man 3 wählt, weil dies flexibler wäre.

Daniel Dähler: Eine Person ist nur Ersatzmitglied.

Beschluss

Einstimmig bei 1 Enthaltung werden folgende Personen gewählt:

Broger Ruedi, CVP
Fedeli Kurt, SP
Dähler Daniel, FDP
Knapp Raffaella, FDP

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Bezüglich Vorgehen ist es so, dass wir einen Beschlussesantrag dazu haben, der auch beinhaltet, dass man die Amtsperiode der Pensionskommission bis 31. Dezember 2013 verlängert. Da wir aber die Wahlresultate noch nicht kennen, werde ich die Schlussabstimmung erst nach der Pause machen, wenn wir die Resultate der geheimen Wahlen haben.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Die vorgeschlagenen Personen für die verschiedenen ausserparlamentarischen Kommissionen sowie den Zweckverband Abwasserregion Olten gemäss Verzeichnis werden gewählt.
2. Die Amtsperiode für die Pensionskommission wird bis 31. Dezember 2013 verlängert.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. September 2013

Prot.-Nr. 15

Heilpädagogische Sonderschule/Übernahme Gebäude durch Kanton

Zusammenfassung

Das Solothurner Stimmvolk hat im Rahmen der kantonalen Volksabstimmung vom 14. April 2013 der Änderung der Kantonsverfassung: «Kantonalisierung der heilpädagogischen Sonderschulen» zugestimmt.

Damit wird auch in Olten neu der Kanton und nicht mehr die Einwohnergemeinde für die heilpädagogische Sonderschule zuständig sein. Der Kanton übernimmt per 1. Januar 2014 die Verantwortung für die Organisation, den Betrieb und die Finanzierung. Damit die Aufgabenentflechtung zwischen dem Kanton und den Einwohnergemeinden konsequent umgesetzt werden kann, werden durch den Kanton ebenfalls die entsprechenden Schulräume und -anlagen übernommen. Wie bereits in der kantonalen Abstimmungsinfo dargelegt, wurde die entsprechende Übernahme mit allen Eigentümern der bisherigen Standortgemeinden, so auch mit der Stadt Olten, vorbereitet. Der Übernahmepreis ergibt sich aus dem buchhalterisch ausgewiesenen Restwert sowie dem Wert der abgetretenen Landfläche in der Zone für Öffentliche Bauten (OeBA). Die Kaufsumme für die Objekte in Olten beträgt knapp 3 Mio. Franken.



Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

a) Die Oltnen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben am 12. Juni 1994 mit einem Ja-Anteil von über 74% dem Neubau der Heilpädagogischen Sonderschule zugestimmt. Die Einwohnergemeinde der Stadt bevorschusste dabei die Kosten von 25.3 Mio. Franken für den Neubau und ein Provisorium während der Bauzeit.

b) Die Rückerstattung der gesprochenen Kredite der Einwohnergemeinde der Stadt Olten für den Neubau erfolgte auf zwei Wegen. Einerseits leistete der Kanton – respektive leistet

dieser noch bis Ende dieses Jahres – gestützt auf die vormalige Gesetzgebung betreffend die heilpädagogischen Institutionen (Gesetz über heilpädagogische Institutionen und die Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Staats- und Gemeindebeiträge an den Bau und Betrieb von Jugendheimen, Eingliederungszentren und Geschützten Werkstätten [beides in Kraft bis 31. Dezember 2007]) jährliche Betriebskostenbeiträge (inklusive Zinsen und Amortisation) an die Heilpädagogische Sonderschule. Andererseits sprach das Bundesamt für Sozialversicherung mit Verfügung vom 1. November 1995 gestützt auf das Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) einen Beitrag von rund 6.3 Mio. Franken. Die Ausrichtung des Beitrages war an Bedingungen und Auflagen geknüpft, etwa dass die Institution dem Beitrag zugrunde gelegten Zweck zu dienen hat.

c) Die Einwohnergemeinde der Stadt Olten ist im Grundbuch als Eigentümerin eingetragen.

Nach dem Volks-Ja vom 14. April 2013 zur Änderung der Kantonsverfassung in Sachen «Kantonalisierung der heilpädagogischen Sonderschulen» wird der Kanton per 1. Januar 2014 die Verantwortung für die Organisation, den Betrieb und die Finanzierung der HPS Olten übernehmen. Damit die Aufgabenentflechtung zwischen dem Kanton und den Einwohnergemeinden konsequent umgesetzt werden kann, werden durch den Kanton ebenfalls in den jeweiligen Standortgemeinden die Schulräume und -anlagen übernommen.

2. Erwägungen

a) Die betroffenen Liegenschaften bzw. Landflächen liegen in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (OeBA). In diese Zone fallen Grundstücke und Liegenschaften, deren Verwendungszweck teilweise oder ganz in der Erbringung von öffentlichen Leistungen besteht. Die betreffende Liegenschaft der Heilpädagogischen Sonderschule wird finanztechnisch im Verwaltungsvermögen geführt. Zur Veräusserung der Liegenschaft ist deren Überführung in das Finanzvermögen notwendig (vgl. Handbuch des Rechnungswesens der solothurnischen Gemeinden, Band 2, S. 162).

b) Richt- bzw. Vergleichspreise für Grundstücke in solchen Spezialzone lassen sich in der Regel nicht einfach feststellen. Ein eigentlicher Markt für derartige Grundstücke besteht nicht. Es können deshalb auch keine oder nur sehr bedingte Wertvergleiche mit m²-Preisen in angrenzenden Bauzonen hergeleitet werden. Das Gemeindeamt des Kantons Zürich etwa geht beim Fehlen eines aktuellen Preises - als Richtschnur - von einer Bewertung zum halben Handelswert von vergleichbarem Bauland aus. Das kantonale Hochbauamt, Abteilung Immobilien- und Projektentwicklung, hat für die Übernahme der Landflächen in der OeBA Zone am Standort Olten einen Preis von Fr. 429.72, kalkuliert. Da eine Nutzung - wie in herkömmlichen Bauzonen - am besagten Standort nicht möglich ist und öffentliche Bauten bzw. Bauten in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen keinen eigentlichen Ertrag abwerfen, kann der vorerwähnte Übernahmepreis als realistisch und vertretbar beurteilt werden. An den Standorten Grenchen / Solothurn wurden im Übrigen Beträge im Bereich von Fr. 160.00 bzw. 170.00 pro m² angewendet.

3. Kompetenz

Gemäss dem Gemeindebeschluss betreffend Erwerb und Veräusserung von Grundstücken zur Förderung der Stadtentwicklung vom 4. Dezember 1988 ist das Gemeindeparlament (Preissumme höher als 1.0 Mio. Franken) zuständig.

4. Übernahmepreis

Gleichzeitig mit dem Grundstück GB Olten Nr. 1096 (Standort Heilpädagogische Sonderschule) werden auch die Grundstücke GB Olten Nr. 5803 (Vorplatzbereich bei den

Parkplätzen, ausmachend 223 m²) sowie GB Olten Nr. 681 (zusätzliche Parkplätze für Lehrerschaft, ausmachend 83 m²) vom Kanton übernommen.

Der Übernahmepreis (von rund 12 Mio. Franken für die fünf Standorte in Balsthal, Breitenbach, Grenchen Solothurn und Olten), welcher Bestandteil der kantonalen Abstimmungsvorlage war, ergibt sich jeweils aus dem buchhalterisch ausgewiesenen Restwert sowie dem Wert der abgetretenen Landfläche in der Zone für Öffentliche Bauten (OeBA).

Der Restbuchwert des Gebäudes in Olten per 31.12.2012 liegt bei Fr. 1'768'202.65

Der Wert der Landflächen wird wie folgt kalkuliert:

GB Olten Nr. 1096	=	2'468 m ² x Fr. 429.72 pro m ²	Fr. 1'060'550.00
GB Olten Nr. 5803	=	223 m ² x Fr. 429.72 pro m ²	Fr. 95'827.00
GB Olten Nr. 681	=	83 m ² x Fr. 429.72 pro m ²	Fr. 35'666.00

Übernahmepreis Fr. 2'960'245.65

Die Grundbuchkosten des Vertrages werden von der Kaufspartei getragen.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Verkauf der Liegenschaft HPS Olten, mit den Grundstücken GB Olten Nrn. 1096 / 5803 / 681, zu einem Übernahmepreis von Fr. 2'960'245.65, an den Staat Solothurn, wird genehmigt und die entsprechenden Grundstücke in das Finanzvermögen umgewidmet resp. überführt.
2. Die anfallenden Vertrags- / Amtschreibereikosten sowie die Handänderungssteuer sind vollumfänglich von der Käuferschaft zu tragen.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt

II.

Ziffer I 1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Felix Wettstein: Es geht um den Verkauf der Liegenschaft des Heilpädagogischen Schulzentrums an den Kanton. Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt einstimmig, dem Antrag des Stadtrates und damit dem Verkauf zuzustimmen. Wir haben uns erkundigt, wohin die Fr. 2'960'000.— Erlös aus diesem Verkauf fliessen werden und haben dazu kompetent Auskunft erhalten. Zum einen zahlt der Kanton der Stadt auch in diesem Jahr noch die Betriebskosten, darunter auch die Kosten für Gebäude samt Amortisation. Das macht für das laufende Jahr rund 1,2 Millionen Franken aus. Dieser Betrag fliesst natürlich, wie in den früheren Jahren, in die laufende Rechnung. Wenn wir diesen Betrag vom Verkaufserlös abziehen, bleiben die knapp 1,8 Millionen, die als Abschreibung in die Rechnung der HPSZ fliessen, denn die Grundstücke sind buchhalterisch schon länger auf einen Franken abgeschrieben. Wir haben weiter erfahren, dass es für die Stadt keine

Möglichkeit oder jedenfalls keine gescheite Möglichkeit gewesen wäre, das Gebäude an andere allfällige Interessierte verkaufen zu wollen und das deshalb, weil sonst der Bund gekommen wäre und seine 6,3 Millionen Franken zurückgefordert hätte, die aus IV-Geldern an diesen Bau gezahlt wurden, an den Zweck, den er jetzt erfüllt, gebunden ist, eben eine heilpädagogische Sonderschule zu führen. Schliesslich hat sich die GPK noch mit einem anderen Thema beschäftigt, das zwar nicht mit der Vorlage zu tun hat, wo es ja ganz um die Anlagen, also die Bauten und das Grundstück geht, sondern um das Personal. Wir wollten wissen, um wie viele Stellenanteile die städtische Verwaltung entlastet wird, wenn ja die Personaladministration und Lohnbuchhaltung nicht mehr über unsere Schuldirektion geführt wird. Dabei sind wir aufgeklärt worden, dass die entsprechenden Stellenanteile schon früher in die Personalstatistik des Heilpädagogischen Schulzentrums übertragen wurden und sich deshalb personell für die Stadt nicht ändert. Wir wissen es: Die Stimmbevölkerung hat entschieden, dass die heilpädagogischen Sonderschulen vom Kanton geführt werden sollen. Der Kantonsrat hat inzwischen der Übernahme dieser Immobilien zugestimmt und die GPK empfiehlt, wie gesagt, den Weg für diesen Verkauf frei zu machen.

Stadtrat Thomas Marbet: Vorab vielen Dank dem GPK-Sprecher für die gute Zusammenfassung dieses Geschäfts. Merci auch Euch Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission für die kritischen Fragen. In der Tat machen wir hier eigentlich einen Nachvollzug. Man könnte fast sagen, einen autonomen Nachvollzug eines Geschäfts, das wir im Frühling behandelt haben. Der Kantonsrat – der GPK-Sprecher hat es richtig gesagt – hat dieses Geschäft mit 87 : 0 Stimmen angenommen und die Bevölkerung am 14. April dieses Jahres mit 50'000 : 8'000 Stimmen, also mit einem Anteil von 85 % Ja-Stimmen. Das Geschäft liegt eigentlich auf der Linie, die Aufgaben des Kantons und von dem, was die Gemeinden machen, zu entflechten. In diesem Fall übernimmt der Kanton die Verantwortung über die heilpädagogischen Sonderschulen an diesen fünf Standorten. Olten ist einer davon. Er übernimmt also die Organisation, den Betrieb und auch die Finanzierung. Bei der Finanzierung ist zu sagen, dass sich für uns als Gemeinde nichts ändert. Wir zahlen nach Massgabe der Anzahl Kinder, die wir in diese Schule schicken, eine Schülerpauschale. In diesem Sinne ändert sich hier für uns nichts. Der Stadtrat beantragt Ihnen, den Bericht und Antrag anzunehmen und dem Verkauf zuzustimmen. Es ist richtig gesagt worden, dass der Verkaufspreis von 1,2 Millionen für das Gelände in die laufende Rechnung geht. Es ist jetzt aber nicht so, dass dies ein Beitrag ist, den wir jetzt so quasi wie im Lotto gewinnen würden. Wir haben dies natürlich gewusst. Es ist in diesem Sinne ein Ertrag, der in die laufende Rechnung fliesst. Aber es ist jetzt nicht etwas, das uns im Sinne der Entlastung in diesem Jahr hilft. Der Stadtrat beantragt Zustimmung zu diesem Geschäft. Merci vielmals.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Wie schon gesagt wurde, ist die kantonale Übernahme des HPSZ-Gebäudes die logische Folge der Volksabstimmung im April 2013. 1994 hat die Stadt 25,3 Millionen in den Neubau dieses HPSZ-Schulhauses investiert. Für ein solches Schulhaus mit massiver täglicher Beanspruchung – ich denke hier unter anderem an den Betrieb des internen Hallenbads – ist es üblich, dass man jedes Jahr 5 % des Gebäudewerts abschreibt. Bei diesem 19-jährigen Schulhaus kommt man dann so zusammengezählt mit dem Landpreis genau auf den Restwert dieser 3 Millionen, die hier verlangt werden. Dieser Preis ist in Ordnung, wenn man bedenkt, dass in diesem 20-jährigen Schulhaus in naher Zukunft einiger Sanierungsbedarf anfallen würde und die Stadt Olten inskünftig davon entlastet sein wird. Die SVP-Fraktion ist mit dieser Vorlage einstimmig einverstanden.

Renata Pfeiler: Die Fraktion der Jungen SP und der SP schliesst sich als logischen Schritt nach der kantonalen Abstimmung dem Geschäft des Stadtrates auch einstimmig an und empfiehlt, das Geschäft anzunehmen.

Stephan Hodonou: Die CVP/EVP/GLP hat sich auch mit diesem Geschäft beschäftigt und im Rahmen der Reorganisation der Sonderschulen macht es Sinn, dass der Kanton dies übernimmt. So sind wir quasi auch einstimmig für eine Zustimmung. Zu reden gegeben hat bei uns noch etwas die Frage der Entlastung. Gerade in Anbetracht unserer finanziellen Lage wird die Stadt auch von den administrativen Aufgaben, die sie hatte, entlastet? Das ist uns in diesem Sinne auch bestätigt worden. Wir waren sehr froh. Uns ist es dort einfach auch ein Anliegen, dass, falls noch Sachen auftauchen, dies dort wirklich auch abgewälzt wird, wie zum Beispiel Transportfragen, Verträge rundherum, die noch laufen, die vielleicht nicht geklärt sind, EDV-Leistungen oder Sachen, die vielleicht vom Kanton nicht geleistet werden können, dies dem Kanton wirklich auch klar verrechnet wird und nicht der Stadt anfällt. Aber wir sind einstimmig für Zustimmung.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgende Beschlüsse:

I.

1. Der Verkauf der Liegenschaft HPS Olten, mit den Grundstücken GB Olten Nrn. 1096 / 5803 / 681, zu einem Übernahmepreis von Fr. 2'960'245.65, an den Staat Solothurn, wird genehmigt und die entsprechenden Grundstücke in das Finanzvermögen umgewidmet resp. überführt.
2. Die anfallenden Vertrags- / Amtschreibereikosten sowie die Handänderungssteuer sind vollumfänglich von der Käuferschaft zu tragen.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt

II.

Ziffer I 1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:

Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Finanzdirektion/Herr Urs Tanner
Finanzkontrolle

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. September 2013

Prot.-Nr. 16

Gemeindeordnung der EGO (SRO 111), Totalrevision/Spezialkommission

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Seit der Genehmigung der aktuellen Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten vom 28. September 2000 sind 13 Jahre vergangen. In der Zwischenzeit hat sich Handlungsbedarf ergeben auf Grund von Veränderungen auf übergeordneter Ebene, aber auch auf Grund von Beschlüssen städtischer Behörden. In vielen Fällen wurde der Nachvollzug in der Gemeindeordnung in Aussicht gestellt, aber nicht umgehend realisiert, da die Änderung der Gemeindeordnung einer aufwändigen Volksabstimmung unterliegt. Hinzu kommen pendente Aufträge von Seiten des Parlaments wie etwa das Postulat Yabgu Ramazan Balkaç (SP) und Mitunterzeichnende betr. Neuregelung der Kommissionen vom 24. März 2011, das eine Situationsanalyse der Kommissionen verlangt. Und schliesslich ergaben auch jüngere Erkenntnisse aus dem Wahljahr (Ablauf der Wahlen, Volkswahl des Vizepräsidiums des Stadtrates, Beamtenstatus, Zuständigkeit für die Direktionszuteilung etc.) einen Überprüfungsbedarf.

2. Erwägungen

Der Stadtrat erachtet auf Grund des vorhandenen Änderungsbedarfs den Zeitpunkt für eine Totalrevision der Gemeindeordnung gegeben und hat diese denn auch in sein Regierungsprogramm 2013-2017 aufgenommen. Die Totalrevision einer Gemeindeordnung ist von aufwändiger Natur und soll mit Sorgfalt und breiter politischer Abstützung angegangen werden. Der Stadtrat schlägt dafür die Bildung einer ausserparlamentarischen Spezialkommission vor. Diese soll in einem ersten Schritt den Änderungsbedarf erheben und diesen dann – aufgeteilt in drei Subkommissionen – bearbeiten.

Der Stadtrat beantragt folgende Zusammensetzung der Spezialkommission:

- 3 Stadtratsmitglieder (gleichzeitig Vorsitzende der Subkommissionen)
- 9 Parteienvertreter (Proporz nach Parteienstärke):

SP	3
FDP	3
CVP	1
SVP	1
Grüne	1
- Stadtschreiber und Rechtskonsulent als Beisitzer ohne Stimmrecht.

Bei einer Zustimmung des Gemeindeparlamentes zur Einsetzung einer Spezialkommission sollen deren Mitglieder noch im laufenden Jahr vom Parlament gewählt werden, so dass die

Arbeit im Jahr 2014 aufgenommen und bis ungefähr Mitte der Amtsperiode beendet werden kann.

Beschlussantrag:

1. Für die Totalrevision der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten wird eine Spezialkommission mit zwölf Mitgliedern (3 Stadtratsmitglieder und 9 Parteienvertreter sowie Stadtschreiber und Rechtskonsulent als Beisitzer) eingesetzt.
2. Die aufgeführten Parteien sind aufgefordert, ihre Kandidierenden für den Einsitz in der Spezialkommission bis 31. Oktober 2013 der Stadtkanzlei zu melden.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag des Parlamentsbüros zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Ich möchte kurz etwas aus dem Büro, das dieses Geschäft vorberaten hat, sagen. Die Notwendigkeit oder der Bedarf für eine Totalrevision der Gemeindeordnung war unbestritten. Es ist uns allen bekannt, dass es diverse Sachen gibt, die man eigentlich immer wieder auf die lange Bank geschoben hat, die man in dieser Gemeindeordnung schon lange hätte anpassen sollen. Zu diskutieren gegeben hat einerseits die Zusammensetzung. Es war auch die Frage, wie Ihr dann im Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion sehen werdet, nach der Grösse der Kommission, der Vertretung der Parteien. Dort war man der Meinung, dass man dies jetzt nicht im Büro diskutiert, sondern eigentlich dem Parlament überlässt, wie diese Kommission zusammengesetzt sein soll. Zum Anderen gab auch noch eine kurze Diskussion, wie es mit den Subkommissionen angedacht ist, ob hier thematisch schon irgendwie klar ist, was sie abdecken. Das ist nicht der Fall. Es ist einfach einmal eine Idee, wie es gemacht werden könnte. Ich nehme an, aus Erfahrungen mit früheren solchen Revisionen präjudiziert aber in diesem Sinne nichts. Die Kommission ist dort frei, wie sie sich nachher organisieren will. In diesem Sinne empfiehlt das Büro Zustimmung zu diesem Antrag.

Stadtpäsident Dr. Martin Wey: Uns vom Stadtrat ist wichtig, dass diese Arbeit angegangen wird, dass wir insbesondere auch auf die neue Amtsperiode die entsprechenden Korrekturen machen können. Der Weg dazu, wie es besetzt wird, wie viele in dieser Kommission sind und wie es konstituiert wird, ist ein Vorschlag des Stadtrates. Uns vom Stadtrat ist wichtig, dass wir heute den Startschuss machen können, und wir laden Euch, das heisst alle Parteivertreter ein, schlussendlich auch entsprechende Vertretungen zu schicken, damit wir diese Arbeit zeitgerecht angehen können.

Dr. David Wenger: Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der CVP.

Anna Engeler, Fraktion Grüne: Wir begrüssen auch, dass die Überarbeitung der Gemeindeordnung jetzt angegangen wird. Der einzige Punkt, der bei uns etwas auf Kritik

gestossen ist, ist die bereits erwähnte schon vorkonstituierende Aufteilung in die drei Subkommissionen. Bis jetzt konnte uns eigentlich niemand schlüssig erklären, was die Aufgabenbereiche dann genau sein sollen und wie auch die Schnittstellenkoordination zwischen diesen Subkommissionen gehandhabt werden soll. Es wäre für uns auch nicht passend, wenn man dann als Vertreter in dieser Spezialkommission nur zu einem Drittel des Geschäfts irgendetwas zu sagen hätte. Aus diesen Gründen würden wir auch den Antrag der SP unterstützen, weil dies eigentlich genau diese Punkte aufgreift. Den Antrag der CVP/EVP-GLP lehnen wir ab, weil wir denken, dass die Parteien eigentlich in der jetzigen Konstellation genügend vertreten sind und dass grössere Kommissionen meistens nicht wirklich der Effizienz dienen, mit der das Geschäft dann bearbeitet werden kann.

Marcel Steffen, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Das Anliegen ist klar und war bei uns in der Fraktion auch unbestritten. Die Frage ist einfach wirklich diese Zusammensetzung. Es macht wirklich etwas den Anschein, dass die Subkommissionen bereits so zementiert sind und man deshalb auf die neun gekommen ist. Wir haben einfach gedacht, mit elf können vor allem auch wir in unserer Fraktion noch jemandem von der EVP und GLP einen Sitz geben, damit sie mitarbeiten könnten und es wäre nachher im Gemeinderat für diese Diskussion, die dann dort zu erwarten ist, auch breiter abgestützt. Elfer-Proporz ist so. Die CVP und die SVP hätten einen Sitz mehr. Das ist ganz klar nach Proporz. Den Antrag der SP konnten wir nicht mehr besprechen. Hier kann ich nur für mich sprechen. Ich denke, die Konstituierungsfrage ist gut und ich werde sie unterstützen, die Kann-Formulierung mit externen Beratern hingegen nicht. Ich denke, wenn dann etwas zu machen wäre, kommt diese Kommission sicher irgendwie wieder zu uns, wenn man unbedingt einen externen Berater braucht, der uns sagt, wie wir unsere Gemeindeordnung machen müssen.

Eugen Kiener, Fraktion SP/Junge SP: Die Gemeindeordnung ist eine wichtige Sache. Die Erneuerung ist dringend. Die Gründe sind in der Vorlage aufgezählt. Deshalb unterstützen wir den Antrag des Stadtrates. Die Gemeindeordnung ist eigentlich die Verfassung unserer Stadt und eine wichtige Angelegenheit. Deshalb sind wir der Meinung, dass man die Sache umsichtig und offen angehen sollte. Wir fordern deshalb explizit, dass sich diese Spezialkommission selber konstituieren darf. Das entspricht der jetzigen Gemeindeordnung, § 57, und auch dem solothurnischen Gemeindegesetz. Beide schreiben fest, dass sich die Kommissionen selbstständig konstituieren. Wir möchten auch nicht festlegen, wie viele Subkommissionen eingesetzt werden und wer sie präsidieren wird. Die Spezialkommission sollte vielmehr zuerst eine Auslegeordnung machen und dann entscheiden, wie die weitere Arbeit gegliedert werden soll. In einem zweiten Zusatzpunkt möchten wir festhalten, dass die Kommission auch Fachleute beiziehen kann. Dem Ergänzungsantrag der CVP möchten wir nicht zustimmen. Wenn man eine Kommission um zwei Mitglieder aufstockt, wird es neue Ungerechtigkeiten geben und andere fühlen sich untervertreten. Elf ist ja genau diese Zahl, die der CVP einen Sitz mehr verschafft. Möchte man wirklich eine richtige Verteilung der Sitze machen, müsste man eigentlich einen Verfassungsrat wählen. Aber das wäre wieder zu aufwändig. Wichtig ist, dass diese Kommission regelmässig gute Vernehmlassungen macht und alle politischen Player mitmachen können. Wir stellen also den Antrag, dass die Punkte 2 und 3 des Stadtrates zu den Punkten 4 und 5 werden, dass es einen zusätzlichen Punkt 2 „Die Spezialkommission konstituiert sich selbst“ gibt und einen weiteren Antrag „Die Spezialkommission kann externe Fachpersonen zur Beratung beiziehen“.

Sarah Früh: Die FDP befürwortet die längst überfällige Totalrevision der Gemeindeordnung und in diesem Sinne auch die Einberufung einer Spezialkommission. Wir haben diskutiert, wie viele Leute ihr angehören sollen. Es hat unterschiedliche Meinungen gegeben. Man kann sagen: Zu viele Köche verderben den Brei. Man kann aber auch sagen: Es könnte zur Vielfalt beitragen. In diesem Sinne haben wir uns dann am Schluss geeinigt und fanden: Doch, weil wir eben auch den Antrag der SP unterstützen, dass sich diese Spezialkommission selber konstituieren soll, kann man dies eigentlich auch offen lassen. Viel wichtiger als die Zusammensetzung dieser Kommission ist uns allerdings der Auftrag, den

diese Kommission hat. Hier haben wir auch ganz klar die Erwartungserhaltung, dass diese Revision dann konkret einen Beitrag zu einer effizienten und schlankeren Organisation leistet und man auch ein Hauptaugenmerk auf die Ausgewogenheit der Kompetenzen von Volk, Parlament und Stadtrat legt. Noch einmal kurz zusammengefasst: Wir unterstützen den Antrag der CVP und auch denjenigen der SP.

Dr. David Wenger: Ich spreche noch kurz für die SVP-Fraktion. Wir haben zuerst über den CVP-Antrag gesprochen und jetzt über den SP-Antrag. Wie gesagt, unterstützt die SVP-Fraktion den CVP-Antrag auf Vergrösserung der Kommission insgesamt. Gegenüber dem SP-Antrag möchten wir gerne differenzieren. Eine Selbstkonstitution kommt für uns in Frage. Dass die Spezialkommission extern Fachpersonen zur Beratung beiziehen soll, lehnen wir aber ab. Wir haben es schon etwas vom Sprecher der SP gehört. Ein gewisses Verfassungspathos wird jetzt hier bedient. Ich möchte doch einfach sagen, dass wir nicht irgendwo eine Körperschaft sind, wo wir mit diesen schweren Begriffen operieren müssen. Gut, ich bin hier vielleicht ein wenig ein gebranntes Kind, weil ich beruflich etwas mit diesem Thema arbeite. Wir brauchen ein schlankes Organisationsstatut. Die ganze materielle Aufladung einer solchen Gemeindeordnung mit allerlei Wünschen, aber eben nicht Finanzierbarem, droht, wenn man Experten beizieht. Das weiss man bei den Kantonen. Das weiss man bei der Bundesverfassung. Es kommen sehr viele symbolische Normen hinein. Das gibt dann lange Diskussionen um zum Teil eben nicht wahnsinnig wichtige Fragen, sondern es geht ja um eine schlanke Organisationsstruktur. Wir sind der Überzeugung, dass unsere Verwaltung genug gute Experten liefert. Da brauchen wir keine externen Experten für diese Kommission.

Daniel Schneider: Ich darf kurz Antwort geben. Wieso liegt überhaupt etwas als Antrag vor, das eigentlich so selbstverständlich ist. Ich meine, die Kommission konstituiert selber. Das ist klar. Wir haben uns daran gestört, dass eine Vorwegnahme durch den Stadtrat gemacht wurde. Er hat schon definiert, wie viele Subkommissionen es gibt und dass er sie selbstredend präsidiert. Das hat uns gestört. Deshalb ist es überhaupt hier. Bei Punkt 3 Spezialkommission, externe Fachpersonen, „kann zur Beratung beiziehen“, sind wir etwas davon ausgegangen, dass in Olten halt die „grüslige“ Tendenz ist – wir haben es jetzt bei der Innenstadtgeschichte gesehen – einfach alles selber neu erfinden zu müssen. Es gibt effiziente Geschichten in anderen Gemeinden, die man sich ansehen kann, und was eigentlich gemeint ist, dass man durchaus auch etwas von Gemeinden, die dies schon hinter sich haben, lernen darf.

Urs Knapp: Auch zu Punkt 3 der SP möchte ich dies wirklich unterstützen und dringend empfehlen, dass man sagen kann: Man ist nicht nur im geschützten Gärtchen, sondern man holt von extern Kompetenzen hinein. Es gibt Gemeinden, zum Beispiel Köniz, die etwa gleich gross sind. Es gibt auch andere Gemeinden – man kann auch Rapperswil nennen – die eine solche Organisation schon gemacht haben. Wenn man diesen Passus nicht drin hat, darf diese Kommission, wenn man es ganz legalistisch anschaut, nicht einmal einen Gemeindevertreter von Köniz oder Rapperswil einladen. Ich glaube, man sollte der Kommission wirklich die Möglichkeit geben, Kompetenzen einholen zu können und auch von extern spiegeln zu lassen. David, es muss ja nicht ein grosser Organisationsberater sein. Aber es könnte nur schon ein anderer Gemeindevertreter sein.

Stephan Hodonou: Ich möchte noch etwas zur Grösse der Kommission sagen. Es geht darum, dass wir eine Totalrevision der Gemeindeordnung haben. Dies soll ja ein paar Jahre halten und wieder dauern und soll breit akzeptiert sein. In diesem Sinne sind die Chancen viel grösser, wenn auch die GLP oder EVP in diesen Prozess involviert sind. Zusammen sind es doch 8,5 % der Stimmbevölkerung, die am Anfang irgendwo in diesem Prozess nicht ganz dabei ist. Das fände ich einfach schade und die Akzeptanz einer Gemeindeordnung, die doch für alle Stimmbürger, für die ganze Stadt sein sollte, wäre meiner Meinung nach einfach besser.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Bei Punkt 1 haben wir den Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion, der Euch allen vorliegt, die Änderung, dass die Spezialkommission 14 statt der vorgesehenen 12 Mitglieder hätte, also mit 11 Parteienvertretern. Ich stelle den Antrag der CVP/EVP/GLP demjenigen des Stadtrates, der mit 9 Parteienvertreter arbeiten möchte, gegenüber.

Beschluss

Mit 27 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag CVP/EVP/GLP angenommen.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Wir kommen jetzt zu den Anträgen der SP. Wer neu Punkt 2 „Die Spezialkommission konstituiert sich selbst“ in den Beschlussesantrag einfügen möchte, soll dies mit Handerheben bezeugen.

Beschluss

Einstimmig wird dem Antrag der SP zugestimmt.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Der zweite Antrag ist, dass es einen neuen Punkt 3 gäbe: „Die Spezialkommission kann externe Fachpersonen zur Beratung beiziehen“.

Marcel Steffen: Noch kurz eine Frage an den Rechtskonsulenten. Von Urs Knapp wurde gesagt, dass man gar niemandem einbeziehen dürfte, wenn man dies jetzt streicht, also nicht einmal irgendeinen Gemeindevertreter fragen dürfte. Ist das so richtig? Dann müssten wir ja diesen Passus unbedingt aufnehmen. Sonst machen wir ja selber etwas. Aber es würde mich interessieren, ob dem wirklich so ist.

Stefan Hagmann: Ich denke, wenn man sich Köniz anschauen und sich dort gewisse Vertreter anhören will, ist es etwas anderes, als wenn man irgendwie Professor XY, der Verwaltungsrechtler ist, beizieht, der dann entsprechend auch ein Honorar will. Ich sage dies nur, weil dies dann auch gesprochen werden muss, damit die Kommissionen neben der Frage, welche Aufgaben usw. auch die entsprechenden finanziellen Mittel haben. Ich denke, wenn man sonst irgendwie jemanden als solches beizieht oder anhören will, würde ich es nicht so eng sehen, dass man dies per se ausschliessen würde.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Wer dem Antrag auf Einfügung von „Die Spezialkommission kann externe Fachpersonen zur Beratung beiziehen“ zustimmen möchte, soll dies durch Handerheben zeigen.

Beschluss

Mit 31 : 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Antrag der SP zugestimmt.

Gesamtbeschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Für die Totalrevision der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten wird eine Spezialkommission mit 14 Mitgliedern (3 Stadtratsmitglieder und 11 Parteienvertreter sowie Stadtschreiber und Rechtskonsulent als Beisitzer) eingesetzt.
2. Die Spezialkommission konstituiert sich selbst.
3. Die Spezialkommission kann externe Fachpersonen zur Beratung beiziehen.
4. Die aufgeführten Parteien sind aufgefordert, ihre Kandidierenden für den Einsitz in der Spezialkommission bis 31. Oktober 2013 der Stadtkanzlei zu melden.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. September 2013

Prot.-Nr. 17

Dringliche überparteiliche Motion zum Entlastungsprogramm/Beantwortung

Mit Mail vom 24. September 2013 haben Gert Winter (SVP) und Urs Knapp (FDP) folgenden Vorstoss eingereicht:

„Kernaufgaben definieren und dann sparen

Der Stadtrat wird beauftragt, bis zur Behandlung des Budgets 2014 dem Gemeindeparlament der Stadt Olten konkrete Aktionen vorzuschlagen, welche die Laufende Rechnung bis Ende 2015 um mindestens CHF 14 Millionen entlasten (im Vergleich zur Rechnung 2012).

Zu diesem Zweck definiert der Stadtrat vorab die Kernaufgaben der Stadtverwaltung und spricht sich dafür mit den Fraktionen im Gemeindeparlament ab.

Damit der Stadtrat mehr Zeit für die Erfüllung dieser Aufgabe erhält, wird die Beschlussfassung über das Budget 2014 bei Bedarf bis Anfang 2014 verschoben.

Begründung der Motion

Ohne Gegenmassnahmen droht der Stadt Olten ein Defizit von rund 28 Millionen Franken und ein Cash-loss (negativer Cash-flow oder Mittelabfluss) von 14 Millionen Franken.

Die notwendigen Einsparungen lassen sich mit vielen kleinen Einzelmassnahmen kaum erreichen. Vielmehr müssen zuerst die entscheidenden Fragen beantwortet werden:

- Was sind überhaupt die Kernaufgaben der Stadtverwaltung?
- Welche Aufgaben muss die Stadtverwaltung selber machen?
- Welche Aufgaben soll die Stadtverwaltung nicht (mehr) machen?
- Und welche Aufgaben kann die Stadtverwaltung an Dritte übergeben?

Die Motion fordert den Stadtrat auf, über Einzelmassnahmen hinaus diesen grundsätzlichen Ansatz für die Sanierung der städtischen Finanzen zu verfolgen. Damit dafür etwas mehr Zeit zur Verfügung steht, kann auch der ursprüngliche Terminplan für die Behandlung des Budgets 2014 verändert werden. Angesichts des dringenden Handlungsbedarfs bleibt dagegen ein klares Sparziel unverändert.

Begründung der Dringlichkeit

Da die Arbeiten am Budget 2014 auf Hochtouren laufen, muss dieser Vorstoss, der mehr Zeit für die Budgetgenehmigung vorsieht, dringlich behandelt werden.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Benvenuto Savoldelli** den Vorstoss wie folgt:

Zur Dringlichkeit:

Der Stadtrat befürwortet die dringliche Behandlung des Vorstosses, da das Ergebnis budgetrelevant ist.

Zum Inhalt:

In seinem Entlastungspaket 2014ff. hat der Stadtrat das geplante Vorgehen zur Sanierung der städtischen Finanzlage aufgezeigt: Ein erstes Beschlusspaket wird wirksam ab Budget 2014, sofern die geplanten Einsparungen im Rahmen der Budgetdebatte vom Parlament nicht rückgängig gemacht werden; spätestens bis Mitte 2014 erfolgen anschliessend die aufgeführten zusätzlichen Prüfungsaufträge, so dass allfällige daraus resultierende Massnahmen aufs Budget 2015 wirksam werden können.

Was die dringlich eingereichte Motion verlangt, ist hingegen weder zeitlich noch vom Ausmass der geforderten Einsparungen her realistisch. Zeitlich können die geplanten Prüfungsaufträge neben dem Tagesgeschäft nicht seriös innert weniger Wochen ausgeführt werden. Hinzu kommt, dass aufgrund reglementarischer und vertraglicher Verpflichtungen Einsparungen grossen Ausmasses oft gar nicht in kurzer Zeit umgesetzt werden können. Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang übrigens auch, dass eine zeitliche Verschiebung der Budgetbehandlung mit anschliessender Referendumsfrist auch eine Verzögerung bei der Umsetzung der bereits geplanten Massnahmen zur Folge hätte. Und was das Ausmass betrifft: Bei einem beeinflussbaren Volumen innerhalb des Voranschlags von rund 20 Mio. Franken ist eine Einsparung von 70 Prozent dieser Ausgaben nicht machbar, ohne die Stadt Olten ausbluten zu lassen.

Der Stadtrat ist bereit, das Sparpotenzial schonungslos aufzuzeigen, wie die bereits heute lange Liste der Prüfungsaufträge im Entlastungspaket 2014ff. unterstreicht. Zudem beabsichtigt er auch eine grundlegende Überprüfung der Verwaltungstätigkeit und hat daher auch eine Effizienzüberprüfung der Verwaltung in sein Regierungsprogramm 2013-2017 aufgenommen. Er kann jedoch als Exekutivbehörde mit Verantwortung für alle Belange der Stadt Olten die zeitliche und finanzielle Vorgabe des vorliegenden Vorstosses nicht unterstützen, zumal der dafür erforderliche Kahlschlag langfristige Auswirkungen auf die Attraktivität und das Image der Stadt Olten haben würde, die auch bei einer späteren Erholung der städtischen Finanzen nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten. Neben den bereits beschlossenen und teils noch zu prüfenden Einsparungen in einem erheblichen Ausmass setzt der Stadtrat daher auf eine moderate Steuererhöhung, die er in ihrem Umfang und in ihrer Dauer möglichst gering halten möchte. Sein Ziel ist es, mit grossen Sparanstrengungen einerseits und möglichst geringen Mehreinnahmen andererseits die Attraktivität der Stadt Olten als Wohn- und Arbeitsort in erster Linie, aber auch als Arbeitgeberin in zweiter Linie zu erhalten.

Da er keine Möglichkeit sieht, dieses Ziel unter den Prämissen des eingereichten Vorstosses zu erreichen, sondern vorzieht, den von ihm eingeschlagenen Weg fortzusetzen, empfiehlt der Stadtrat diesen dem Parlament zur Ablehnung.

- - - - -

Urs Knapp: Zuerst danke ich auch im Namen von Gert Winter und den Mitunterzeichnern für die Dringlichkeitserklärung dieser überparteilichen Motion. Der Ursprung dieser Motion war, dass wir den Prozess gesehen haben, wie der Stadtrat sparen will. Ich glaube, es ist klar: Wir müssen sparen. Der Stadtrat schlägt rund 100 Einzelmassnahmen vor. Viele haben nur eine geringe finanzielle Wirkung, doch jede Einzelmassnahme mobilisiert eine Interessengruppe, zum Teil sieht man sie auch hier hinten. Jede Interessengruppe will sagen, weshalb man gerade bei ihr nicht oder weniger sparen kann. Das ist absolut legitim. Es wird aber genau das Gleiche passieren, wenn man so vorgeht wie beim Kanton. Man hat ein Programm mit x Einzelmassnahmen und am Schluss ist wenig da. Nach unserer Meinung werden vor allem die zentralen Fragen nicht diskutiert. Bevor man auf Einzelmassnahmen geht, sollte man unserer Meinung nach diskutieren, welches überhaupt die Kernaufgaben dieser Stadt sind. Welche Aufgaben muss eine Stadtverwaltung selber machen? Welche Aufgaben muss sie nicht mehr oder nicht machen? Welche Aufgaben kann eine Stadtverwaltung an Dritte geben? Wenn einmal diese Kernfragen beantwortet sind, und das ist schnell möglich, kann man nachher an die Massnahmen gehen. Vielleicht ein paar Beispiele zur Konkretisierung: Muss die Stadtverwaltung alles selber machen? Wäre es zum Beispiel nicht besser, man würde die Steuerung, die Führung der Projekte in der Verwaltung lassen und die Ausführung an Externe geben, die günstiger sind und vielleicht auch im Wissensstand aktueller und flexibler sind? Beispiele: Stadtplanung, Werkhof, Gebäudepflege. Eine solche Arbeitsteilung, und hier gibt es Erfahrungen, beispielsweise aus dem Kanton Aargau, kann für einen Bürger bessere Leistungen zu einem günstigeren Preis geben. Muss die Stadtverwaltung alles selber machen? Beispielsweise kann man fragen: Wie weit braucht eine Stadt eine eigene Sozialdirektion, wenn sowieso alles vom Kanton vorgeschrieben ist, wie wir auch immer wieder hören? Auch hier kann man wieder möglichst wenig selber machen und möglichst viel an den Kanton delegieren. Das hätte vielleicht noch den positiven Nebeneffekt, dass wir dann nicht mehr so weit über dem Durchschnitt der Kosten wären, wie wir es heute sind. Eine andere Frage: Muss die Stadt Olten die teuren Vorgaben der kantonalen Bildungsadministration noch überbieten? Haben heute Oltnrer Kinder bei der Berufswahl bessere Chancen im Leben als Kinder aus Trimbach, Wangen, Dulliken, wo es im Bildungsbereich weniger teure Zusatzleistungen gibt? Ich weiss nicht, ob jemand diese Frage beantworten kann. Ich befürchte nein. Das Thema ist auch bei der Bildung so. Mehr Geld heisst nicht unbedingt bessere Ergebnisse bei den einzelnen Kindern. Ich kann die Frage stellen: Braucht die Stadt Olten eine eigene Polizei oder bringt die Integration in die Kantonspolizei nicht bessere Leistungen zu einem tieferen Preis? Braucht die Stadt Olten eine eigene Umweltstelle, eigene Fachstellen, wenn der Kanton und der Bund sowieso sehr viele solche Fachstellen haben? Würde es nicht genügen, auf diese Angebote zu gehen? Und so weiter, und so weiter. Solche Fragen müssen zuerst richtig beantwortet werden. Man braucht dazu klare Zielvorgaben, zeitliche und auch finanzielle. Es braucht nicht einen Aktivismus im Detail. Aber man muss die Sicht auf die entscheidenden Fragen stellen. Dies braucht etwas Zeit. Auch wenn man diese Aktionen nicht im Detail ausarbeiten muss, wenn man dann überlegt, heisst der Vorschlag nicht, dass wir konkrete Vorschläge vorlegen müssen, sondern die Motion steht klar im Gegensatz auch zu dem, was wir in der Beantwortung des Stadtrates gelesen haben. Wir wollen nicht ausformulierte Vorschläge, sondern wir wollen generelle Direktionen, Leitlinien, die nachher dem weiteren Prozess entlang gehen. Das sollte man im Budget 2014 haben, damit man die generelle Stossrichtung sieht. Wenn dies im November nicht reicht, muss man halt einen Prozess verschieben. Wir sind in einer Krise. Ein Element einer Krise ist, dass man eingefahrene herkömmliche Prozesse anders machen muss. Wenn der Stadtrat sagt, es reiche bis November, ist es gut. Man kann dies aber ebenso gut im Dezember machen. Wenn es sein muss, kann man es sogar noch später machen. Ich denke, hier im Parlament sind alle bereit, auch anfangs Januar für eine Sondersitzung für dieses Thema hierher zu kommen. Auf Basis dieser generellen Antworten kann man nachher auch über das Budget 2014 entscheiden und es, wenn es so weit ist, auch über andere Massnahmen machen. Wenn ich schon das Wort habe, vielleicht noch gerade das Thema: Der Stadtrat reisst in seiner Antwort auch an, es brauche eine Steuererhöhung. Ich glaube, auch hier muss man dann die

Reihenfolge prüfen. Wenn man wirklich eine Mehrheit für eine Steuererhöhung will, muss man zuerst klar zeigen, welche Aktionen eingeleitet wurden und was alles geprüft wurde. Unser Vorschlag ist deshalb: Wir haben ein Einsparpotenzial von 14 Millionen. Es fehlt wirklich Cash in der Kasse. Wir sprechen nicht von 28 Millionen, die wirklich fehlen. Mit diesen Massnahmen kann das Parlament nachher entscheiden: Das wollen wir und das wollen wir nicht. Wenn wir gewisse Sachen nicht wollen und trotzdem auf die 14 Millionen kommen wollen, muss man vielleicht andere Massnahmen machen. Diese Reihenfolge ergibt sich auch daraus, wenn man sieht, wo die Stadt Olten mit den Steuern ist. Wenn man sich die Diskussion der letzten Zeit anhört, denkt man, die steuerliche Belastung dieser Stadt muss eine Katastrophe sein. Ich habe mir erlaubt, heraus zu nehmen. Es gibt eine Vernehmlassungsunterlage zum neuen Finanzausgleich, die Sie übrigens auf der Webseite des Kantons herunter laden können, steht: Auf den Seiten 23 bis 25 steht: Man hat beim Kanton für die Jahre 2009 und 2011 eine Simulationsrechnung gemacht, was passieren würde, wenn die Stadt Olten in diesen Jahren die Alpiq-Millionen nicht hätte. Null. In diesen Jahren hat die Alpiq 40, 50 Millionen Franken Steuern bezahlt. Wahrscheinlich noch mehr. Der Kanton kommt in dieser Vorlage zu zwei Schlüssen. Einer ist: Olten zählt auch ohne Alpiq-Millionen zu den steuerkräftigsten Gemeinden in diesem Kanton. Zweitens zitiere ich: „Fallen die Alpiq-Steuererträge in der Zukunft weg, ist Olten nach wie vor steuerkraftstark, aber deutlich weniger ausgeprägt“. Von daher eine These, die wir auch schon erwähnt haben. Wir haben nicht in erster Linie ein Einnahmenproblem auf lange Frist. Wir haben ein Ausgabenproblem.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Vom Stadtrat aus ist uns klar, dass wir alles daran setzen müssen, den Fehlbetrag von 14 Millionen zu kompensieren und ohne Steuererträge zu verwenden. Dafür braucht es aber etwas mehr Zeit. Wenn Ihr die Antwort gelesen habt, ist die grundlegende Überprüfung der Verwaltungstätigkeit und eine Effizienzüberprüfung der Verwaltung eines unserer Ziele. Das Problem ist, dass man diese Überprüfungen in der kurzen Zeit, die jetzt hier gefordert wird, gar nicht machen kann. Wir haben ein geltendes Personalrecht, das vorschreibt, wie man vorgehen muss, wenn man Stellen aufhebt. Wir haben Kündigungsfristen bei Leistungsvereinbarungen. Wenn wir jetzt zum Beispiel überprüfen wollen, dumm gesagt, ob man den Werkhof bei den Aufgaben an Dritte delegieren will, muss man Offerten einholen, muss überprüfen, ob es dann wirklich billiger oder am Schluss teurer ist. Das ist nicht so einfach und man kann dies innert dieser paar Monate einfach nicht machen. Im Weiteren hätte dies, wenn man das Budget der November-Sitzung nach hinten schieben würde – ich sage jetzt einmal Januar – zur Konsequenz, dass man die Referendumsfrist von 30 Tagen abwarten müsste und erst nach dieser Referendumsfrist man die Massnahmen, die im Budget vom Parlament dann nicht gestrichen worden wären, die wir vorschlagen würden, umsetzen könnte. Beispielsweise müsste man, wenn man eine Stelle aufheben würde, dies diesem Mitarbeiter oder dieser Mitarbeiterin mitteilen. Es gäbe dann eine Frist von sechs Monaten, in der man etwas anderes anbieten müsste. Wenn wir in diesen sechs Monaten nichts anbieten könnten, wäre diese Stelle dann aufgehoben. Ihr seht, dass das Sparpotenzial, wenn wir dies hinausschieben würden, automatisch noch kleiner würde. Der vorhandene Zeitdruck lässt gar nicht zu, dass wir dies innert ein paar Monaten seriös überprüfen können. Dafür würden wir mindestens ein Jahr benötigen und wenn Ihr die Überprüfungsaufträge seht, die in unserem Entlastungsprogramm enthalten sind, sind die Überprüfungsmöglichkeiten, die Urs Knapp jetzt aufgezählt hat, eben genau drin. Wir werden alles überprüfen, was machbar ist. Hier wird es keine heiligen Kühe geben. Wenn wir feststellen können, dass durch eine Änderung von irgendetwas ein Sparpotenzial vorhanden ist, das dann auch einträglich ist, werden wir dies dem Parlament sicher vorlegen müssen. Schlussendlich seid Ihr diejenigen, die darüber entscheiden würden.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Im Vorstosstext selber sind die 14 Millionen enthalten. Das ist der ganz grosse Knackpunkt. Das ist der ganz wichtige Punkt, weshalb wir dieser Vorlage unmöglich zustimmen können. Mit dem Grundanliegen sind wir einverstanden bzw.

die Ausgangsbotschaft von Urs Knapp teilen wir, dass die Art, wie das Entlastungspaket als nach unserer Meinung Sammelsurium von Ideen, die ziemlich strategielos, in jeder Richtung etwas auf andere Art zusammen gesammelt worden sind, nicht befriedigen kann. Das führt für uns auch dazu, dass wir, wenn wir nachher ins ordentliche, traktandierte Geschäft eintreten werden, nach dem Eintreten einen Rückweisungsantrag stellen werden. Damit ich diesen bereits schon angekündigt habe. Wenn wir aber jetzt vorweg die dringliche Motion annehmen würden, haben wir mit dem Auftragstext die 14 Millionen festgelegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, 14 Millionen sind mehr als ein Fünftel unserer laufenden Rechnung. Wir wissen alle, dass ganz viele der öffentlichen Aufgaben unmittelbar mit Personen zu tun haben, die Lohn beziehen, sei es meistens bei uns selber, aber auch, wenn wir sogenannte ausgelagerte Aufgaben um dies streichen wollen, sind auch Menschen, die Lohn damit verdienen, verbunden. Wir müssten rund 40 bis 50 unserer 205 Vollzeitäquivalent-Stellen streichen. 40 bis 50 Stellen. Dazu würden wir ja sagen, wenn wir zu dieser dringlichen Interpellation ja sagen würden.

Daniel Schneider, Fraktion SP/Junge SP: Urs, merci vielmals, für die gute Recherche. Ich bewundere Dich manchmal wirklich, woher Du diese Sachen immer hast. Der einzige Haken an diesem Ganzen ist halt wirklich, und hier ist es fast schade um die Arbeit, die Du mir machst, dass Ihr immer etwas rückfällig werdet und jedes Mal in die Strategie sparen ohne Einnahmenerhöhung einschwenkt. Damit macht Ihr eigentlich relativ viel kaputt. Die Idee schien mir im Grundsatz eigentlich gut, dem Stadtrat mehr Zeit einräumen zu wollen. Inzwischen weiss ich, dass das Budget praktisch schon geschnürt ist und dies an und für sich nicht mehr nötig ist. Das andere, das ja mit einem interessanten Gespräch zwischen uns beiden angefangen hat, das Du noch eingepackt hast, erhält halt etwas den Beigeschmack, dass man sich das Hintertürchen offen lassen will, um die Einnahmendiskussion nicht führen zu müssen. Vielleicht sind ja in der Verwaltung noch ein paar Milliönchen Sparpotenzial zu finden. Ich denke, das ist nicht realistisch. Wenn man dies machen möchte, muss man mehr Zeit haben und dann muss es seriös gemacht werden und man muss den Stadtrat mittels einer Motion auffordern, die überfällige Verwaltungsreform voran zu treiben. Macht man dies im Sinne, wie es jetzt daher kommt – wir hören jetzt von Benvenuto Savoldelli, dass es eigentlich gar nicht geht – aber würde man dies machen, könnte dies bei einer unseriösen Handhabung eigentlich schlichtweg zum Ausbluten der Stadt führen. Das zarte Pflänzlein, das wir jetzt in den letzten paar Jahren aufgebaut haben, dass es mit unserer Stadt so etwas vorwärts geht, wäre dann auf einen Schlag weg. Das fände ich extrem schade. Merci noch einmal für die gute Arbeit. Aber die Stossrichtung geht für uns so nicht auf. Wir lehnen diese Motion ab.

Heinz Eng, FDP-Fraktion: Ich glaube, die Frage stellt sich anders. Haben wir überhaupt noch eine andere Wahl, als so radikale Massnahmen zu ergreifen, oder nicht? Diejenigen in diesem Saal, die es noch nicht gemerkt haben: Es ist nicht fünf vor zwölf. Es ist fünf nach zwölf. Originalton von Finanzverwalter Urs Tanner anlässlich der GPK: Wenn die Stadt Olten so weiter macht und mit diesen moderaten Einsparungen ist diese Stadt Olten im Jahre 2015 pleite. Urs, Du kannst mich korrigieren, wenn es nicht stimmt, wenn Du dies nicht gesagt hast. Das ist Fact. 15 Millionen respektive 2015. Darum geht es. Dort müssen wir die Sache anpacken. Von dieser Seite müssen wir es sehen. Es ist fünf nach zwölf. Es braucht radikale Massnahmen. Besondere Situation. Klar, wir sind alle im gleichen Boot. Es hat keinen Sinn, einander gegenseitig auszuspielen oder Vorwürfe zu machen. Es braucht eine riesige, radikale Massnahme im Sinne einer solchen Motion. Noch zwei, drei Punkte zur Antwort des Stadtrates. Im zweiten Absatz steht „aufgrund reglementarischer und vertraglicher Verpflichtungen“. Benvenuto, Du hast es vorher etwas erklärt. Es mutet aber jetzt vom Stadtrat schon etwas seltsam an, sich hier hinter reglementarischen und vertraglichen Verpflichtungen zu verstecken, wenn wir nachher zum Entlastungspaket kommen und dort eigentlich bereits vier Stellen der Polizei drin sind, die gewählt wurden. Dort war aber die Begründung in der GPK: Kein Problem. Wenn es um finanzielle Sachen geht, Notsituationen, dann könne man ihnen kündigen. Hier versteckt man es jetzt wieder etwas hinter

reglementarischen und vertraglichen Verpflichtungen. Von mir aus gesehen ein grosses Fragezeichen. Im nächsten Absatz „der Stadtrat ist bereit, das Sparpotenzial schonungslos aufzuzeigen“. Sehr martialisch. Schonungslos. Hingegen wird, wenn man es schonungslos macht, gleichzeitig auf dem Fuss auch die Ernüchterung kommen. Es wird nicht reichen. Das kann man jetzt drehen und machen, wie man will. Es wird nicht reichen ohne eine solche Radikalmassnahme, wie hier in dieser Motion vorgeschlagen wird. Etwas, das Urs Knapp auch schon gesagt hat, missfällt mir: „Setzt der Stadtrat daher auf eine moderate Steuererhöhung“. Da wird bereits irgendeine Steuererhöhung präjudiziert, ohne dass man im Detail und wirklich alles angeschaut und eben die ganze Ausgabenbremse gemacht hat, wie diese Motion auch fordert. Wir werden es nachher auch beim Investitionsplan sehen. Man will investieren, hat aber kein Geld. Wie dies dann funktionieren soll, dazu werde ich mich noch äussern. Jetzt gibt es einfach zwei Möglichkeiten. Entweder machen wir diese Radikalmassnahmen, nehmen die Motion an und schnallen dann alle den Gürtel etwa sieben Löcher enger oder wir machen so weiter. Dann kommen wir in eine Schuldenfalle/ Schuldenspirale hinein und es lassen gewisse südeuropäische Länder grüssen.

Roland Rudolf von Rohr, Fraktion CVP/EVP/GLP: Die Motion war in unserer Fraktion relativ kurzfristig vorhanden. Gemeinschaftlich gesagt wollen wir die Dringlichkeit befürworten und sind auch froh, dass dies jetzt vorhanden ist. Aber unsere Meinungen werden unterschiedlich sein. Zum Thema selber spreche ich hier eher als Einzelsprecher. Es ist eine schwierige Motion, sei es terminlich oder auch vom Volumen dieser 14 Millionen her. Ich selber bin aber nach anfänglicher Skepsis heute auch dafür, dass wir sie überweisen. Es ist einfach so, dass diese spezielle Situation, die wir haben, halt auch spezielle Massnahmen braucht. Es gibt auch noch das Sprichwort: Man muss das Unmögliche anvisieren, um das Optimale zu erreichen. Mir scheint, in dieser Motion geht es etwas darum. Bei uns in der Fraktion ist sehr viel zum nächsten Thema geredet worden, wo wir dann etwas ausführlicher sein werden. Dort haben wir aber auch gemerkt, dass uns die grossen Sachen oder das Grossvieh etwas gefehlt haben, mindestens zu wissen, ob es dies überhaupt gibt oder nicht. Ich glaube, diese Motion könnte dies aufzeichnen. Mit der Motion selber passiert ja noch nichts. Es kommen Vorschläge vom Stadtrat, bei denen nachher hier entschieden wird. Ich denke, unter diesem Licht und auch unter dem Licht der speziellen desolaten finanziellen Situation in dieser Stadt wäre es gut, wenn man diese Motion überweisen würde.

Gert Winter: Es ist der SVP-Fraktion vor allem ein Anliegen, vor allfälligen Entscheiden über Sparmassnahmen, über die Aufnahme von Bankdarlehen und über eine Steuererhöhung eine Gesamtschau der Kommunalaufgaben zu erhalten, an denen mittelfristig festgehalten werden muss oder soll und wie sich die entsprechenden Entscheide für diese Zeitperiode voraussichtlich auf die Schuldenentwicklung und den Gemeindesteuerfuss auswirken. Das heisst, wir wollen vor allem auch die politischen Optionen sehen, die Olten als Folge der Energiewende faktisch noch hat, denn unter den stark veränderten Verhältnissen ist eine lineare Fortsetzung der bisherigen Politik nicht möglich. Die vorher erwähnten Optionen sind dann in der politischen Auseinandersetzung zu einem Sanierungskonzept zu verdichten. Ohne ein derartiges politisches Konzept wären Entscheide von eher zufälliger und zweifelhafter Art zu erwarten, die gegenüber den Betroffenen eigentlich nicht zu verantworten sind. Wir empfehlen daher, die Motion zu überweisen.

Daniel Schneider: Ich hätte zuerst eine Frage an den Finanzdirektor. Zu welchem Zeitpunkt erhalten wir die Antworten dieser Überprüfungsaufträge?

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Das erfolgt sicher spätestens im Laufe des nächsten Jahres, damit wir dies dann im Budget 2015 einfliessen lassen können.

Daniel Schneider: Ich habe mir erhofft, wir bekämen es früher. Es ist mir noch etwas wichtig, dass wir uns klar sind, dass hier vermutlich niemand ist, der sagt: Wir müssen nicht sparen. Das liegt auf der Hand. Wir werden vermutlich dann irgendwann einmal über

Steuererhöhungen oder über dritte Massnahmen reden müssen. Ich finde es von Heinz etwas vermessen, wenn er denkt: Wer nicht für diese Motion ist, will so weiter machen wie bis jetzt. Das ist so blind, wie Du Dir vorstellst, dass die anderen blind sind. Ich denke, wir müssen jetzt vorwärts machen. Ich habe mir vom Stadtrat vom nächsten Geschäft, das wir behandeln werden, etwas mehr erhofft. Aber ich möchte darauf eingehen, wenn das Geschäft vorliegt. Ich glaube einfach, hier ist zu viel Gas drauf. Es ist inhaltlich in Ordnung. Das wollen wir auch wissen. Aber ich denke, der Weg dieser Motion ist terminlich falsch. Es muss wirklich eine seriöse Verwaltungsüberprüfung geben wie vielleicht auch die Gemeindeordnungsrevision zu Sparmodellen führen könnte. Das ist auch möglich. Es ist mir ein grosses Anliegen. Es gibt hier nicht Leute, die im gleichen Boot sitzen und in die falsche Richtung rudern. Es wäre falsch, Heinz. Wir haben dies in der Presse schon geäussert. Wir sind bei diesem ganzen Sparpaket dabei. Aber wir reden auch über Themen, wo Ihr lieber tot umfällt, als dass Ihr sie anspricht.

Thomas Rauch: Ich würde diese Motion eigentlich sehr stark unterstützen und es führt zu etwas zurück, das ich in den letzten 12 oder 24 Monaten im Parlament erwähnt habe. Wenn wir Massnahmen ergreifen wollen, müssen wir einmal wissen, welche Zahlen wir hier so haben. Was haben wir im Vergleich zu anderen Städten? Was gibt eine Stadt mit 17'000 Leuten eigentlich sonst aus? Ich habe schon mehrfach gesagt: Wir müssen ein Instrument und Zahlen haben, damit wir im Parlament seriös, vernünftig entscheiden können. Das ist unter dem alten Regime immer verworfen worden und man hat gesagt, es sei nicht nötig. Die Motion müsste man eigentlich schon deshalb unterstützen, weil es nämlich der Exekutive einen klaren Auftrag geben würde, einmal die Fakten aufzuarbeiten, damit man die Grundlage hätte, welche Wertung man immer nachher vornimmt. Ich möchte sehr wahrscheinlich auch nicht überall sparen. Aber dass man nachher wüsste, wo wir durch gehen und welches Konzept wir haben. Deshalb wäre es eigentlich sinnvoll, wenn man von der Parlamentsseite diesen Druck einmal so aufrecht erhalten könnte, damit man gezwungen ist, dies aufzuarbeiten. Welche Wertung man dann vornimmt, ist dann wieder eine andere Frage. Aber es wäre dienlich, wenn man zum Entscheiden einfach mehr wüsste. Besten Dank.

Dr. Rudolf Moor: Ich stelle einfach fest, dass das, was Ihr jetzt hier sagt, nicht das ist, was in der Motion steht. Dann habt Ihr die falsche Motion eingereicht. Wenn es einfach darum geht, mehr Informationen zu haben, wenn es darum geht, bessere Entscheidungsgrundlagen zu haben, muss man nicht schon das Ziel in die Motion schreiben, man wolle jetzt absolut die 14 Millionen, die fehlen, durch Einsparungen erreichen und ja nicht durch Steuererhöhung. Ihr sagt jetzt etwas anderes. Mit dem, was Ihr sagt, könnten wir sogar vielleicht einverstanden sein, mit dem, was in der Motion steht, aber nicht.

Dr. Arnold Uebelhart: Wir haben uns ja schon ein paar Mal über die Finanzen unterhalten. Letztes Jahr haben wir ja schon darüber geredet, weil bereits eine Verschuldung geplant wurde. Ich weiss noch gut, wie Ernst Zingg mir hier „an den Karren“ gefahren ist, das laufe alles gut. Urs hat eigentlich so Ideen gehabt betreffend Sozialdirektor. Ich habe mich gerade gefragt – Ihr hättet ja dann gar niemanden mehr, gegen den Ihr kämpfen könnt – schon deshalb müssen wir ihn erhalten. Aber es ist natürlich schon so. Das ist einfach die Gemeindeordnung und wir können dies nicht einfach wechseln. Es ist eigentlich meiner Meinung nach nicht möglich, dass man bis Januar mehr weiss als bis November oder Dezember. Das ist einfach absolut nicht möglich. Ja, Benvenuto Savoldelli hat uns gesagt, es seien rechtliche Probleme da. Das ist einfach so. Da laufen wir auf. Er hat gut gesagt, er möchte dies 2014 für 2015 überprüfen. Das finde ich auch realistisch. Wenn er dies sagt, glauben wir es ihm jetzt. Wir haben ihn schliesslich unterstützt. Ihr lacht jetzt. Aber wir wählen Leute in diesen Stadtrat, dann entscheiden sie und dann fahren wir ihnen wieder an den Karren. Ich finde, so können wir einfach nicht mehr weiterfahren. Weiter hat Gert Winter „mittelfristig“ gesagt. Mittelfristig sind eben gerade so ein bis drei Jahre. Ich habe mir schon auch noch ein paar Überlegungen zu all diesen Punkten gemacht und bin auf etwa

11 Millionen Franken gekommen, welche die Stadt eigentlich sparen könnte. Wir haben aber gelernt, dass wir nur ein Verfügungsrecht über ca. 18 bis 20 Millionen haben. Eigentlich sparen wir unsere eigenen Möglichkeiten weg und machen nur noch Vorgaben. Ich würde jetzt wirklich beliebt machen, dass wir das Budget normal machen. Dann sehen wir diese Sachen, weil voraus überlegen und all diese Punkte lange dauert. Da gibt es Widerstand. Einzelne Projekte müssen wir ja dann prüfen und hier gibt es Volksabstimmungen, wo ich auch gerne Unterschriften sammeln würde. So einfach geht dies nicht durch. Wir können dies hier nicht bestimmen. Noch einmal: Ich wäre froh, wir hätten ein Budget November/Dezember. Dann sehen wir, wie dies aussieht. Es ist klar: Diese Steuererhöhungen sind Ideologie. Das geht nicht. Ich meine, das war schon früher so. Schon bei den alten Griechen hatten sie Probleme. Haustüren, die nach aussen gehen, hat man auch besteuert. Oder einen Finanzminister hat man gegen eine Zahlung einer Sondersteuer abgelöst. Man hatte damals auch Ideen. Aber wir bleiben dabei. Wir wollen ein Budget November/Dezember, wie es vorgesehen ist.

Urs Knapp: Vielleicht zuerst etwas, bei allem Humoristischem, das ich bei Noldi sehr schätze, das mir aber doch noch wichtig ist. Wir kritisieren nicht den Herrn Sozialdirektor oder Peter Schafer. Wir kritisieren, wie dieses Amt geführt wird und wie auch Aufträge des Parlamentes nicht ausgeführt werden. Aber das heisst nicht, dass wir ihn persönlich angreifen. Es erscheint mir noch wichtig, dies einfach zu sagen. Das ist eine politische Auseinandersetzung. Das Zweite ist: Ich danke für die sehr gute Aufnahme der Motion. Ich habe von Daniel Schneider und Felix Wettstein gehört. Ja, es ist eigentlich richtig, dass man in einer etwas anderen Art vorgeht. Ja, vielleicht ist es mit den 14 Millionen ein Problem und die Zeit ist ein Problem. Ich glaube, man muss noch einmal überlegen. Was ist das Ziel dieser Motion? Das Ziel ist, dass man nicht nur über Einzelmassnahmen irgendetwas macht. Meine These ist und ich sage dies gerne zu Protokoll: Der Stadtrat hat 100 Einzelmassnahmen vorgeschlagen. 50 Interessengruppen haben die Kraft, dass es einen Antrag in der Budgetdebatte im November geben wird und von diesen 50 werden am Schluss vielleicht 25 durchkommen, weil sie gegenseitig dafür sorgen werden, dass es eine Mehrheit von wechselnden Interessengruppen gibt. Am Schluss haben wir dann nicht so viel gespart, wie wir sparen sollten. Unser Antrag ist wirklich, und ich sehe, hier ist eigentlich viel Unterstützung da, dass man zuerst überlegt: Was ist die Kernaufgabe? Und dass man rasch vorgeht. Die 14 Millionen sind die Zahl, die wir einfach haben. Wenn ich mich richtig erinnere, hat die Stadt Olten, wenn man nichts macht, Ende 2015, Fr. 5'000.— oder sogar über Fr. 5'000.— Schulden pro Kopf. Das ist ungefähr gleich viel wie Saas-Almagell. Sie sind nachher unter die Fuchtel des Kantons Wallis gestellt worden. Dort sind die Hürden noch deutlicher höher als im Kanton Solothurn und in der Stadt Olten. Ich würde gerne noch eine Frage an Daniel Schneider und Felix Wettstein stellen. Wenn man diesen Vorstoss in ein Postulat umwandeln würde, so wie es ist. Man sagt: Okay, wenn es halt so unmöglich ist, dies im November zu machen. Aber bei der grundlegenden Zielsetzung, dass man auf das Budget 2015 eine Auslegeordnung will, könnte ich mir vorstellen, dass wir dem zustimmen. Ich wäre froh über ein Feedback von Euch. Ich habe es vorher auch mit Gert Winter kurz abgesprochen.

Heidi Ehram: Wir haben hier hinten relativ lange diskutiert: Was machen wir jetzt? Die Motion ist für uns sehr einschneidend, vor allem die 14 Millionenziele, die von dieser Motion vorgegeben wurden, fänden wir eigentlich auch gut. Wenn es in ein Postulat umgewandelt würde, könnte ich von meiner Seite ja sagen. Zur Motion würde ich nicht ja sagen. Sie ist mir zu bindend und das würde mir mit dem fixen Betrag von 14 Millionen, der als Minimalbetrag drin ist, zu sehr Angst machen. In diesem Sinne ist der Vorschlag von Urs Knapp doch sehr prüfenswert.

Daniel Schneider: Urs, merci für die Frage. Im Sinne einer effizienten Erledigung des Geschäftes: Ja.

Christian Werner: Ich möchte gleichwohl noch kurz sagen, dass mich jetzt bei einer Umwandlung in ein Postulat eigentlich nicht überrascht, dass alle sagen, sie machen mit, weil Daniel Schneider natürlich weiss, dass nachher nichts damit passiert, wie es in der Politik so oft geschieht. Dann hat man das Gefühl, man schnüre jetzt einen Kompromiss und unter dem Strich ist es nachher einfach so, dass es nur ein Prüfungsauftrag ist. Die Motion ist der Auftrag, den das Parlament dem Stadtrat gibt, und dann hat der Stadtrat umzusetzen. Wenn man es jetzt in ein Postulat umwandelt, wird es ein Prüfungsauftrag und dann ist die Umsetzung in der Kompetenz des Stadtrates, der ja eigentlich sagt, es gehe nicht und es ja auch nicht wirklich machen möchte, wenn ich ihn richtig verstanden habe. Von daher bringt es nichts, dies jetzt in ein Postulat umzuwandeln, auch wenn nachher alle irgendwie halbwegs glücklich sind und das Gefühl haben, sie tragen jetzt einen Sieg davon. Unter dem Strich wird nichts passieren, weil wir keinen Einfluss mehr darauf nehmen können und es ist nicht mehr verbindlich. Insbesondere ist der Zeitplan nicht mehr verbindlich, weil nämlich dann der Stadtrat sagt, was läuft.

Heinz Eng: Ich entpuppe mich hier etwas als Hardliner in den eigenen Reihen. Urs, bei Deinem Vorschlag, in ein Postulat umzuwandeln, muss ich Christian Werner hundertprozentig recht geben. Das ist natürlich eine Einladung usw. Es gibt eine Verwässerung und alles zusammen. Schlussendlich diskutiert man hier gross und es geht am Ziel vorbei. Es ist klar, dass dies Daniel Schneider zuwirkt. Aber ich halte hier auch fest: Wenn hier wirklich etwas gemacht werden soll und Zeichen gesetzt werden sollen, ist jetzt der Moment. Ein Postulat ist nachher „blabla“.

Felix Wettstein: Wir werden auch einer Umwandlung in ein Postulat nicht zustimmen können. Wir sind ganz grundsätzlich nicht dafür zu haben, Postulate zu unterstützen, bei denen man im Voraus weiss, dass sie als nicht erfüllbar zu erklären sein werden.

Daniel Schneider: Ich habe gemeint, wir könnten es etwas effizient machen. Christian Werner, Du bist etwa zu 80 % für Umwandlungen meiner Motionen in Postulate. Wenn man so etwas zurückdenkt, bin ich mir dies wirklich gewöhnt und weiss, dass es nachher tatsächlich so etwas wirkungslos wird. Hier hast Du recht. Ich möchte aber sagen, weshalb wir hier zustimmen können. Wenn der Stadtrat uns bei der Budgetdebatte nicht glaubhaft erklären kann, dass er dieses Ziel in den nächsten Jahren vor Augen hat oder den Weg, den Ihr jetzt vorschlagt, einschlägt, dann unterstütze mindestens ich – ich kann nicht für die anderen reden – einen solchen Vorstoss auf jeden Fall. Das ist das Einzige. Ich weiss nicht, was Versprechen in der Politik wert sind. Bei mir ist es etwas wert.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: In Anbetracht, dass die Rednerliste schon relativ lange war und wir nachher noch zwei Finanzthemen haben, möchte ich eigentlich diese Diskussion langsam abschliessen.

Michael Neuenschwander: Ich möchte auch einfach davor warnen, diese Motion jetzt als Motion oder als Postulat zu überweisen, weil es mir scheint, dass es nichts anderes als Panikmache ist. Wir haben hier in der Stadt ein Problem mit Einnahmen und Ausgaben. Das ist ganz klar. Aber ich möchte wirklich zuerst einmal das Budget sehen, das jetzt dann fällig ist. November ist schon sehr bald. Dann möchte ich einmal sehen, was darin enthalten und darüber diskutieren können und auch schauen, wie dies finanzierbar ist. Mir kommt es einfach vor, als wären jetzt die 14 Millionen Vorgabe. Geht es eigentlich nur darum, möglichst weit weg zu legen, dass man die Steuern erhöhen müsste. Es geht eigentlich nur darum. Dann soll man dies doch auch direkt sagen. Wir wollen einfach keine Steuererhöhung. Ich finde aber, man muss genau darüber auch ganz am Anfang reden. Es ist ganz normal, dass man zwischendurch, wenn es einem schlechter geht, halt die Steuern erhöhen muss, und wenn es besser geht, werden sie wieder gesenkt. Es ist so, dass die Stadt Olten offenbar eine gute Substanz hat, sowohl bei den Einnahmen von den natürlichen Personen wie auch bei den Firmen, bei denen eigentlich mittelfristig, was man so hört, die

Steuereinnahmen auch steigen werden. Es geht jetzt halt einfach um diese Millionen, diesen grossen Betrag der Alpiq. Bevor man dort mit dem Rasenmäher drüber geht – 14 Millionen sind nämlich irgendwo einfach abstrakt – dann sagt man: Jawohl, das fehlt jetzt. Jetzt müssen wir sofort die Ausgaben streichen. Aber welche Konsequenzen dies am Schluss hat, ist eben in diesen 14 Millionen so nicht enthalten. Es ist nicht ersichtlich. Aber beim Budget ist eben dann ersichtlich, wo diese Posten sind. Dann können wir nämlich konkret diskutieren und das möchte ich lieber so machen. In diesem Sinne beides ablehnen, die Motion und kein Postulat.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Zuerst möchte ich Noldi für das Vertrauen, das er in mich hat, danken. Ich bin hier Sprecher des Stadtrates. Das möchte ich klarstellen. Ich musste auch feststellen, dass in einem Kollegium auch andere mitreden und ich nicht alles allein entscheiden kann, wie ich dies gerne hätte. Das ist einer der „Lehrplätze“, die ich eingehen musste. Wenn ich jetzt dieses Votum höre, man mache auf Panik, staune ich nur, wie man ein solches Votum von sich geben kann. Ich werde nachher die Zahlen zeigen. Das hat mit Panik überhaupt nichts zu tun. Das ist bittere Realität. Unsere Finanzen sind miserabel. Wer dies nicht wahrhaben will, begreift etwas nicht. Ich bin jetzt brutal. Herr Wettstein hat gesagt, wir seien strategielos vorgegangen und würden ein Sammelsurium präsentieren. Das stimmt nicht. Wir sind Posten für Posten durchgegangen und haben gesagt: Was wir in der Kompetenz des Stadtrates streichen können, machen wir und was nicht in unserer Kompetenz ist oder eine Überprüfung braucht, braucht längere Zeit, legen wir dem Parlament vor oder überprüfen dies auch wirklich. Der Stadtrat ist sich bewusst, wie Herr Eng gesagt hat: Wir brauchen radikale Massnahmen. Das ist so. Aber wenn wir radikale Massnahmen umsetzen wollen, die das Bild dieser Stadtverwaltung dann auch ändern, müssen wir dies seriös prüfen können und das braucht einfach längere Zeit. Man kann dies nicht innert ein paar Wochen machen. Du hast jetzt das Beispiel dieser Polizisten gebracht. Vertragliche Verpflichtungen. Das ist so. Wenn wir diese Stellen jetzt abbauen würden und dies im Budget genehmigt wird, können wir sie nicht am 1.1. auf die Strasse stellen, sondern müssen ihnen die sechs Monate Frist geben und ihnen zeigen, dass wir diese Stellen abbauen wollen. Das geht nicht von heute auf morgen. Dass wir jetzt in dieser Antwort gesagt haben, wir planen eine angemessene Steuererhöhung, ist die Meinung des Stadtrates. Schlussendlich seid Ihr ja verantwortlich. Ihr müsst dies ja genehmigen. Ich gehe davon aus, dass dies über den Verlust, den wir hier haben, wenn wir Investitionen tätigen wollen, zwingend nötig sein wird. Über die Höhe kann man sich dann streiten. Es ist zwar lustig, dass ich dies jetzt als FDP-Vertreter sagen muss, der ich mich eigentlich vor den Wahlen immer dagegen gewehrt habe. Aber ich musste auch einsehen, dass dies wahrscheinlich gar nicht anders geht. Die Realität ist anders. Wir müssen uns dieser Realität stellen.

Es wird eine Folie zur Finanzsituation gezeigt.

Heinz Eng: Ich habe nur kurz eine technische Frage. Ist jetzt in den Budgets für die Jahre 2015, 2016 und 2017 auch schon der zu erwartende Mehraufwand aus dem kantonalen Finanzausgleich berücksichtigt?

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Ihr seht, dass 2015 unten steht: Zusatzkosten von rund 1,2 Millionen Franken für den neuen Finanzausgleich. Dieser ist dort berücksichtigt, wobei 1,2 Millionen eine absolut tiefe Zahl sind. Sie wäre nur so tief, wenn sie uns die Steuererträge, die wir in den letzten Jahren von der Alpiq hatten, nicht einrechnen würden und das Geld, das man zur Seite gelegt hat, das man letztes Jahr quasi den Reserven entnommen und mit der Schuld kompensiert hat.

Anna Engeler: Hat man dies auch einmal mit anderen Steuerfüssen durchgerechnet? Das ist ja jetzt mit dem Steuerfuss 95 % weitergeführt. Hat man dies rein hypothetisch auch noch mit anderen Steuerfüssen einmal durchgerechnet?

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Dazu kann ich sagen, dass ein Steuerprozent etwa Fr. 700'000.— ausmacht. Wenn wir die 28 Millionen decken wollen, kann ja jeder selber ausrechnen, wie viel man die Steuern erhöhen müsste. Wir müssten 40 % erhöhen, wenn wir das Defizit ausgleichen möchten.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Jetzt noch die Frage an Urs Knapp: Ist es immer noch ein Thema, in ein Postulat umzuwandeln oder bleibt es eine Motion?

Urs Knapp: Ich habe mit Gert Winter gesprochen. Wir werden uns in gewissen eigenen Reihen nicht nur beliebt machen. Wir werden beantragen, dass wir mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden sind. Das haben wir mit den Zahlen gesehen. Die 14 Millionen sind eigentlich als Ziel noch sanft gewesen. Es würde eigentlich viel mehr brauchen. Das Problem ist vielleicht etwas das zeitliche. Wir haben das Versprechen gehört. Wir müssen etwas tun. Ich glaube, es hat jetzt jeder, der letzte, hier gesehen: Man muss etwas machen. Wenn nicht jetzt, dann sicher im Budget 2015 und zwar ganz „knüppeldick“. Von daher sind Gert und ich mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Beschluss

Mit 28 : 9 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird die Motion als Postulat überwiesen.

Mitteilung an
Direktion Finanzen/Herr Urs Tanner
Geschäftskontrolle

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. September 2013

Prot.-Nr. 18

Entlastungspaket 2014ff./Kenntnisnahme und Genehmigungen

Die Sparbemühungen im laufenden Jahr, um mit reduziertem Sachaufwand mit dem gleichen Personalbestand das gleiche Dienstleistungsangebot zu gewährleisten, genügen angesichts der finanziellen Situation der Stadt Olten nicht. Um insbesondere einen drohenden Cash-loss (negativer Cash-flow oder Mittelabfluss) von 14 Mio. Franken in der laufenden Rechnung zu vermeiden, setzt daher der Stadtrat ein umfangreiches Entlastungspaket 2014 und Folgejahre um, das zu wesentlichen Ausgabenreduktionen im Personal- und Sachaufwand wie auch bei den Beiträgen führt und dabei auch Auswirkungen auf der Angebotsseite beinhaltet. Er bringt dem Parlament zudem weitere geplante Prüfungsaufträge zur Kenntnis.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Ende Januar 2013 hatte der Stadtrat angekündigt, dass auf Grund von rund 20 Mio. Franken unter den budgetierten Werten liegenden Steuereinnahmen Sachaufwand, Personalaufwand und Beiträge für das laufende Jahr stark gekürzt werden müssten, um einen Geldabfluss aus der laufenden Rechnung zu verhindern. Zudem seien die vorgesehenen Investitionen im Jahr 2013 auf ein Minimum zu kürzen, um die Liquidität in den städtischen Finanzen angemessen zu sichern.

An der Märzsession des Gemeindeparlamentes informierte der Stadtrat, die im Jahr 2013 vorgesehenen Nettoinvestitionen seien auf Grund einer Verzichts- bzw. Verschiebepanung um rund 12,2 Mio. Franken auf rund 16,5 Mio. Franken gesenkt worden; was die laufende Rechnung 2013 angehe, befinde man sich in einer zweiten Sparrunde innerhalb der Verwaltung.

Im Rahmen der beiden Budgetkürzungsrunden konnten dann in der laufenden Rechnung gesamthaft 2,888 Mio. Franken eingespart werden: 2,179 Mio. Franken beim Sachaufwand, 0,394 Mio. Franken beim Personalaufwand und 0,335 Mio. Franken bei den eigenen Beiträgen. Die Palette der Kürzungen und Verschiebungen reichte von der Kürzung des Dispositionskredits des Stadtrates über die Streichung des Personalfestes der Stadtverwaltung und von Weiterbildungskrediten bis hin zu Kürzungen beim baulichen Unterhalt und bei Materialanschaffungen in praktisch sämtlichen Bereichen der öffentlichen Hand.

Den Einsparungen stehen 2013 Veränderungen der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen von voraussichtlich rund 27.7 Mio. Franken gegenüber, was den budgetierten Überschuss von 0.079 Mio. Franken in einen Verlust von 24.76 Mio. Franken umwandeln wird. Dieser kann teilweise aus Steuervorbezugsreserven (Fremdkapital) sowie

Steuerausgleichsreserven (Eigenkapital) gedeckt werden. Zur Deckung des Haushaltes 2013 musste zudem dem Parlament ein Antrag für die Aufnahme zusätzlicher Gelder im Umfang von 15 Mio. Franken gestellt werden, die an der Juni-Sitzung im Zusammenhang mit der Genehmigung der Jahresrechnung 2012 bewilligt wurde.

Damals wurde in Aussicht gestellt, dass sich der neue Stadtrat im Rahmen der Finanzplanung 2014 bis 2020 und des Regierungsprogramms 2013-2017 rasch und intensiv mit der Finanzlage der Stadt Olten befassen werde.

2. Erwägungen

2.1 Strategie

Der neue Stadtrat hat sich bereits vor seinem Amtsantritt, aber auch unmittelbar danach an mehreren Sitzungen mit der neuen Ausgangslage auseinandergesetzt. Er hat einerseits als einer der ersten Schritte den neuen Investitionsplan 2014 bis 2020 definiert (vgl. separate Vorlage), anderseits einen Entwurf für den Finanzplan 2014 bis 2020 und das Regierungsprogramm 2013-2017 verfasst, der nach der Kenntnisnahme des vorliegenden Entlastungspakets überarbeitet und finalisiert werden soll.

Um die Finanzen mittel- bis langfristig wieder ins Lot zu bringen, wählte der Stadtrat nicht die „Rasenmähermethode“, wie auch die Vorlage zum Investitionsplan unterstreicht, sondern nahm die Dienstleistungen und Unterstützungsbeiträge der Stadtverwaltung individuell und aufgabenbezogen unter die Lupe – dies mit dem Ziel, trotz Spardruck die Attraktivität und Sicherheitsanliegen der Stadt Olten und deren Weiterentwicklung möglichst wenig zu beeinträchtigen. Bewertungskriterien waren demnach unter anderem: Handlungsspielraum (gesetzliche Vorgaben), Nutzen für die Bevölkerung, Beitrag zur Attraktivität und zum Image der Stadt Olten, Einzigartigkeit und Originalität des Angebots, Verhältnis von Aufwand und Ertrag (Anzahl Nutzende, Bedeutung und Alternativen für Nutzende) sowie bei Unterstützungsbeiträgen Unterstützungsbedarf und Subsidiarität.

2.2 Vorgehen

Da die Arbeiten an der Budgetierung 2014 schon im Frühling aufgenommen und auch über den Wechsel der Legislaturperiode hinweg fortgesetzt werden mussten, wurde den Direktionen einstweilen als Vorgabe mit auf den Weg gegeben, dass als Basis für den Sachaufwand das gekürzte Budget 2013 dient. Die erste Budgeterfassung ist bereits erfolgt und wird nun auf Grund des Entlastungspakets ebenfalls überarbeitet werden müssen. Sie zeigt ohne Gegenmassnahmen ein drohendes Defizit von rund 28 Mio. Franken und einen Cash-loss (negativer Cash-flow oder Mittelabfluss) von 14 Mio. Franken auf.

Da die bisherigen Massnahmen angesichts der aktuellen Finanzsituation der Stadt Olten nicht genügen, hat der Anfang August angetretene Stadtrat einen Ausschuss eingesetzt, der mit allen Verwaltungsleitern Gespräche bezüglich eines Entlastungspakets aufnahm und sie beauftragte, bis Mitte August Einsparungspotenzial in der laufenden Rechnung aufzuzeigen. Da angesichts der Finanzsituation auch Leistungsfelder überprüft werden müssen, sollten dabei alle Sacharten und alle Angebote und Dienstleistungen der Einwohnergemeinde hinterfragt und Sparpotenziale und deren Umsetzbarkeit aufgezeigt werden.

Der Stadtrat hat an mehreren Sitzungen die aufgezeigten Potenziale analysiert, aber auch zusätzliche Prüfungsaufträge erteilt. Als Resultat der intensiven Arbeiten innerhalb kurzer Zeit kann dem Parlament das vorliegende Entlastungspaket unterbreitet werden. Es besteht einerseits aus Massnahmen, die der Stadtrat bereits in eigener Kompetenz beschlossen hat, da bislang keine Aufgabenbereiche komplett aufgehoben, sondern lediglich in ihrem Umfang reduziert wurden. Zweitens legt er dem Parlament Massnahmen in dessen Kompetenz

(Aufhebung des Stipendienreglements, Streichung Betreuungszulage) zur Genehmigung vor. Drittens informiert er das Parlament über erfolgte Prüfungsaufträge an die Stadtverwaltung, welche angesichts des Zeitdrucks mit Blick auf das Budget 2014 einerseits, der dafür erforderlichen Prüfungsmassnahmen anderseits noch nicht abschliessend erfüllt werden konnten.

Der Stand des Entlastungspakets 2014ff. wird dem Parlament aus Transparenzgründen integral zur Kenntnis gebracht, zumal die dadurch entstehende Ausgangslage prägend sein wird für die Ausgestaltung des Finanzplans und des Budgets bzw. der in diesen zu definierenden Eckwerte (Investitionsvolumen, Steuersatz etc.).

3. Entlastungspaket 2014ff.

3.1 Vom Stadtrat beschlossene Massnahmen

(vgl. Tabelle in der Beilage)

Die einzelnen Massnahmen treten je nach gesetzlichen Grundlagen teilweise nicht bereits auf Beginn des Jahres 2014 in Kraft. Sie umfassen im Wesentlichen:

Personalkosten:

- Pensenreduktionen in den Bereichen Steuerverwaltung, Stadtentwicklung (inkl. Umwelt und Integration), Administration Feuerwehr und Bestattungs- und Inventuramt
- Stellenaufhebungen in den Bereichen Finanzkontrolle und Polizei
- Vorzeitige Pensionierungen in den Bereichen Stadtplanung und Hauswartungen
- Reduktion KV-Lehrstellen

Der Stadtrat ist sich der Auswirkungen dieser Massnahmen auf die Betroffenen bewusst und wird seine Pflichten im Rahmen der geltenden Personalgesetzgebung wahrnehmen.

Sachausgaben:

- Reduktion bzw. Streichung von Sachkrediten aus allen Bereichen, von Verbrauchsmaterial, Unterhalt und Ausrüstungen bis hin zur Aufhebung einzelner Angebote (Voliere, Sicherheitspatrouillen etc.)

Beiträge:

- Beitragsreduktionen im Kulturbereich
- Aufhebung bzw. Reduktion von Beiträgen im sozialen Bereich (Alkstübli, Lysistrada und Tagesheim Sonnegg)
- Aufhebung Beitrag an Hallenbad Kantonsschule

Zudem müssen auch die Erlass- und Beitragsgesuche für Anlässe via Dispositionskredit des Stadtrates (012.365.00) künftig einem strengeren Massstab unterworfen werden.

3.2 Vom Parlament zu genehmigende Massnahmen

a. Aufhebung Stipendienreglement (SRO 319)

Konto	Bezeichnung	Veränderungen gegenüber Budget 2013			
		2014	2015	2016	2017
230.355.01	Stipendien	-20'000	-20'000	-20'000	-20'000

Die Einwohnergemeinde gewährt heute im Wesentlichen zusätzliche Beiträge (Stipendien und zinsfreie Darlehen) zu den kantonalen Stipendien; es gibt kaum Fälle, wo die

Einwohnergemeinde ohne den Kanton Stipendien ausrichtet. Der Stadtrat ist der Auffassung, dass die kantonalen Beiträge genügen und keine zusätzlichen ausgerichtet werden sollen.

b. Teilrevision Reglement über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen (SRO 215)

Die Gebühren der Parkkarten für Anwohnende sind verglichen mit anderen Städten mit CHF 120 pro Jahr tief angesetzt, ebenso die Tagesbewilligung mit CHF 5. Geplant ist eine Erhöhung in den Jahren 2014 bis 2017 um jeweils 20%. Die entsprechende Teilrevision wird dem Parlament im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2014 beantragt.

c. Teilrevision Personalreglement (SRO 131)/Streichung Betreuungszulage inklusive Übergangsregelung betr. altrechtliche Familienzulage (Art. 22h lit. c)

Konto	Bezeichnung	Veränderungen gegenüber Budget 2013			
		2014	2015	2016	2017
301.00	Betreuungszulage	-543'000	-460'000	-400'000	-400'000

In Anbetracht der angespannten Finanzsituation beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die im Mai 2012 als Ersatz für die frühere Familienzulage eingeführte Zulage für die Betreuung von Kindern und andern unterstützungsbedürftigen Angehörigen inklusive vom Parlament am 24. Mai 2012 beschlossene Übergangsregelung betr. altrechtliche Familienzulage als Beitrag des städtischen Personals an die Verbesserung der Finanzsituation aufzuheben. Dafür soll Art. 22h lit. c des Personalreglements (SRO 131) wie folgt abgeändert werden:

alt	neu
Sozialzulagen: Den Mitarbeitenden werden Kinder- und Geburtszulagen gemäss der kantonalen resp. eidgenössischen Gesetzgebung sowie Betreuungszulagen ausgerichtet.	Sozialzulagen: Den Mitarbeitenden werden Kinder- und Geburtszulagen gemäss der kantonalen resp. eidgenössischen Gesetzgebung ausgerichtet.

3.3 Prüfungsaufträge

Bei den Prüfungsaufträgen des Stadtrates an die Stadtverwaltung handelt es sich um ein erstes Paket von weiteren möglichen Massnahmen, deren Prüfung angesichts des Zeitdrucks mit Blick auf das Budget 2014 einerseits, der erforderlichen Prüfungsmassnahmen andererseits noch nicht abschliessend stattfinden konnte. Die Prüfungsaufträge sind nicht präjudizierend für das Ergebnis; auf diese Weise sollen vielmehr Grundlagen erarbeitet werden, damit der Stadtrat und bei Bedarf das Gemeindeparlament anschliessend einen fundierten politischen Entscheid fällen können.

Es wurden folgende Prüfungsaufträge erteilt:

Massnahme
Generelle Überprüfung Gebührenordnung (SRO 711)
Überprüfung Personalreglement (SRO 131) und Personalverordnung (SRO 131.1) betreffend Regelungen bei Dienstjubiläen und Austritten, im Gegenzug auch der Ferienregelung
Überprüfung Reglement über die Ausrichtung von Entschädigungen für Verwaltungsangehörige (SRO 132) betr. Kommunikationsspesen
Überprüfung Organisation Personaldienst
Prüfung der Auswirkungen bei der Schliessung eines oder mehrerer städtischer Museen (Historisches Museum, Kunstmuseum, Naturmuseum)
Überprüfung Ausrichtung Stadtbibliothek im Zusammenhang mit Pensionierung, Prüfung organisatorische Zusammenführung mit Jugendbibliothek
Überprüfung Administration Direktion Präsidium in Zusammenhang mit Pensionierung

Überprüfung Administration Baudirektion (Pool-Lösung)
Überprüfung Führungsstruktur Öffentliche Sicherheit
Überprüfung Organisation Publikumsdienste
Überprüfung polizeiliche Organisation
Überprüfung Parkgebühren öffentliche Parkplätze
Überprüfung Pilzkontrolle
Synergiesuche in Betrieb und Materialbewirtschaftung bei Fw, ZS und Werkhof
Prüfung Übernahme Fahrzeugunterhalt Stadtpolizei durch Werkhof
Überprüfung Fahrzeugunterhalt Feuerwehr
Prüfung Erhöhung Feuerwehrrpflichtersatz (kantonale Ebene)
Prüfung Vermietung Dachfläche Feuerwehrgebäude für Nutzung Sonnenenergie
Prüfung Outsourcing Markt und Kilbi
Überprüfung Betriebsbeitrag und Subventionen an Sportpark Olten AG
Überprüfung Unterstützungsbeiträge für Sportvereine
Überprüfung Betriebsbeitrag an Provisorium 8
Überprüfung Betriebsbeitrag an Robi
Überprüfung Betriebsbeitrag und Miete für Trendsportanlage
Überprüfung Betriebsbeitrag an Ludothek
Überprüfung Betriebsbeitrag an Midnight
Überprüfung Beiträge an Spielgruppen
Überprüfung Beiträge an Pfadfinderabteilungen
Überprüfung Beitrag an Zauberalaterne
Überprüfung Beiträge an Veranstaltungen der Schulen
Neuverhandlungen über Mietpreise für die Kindergärten
Neue Hauswartlösungen Schul- und Sportanlagen
Überarbeitung Gebühren für den freiwilligen Schulsport
Überarbeitung Gebühren für Schul- und Sportanlagen
Überarbeitung Gebühren für die Musikschule
Prüfung Fondsauflösung Schüler/innen Freizeit
Kostendeckende Beiträge für auswärtige Schüler/innen in allen Bereichen
Überprüfung vertragliche Regelungen Schulzahnpflege (insb. Beiträge an Private)
Überprüfung Schulinsel: Streichung oder regionale Öffnung
Prüfung Reduktionsmöglichkeiten Sozialhilfe auf minimale gesetzliche Vorgaben
Prüfung Einsparungsmöglichkeiten Overhead Sozialdirektion und Sozialregion
Räumliche Zentralisierung Sozialregion in Olten
Überprüfung Organisation Informatik inkl. Integration ICT
Wirtschaftsförderung und Olten Tourismus: Neuverhandlungen Mietpreise
Wirtschaftsförderung: Prüfung leistungsbezogene Abgeltung

4. Finanzielle Auswirkungen

Die bereits beschlossenen Kürzungen und Abbaumassnahmen und die vom Parlament zu genehmigenden Massnahmen führen zu folgenden finanziellen Konsequenzen im Budgetjahr 2014 sowie in den folgenden Jahren (dabei ist zu beachten, dass Massnahmen im personellen Bereich sowie bei den Beiträgen 2014 aus vertraglichen Gründen in vielen Fällen noch nicht vollumfänglich wirksam werden):

2014	2015	2016	2017
-1'793'000	-2'589'000	-3'010'000	-3'067'000

Die noch in Prüfung befindlichen Massnahmen, die zu einem noch deutlicher spürbaren Leistungs- und Attraktivitätsabbau führen würden, haben mittel- bis langfristig ein theoretisches Einsparungspotenzial von maximal rund weiteren 4 Mio. Franken.

5. Zeitplan

Aufgrund der Ergebnisse aus der Parlamentsdebatte zum Entlastungspaket wird der Stadtrat den bereits bestehenden Entwurf des Finanzplans 2014 bis 2020 überarbeiten und diesen an der Novembersitzung, zusammen mit dem Regierungsprogramm 2013-2017 des Stadtrates, dem Parlament zur Kenntnis vorlegen. In der Novembersitzung, spätestens in der Dezembersitzung wird auf diesen Grundlagen auch der Voranschlag 2014 dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt.

Beschlussesantrag:

1. Von den vom Stadtrat beschlossenen Massnahmen im Rahmen des Entlastungspakets 2014ff. wird Kenntnis genommen.
2. Der Aufhebung des Stipendienreglements (SRO 319) per 1.1.2014 wird zugestimmt.
3. Der Teilrevision des Personalreglements (SRO 131) betr. Streichung Betreuungszulage inklusive Übergangsregelung betr. altrechtliche Familienzulage (Art. 22h lit. c) per 1.1.2014 wird zugestimmt.
4. Von den erfolgten Prüfungsaufträgen wird Kenntnis genommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Dr. Christoph Fink: Die GPK empfiehlt Euch Zustimmung zu diesem Projekt, zu diesen Vorlagen. Wir wissen, man muss sparen. Wir haben eine schwierige finanzielle Lage, wie wir gehört haben. Sparen heisst, dass auf der anderen Seite jemand verzichten muss. Aber weil die finanzielle Lage eben so schlecht ist, haben wir eigentlich fast keine andere Wahl. Es mag uns leid tun, dass es so ist, dass wir jemandem etwas wegnehmen müssen, das vielleicht sinnvoll war oder worauf er gezählt hat. Aber es geht einfach nicht anders. Es gibt vielleicht auch Leute, die sagen: Wieso muss man gerade hier sparen und nicht andernorts? Oder andernorts könnte man auch sparen oder dort wäre es einfacher zu sparen. Man kann noch sagen, dass sind ja erst die ersten Massnahmen. Es mag jetzt etwas asymmetrisch aussehen. Aber wie wir auch schon gehört haben, werden mit der Zeit noch ganz grosse Brocken kommen, weil all diese Massnahmen und insbesondere die beiden, die jetzt zur Diskussion stehen, nur ein Tropfen auf den heissen Stein sind.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Besten Dank. Ihr habt ja unseren Antrag erhalten. Ich möchte dazu vielleicht noch einmal betonen, dass wir wirklich unter grossem Zeitdruck gestanden sind, als wir diese Massnahmen überprüft haben. Es ist nicht wenig, wenn man im Büchlein Punkt für Punkt durchgeht und versucht, dort zu streichen, wo man kann. Wir haben uns wirklich die Mühe genommen, jede einzelne Massnahme zu überprüfen. Dort, wo

wir im Stadtrat das Gefühl hatten, wir könnten in Eigenkompetenz etwas tun, haben wir es gemacht. Dort, wo wir das Gefühl hatten, das müssten wir überprüfen, haben wir einen Überprüfungsauftrag gemacht. Es hat gewisse Sachen, über die Ihr jetzt entscheiden müsst. Es ist mir bewusst, dass die vorgesehenen Massnahmen einschneidend und nicht angenehm sind, gerade für die Leute, die es trifft. Das ist meistens so. Wir machen dies auch nicht aus purer Freude, weil man dies einfach machen will. Bezüglich der Sachen, über die Ihr jetzt abstimmen könnt, hätte ich ein paar Auskünfte. Bei den Stipendien ist es so, dass der Kanton eigentlich kantonale Stipendien gibt und die Bedürfnisse der Studierenden zu 100 % abdeckt. Was die Stadt Olten macht, ist zusätzlich. Es ist klar, dass es auch hier für diejenigen, die es trifft, hart ist. Wir haben zwei Möglichkeiten, Stipendien oder zinsfreie Darlehen zu gewähren. Ende 2012 gab es noch offene Darlehen von Fr. 31'875.—, 2010 wurden Stipendien von Fr. 12'000.—, 2011 von Fr. 13'000.— und 2012 von Fr. 8'580.— gewährt. Es sind nicht ganz genaue Zahlen. Aber gerade, weil der Kanton den vollen Bedarf abdeckt, können wir eigentlich nur Stipendien geben, wenn der Kanton auch zustimmt. Über die kantonalen Vorgaben für die Leute, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, geben wir eigentlich keine Stipendien. Vom Stadtrat aus gesehen ist es unnötig, hier zusätzliche Stipendien zu gewähren. Deshalb bringen wir dies als Vorlage. Zur Familienzulage: Man hat die Betreuungszulage als Ablösung zur Familienzulage ja letztes Jahr neu eingeführt. Auch hier ist es sicher eine einschneidende Massnahme für diejenigen, die betroffen sind. Wir könnten eine halbe Million sparen, wenn wir dem zustimmen würden. Im Moment werden 66 Betreuungszulagen ausbezahlt. 3 haben ein Einkommen unter Fr. 70'000.—, 33 zwischen Fr. 70'000.— und Fr. 99'000.— und 30 über Fr. 100'000.—. Hier sieht man, dass es, wenn man dies streicht, zwar für alle hart ist, aber wirklich an die Substanz geht es eigentlich für relativ wenige. Die Betreuungszulage ist eine Zulage, die es eigentlich in der Privatwirtschaft nicht mehr gibt. Der Kanton hat sie auch aufgehoben. Es ist eine freiwillige Leistung der Stadt und freiwillige Leistungen kann man machen, wenn man es sich auch wirklich leisten kann. Aber jetzt können wir uns dies leider nicht mehr leisten. Von daher beantragen wir Euch, sowohl die Betreuungszulage als auch die Familienzulage zu streichen. Immerhin erhalten Familien mit Kindern noch die Kinderzulagen. Diese sind gesetzlich vorgegeben. Man kann sie nicht wegnehmen. Das wird über die Familienausgleichskasse bezahlt. Von daher erhalten Familien mit Kindern gleichwohl eine Zulage. Das Dritte, das wir vorschlagen, ist die Parkkartenerhöhung. Hier wären wir froh, wenn Ihr dies auch genehmigen würdet. Wir haben im Vergleich zu anderen Städten festgestellt – Thomas, Du siehst, wir machen manchmal schon auch Vergleiche mit anderen Städten – dass wir hier relativ tiefe Gebühren haben und möchten Euch beliebt machen, diese um 20 % zu erhöhen. Die definitive Fassung käme dann im November-Parlament.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Wir stellen einen Rückweisungsantrag, wie ich dies schon angekündigt habe. Es sind im Wesentlichen drei Gründe: Erstens: Die fehlende Information über die Einnahmenseite. Zweitens: Die Tatsache, dass das Parlament bei der Personalpolitik übergangen werden soll und drittens: Die fehlende Strategie hinter den Massnahmen, die uns schon als zu beschliessende oder beschlossene vorliegen. Ich möchte zu diesen drei Sachen sagen, wie wir darauf kommen. Man legt uns ein Entlastungspaket vor. Aber in den Unterlagen, die wir erhalten haben, sind wir ganz im Dunkeln darüber gelassen worden, wie die aktuelle Entwicklung der Einnahmenseite aussieht. Wir erfahren zwar, dass im Budget, das der Stadtrat letztes Jahr vorgelegt hatte, die Einnahmen der juristischen Personen massiv überschätzt worden seien. Ich möchte aber daran erinnern – Noldi hat es heute schon angesprochen – wie die damaligen Prognosen zustande gekommen sind. Man konnte uns nämlich schon damals sagen: Von der Alpiq ist nicht sehr viel zu erwarten. Aber es sind von verschiedenen anderen juristischen Personen auch Nachzahlungen zu erwarten, die jetzt im Verlaufe des Jahres hinein kommen. Ich möchte weiter daran erinnern, dass wir inzwischen die Rechnung 2012 abgenommen und festgestellt haben, dass wir bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen 4,8 Millionen Franken mehr einnehmen konnten als im Budget 2012. Es ist rundum so, dass die Leute ansteigende Verdienste haben, zwar sanft, aber immerhin. Wir haben auch eine sanfte, aber

immerhin leicht rückgehende Arbeitslosigkeit. Es spricht alles dafür, dass auch im laufenden Jahr der Ertrag der natürlichen Personen weiter ansteigen wird. Wir haben die eine grosse Firma, die früher einmal ein Klumpenglück gewesen sei. Aber vielen der übrigen Firmen mit Sitz in Olten geht es gut. Sie haben Zuwachsraten, zum Teil im zweistelligen Bereich. Es ist mir schon klar, dass dies im Einzelnen viel kleinere Beträge sind. Bei den Schätzungen, die wir vorher auf der Tabelle gesehen haben – wir hatten sie ja nicht schon in den Unterlagen gesehen – waren die Steuererträge natürliche und juristische Personen zusammengezählt und wenn man dies genau verfolgt hat, hat man gesehen, dass sie zum Teil sogar noch abnehmend budgetiert waren. Das ist definitiv zu pessimistisch. Inzwischen ist dies schon durch die Realität überholt. Trotzdem: Es braucht Massnahmen. Das ist auch uns klar. Unser zweiter Grund, den ich erwähnt habe, ist der Rückbau bei den Stellen. Mit dem jetzt vorgelegten Katalog sind es, wenn man es zusammenzählt, 890 Stellenprozente, bei denen der Stadtrat sagt: Diese Stellenstreichungen dürfen wir in eigener Kompetenz vornehmen, sogar ohne dass man das Parlament beschliessen lässt. Man hebe nirgends eine Aufgabe ganz, sondern hebe sie einfach zum Teil auf und das dürfe man. Ich erinnere daran, dass wir, wenn wir mit dem Stellenetat nur 10 % nach oben gehen, immer, sogar wenn es betragsmässig darunter liegt, was sonst Parlamentskompetenz gegenüber Stadtratkompetenz ist, jede Stellenkorrektur hier diskutieren und beschliessen müssen. Unsere Gemeindeordnung ist neutral formuliert, was die Grenzen der Finanzzuständigkeit betrifft. Nicht nur, wenn es Ausgabenwachstum ist, sind wir gefragt, sondern auch bei den Korrekturen nach unten. Wenn man speziell das Thema Polizei anspricht und es ist heute auch schon erwähnt worden: Wir haben nicht einfach aus einer Laune heraus vor knapp vier Jahren sechs zusätzliche Stellen bei der Polizei bewilligt und dem Volk empfohlen, dass es diese auch bewilligen soll. Wir müssten hier zu einem Polizeikonzept ja sagen, und dieses Konzept ist nur umsetzbar, wenn man die zusätzlichen sechs Stellen besetzt. Wenn man jetzt sagt: Wir streichen vier volle Stellen bei der Polizei heraus, wird die Polizei die Aufgaben gemäss diesem Konzept nicht mehr erfüllen können. Wir hatten früher auch schon eine Polizei, ich weiss. Dann hatten wir aber zum Beispiel gewisse Nächte nicht abgedeckt. Dann war halt einfach niemand auf Patrouille. Wenn wir den Sicherheitslevel behalten wollen, den wir mit diesem Konzept vor knapp vier Jahren beschlossen haben, müssen wir zu diesen Stellen ja sagen und sonst müssen wir einen parlamentarischen Beschluss für ein neues Konzept haben. Dritter Grund: Die Massnahmenliste an sich. Benvenuto, Du wolltest es vorher nicht gelten lassen. Wir kommen trotzdem darauf. Es ist eine Aneinanderreihung von Ideen, die einzelne Leute irgendwie zusammen getragen haben, die kein erkennbares Konzept ableiten lässt. Das sieht man beispielsweise daran: Eine einzige von sechs Direktionen macht eine Aufzählung von Sachen, die sie in eigener Kompetenz beschliessen kann. Es sind zugegebenermassen nicht grosse Beträge. Aber es sind typische Sachen, die in allen Direktionen vorkommen. Abonnemente, die man vielleicht irgendwo doppelt hat und nicht mehr braucht, Fahrzeugaufwendungen, die man reduzieren kann, Festivitäten, die man nicht so aufwändig machen muss. Das hat nur die öffentliche Sicherheit als einzige Direktion ausgewiesen, und die anderen nicht. Wir kommen halt noch einmal zum Schluss: Es ist zu schnell gegangen. Dafür haben wir Verständnis, weil Ihr erst seit relativ kurzer Zeit wisst, wer für welche Direktion zuständig sein darf. Aber es kann nicht befriedigen, eine solche Liste zu erhalten. Summarisch: Wir möchten diese Vorlage zurückweisen und bitten Euch, dieser Rückweisung zuzustimmen.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Eingangs erlaube ich mir einen kleinen Kommentar zu den Ausführungen von Stadtrat Benvenuto Savoldelli. Er hat gesagt, man müsste die Steuern um 40 % erhöhen, um das Budget quasi wieder herauf zu holen. Das war eine sehr statistische Schätzung und gerade bei Steuerfragen muss man dies in Zukunft dynamisch anschauen. Wenn man den Steuersatz um 40 % erhöht, wird der eine oder andere gute Steuerzahler gehen. Es wird massiv höher als 40 % sein. Dies nur kurz als Kommentar. Wir dürfen heute Abend über die fünf Anträge zum Entlastungspaket befinden. Die Stadt Olten hat ein Budgetdefizit von ungefähr 35 % und der Cashloss entspricht rund 14 % des Steueraufkommens. Das sind fast griechische Verhältnisse. Man lebt also weit über die

Verhältnisse und auf Kosten der nächsten Generationen. Der Handlungsbedarf ist definitiv gegeben. Wir rechnen es dem Stadtrat hoch an, dass er sich diesem Problem früh und proaktiv angenommen hat. Wir müssen uns deshalb auch bewusst sein, dass die Budgetberatungen nie mehr so weit von Wahlen entfernt sein werden wie in diesem Jahr. Dann wird der Sparwille sicher nicht zunehmen. Deshalb wollen wir dieses Problem auch jetzt anpacken. Bei allem Alarmismus und schlechten Zahlen darf man einfach nicht vergessen, dass dahinter Menschen und ihre Projekte stecken. Wir finden es nicht gut, dass man bei Vereinen und Projekten einfach spontan den Sparstift ansetzt. Auch dass man als erstes bei der Polizei spart, ist nicht ein gutes Zeichen nach aussen. Vielleicht wollte man die Leute so auch aufschrecken, damit die Opposition gegen das Sparen gerade maximal aufgestellt wird. Wir wollen, dass der Stadtrat auch mehr bei sich spart und die Verwaltung angeschaut wird und auch überprüft, welche Aufgabe die Stadtverwaltung noch übernehmen soll und welche nicht. Die Verwaltung ist in den letzten zehn Jahren stärker als das Steuersubstrat gewachsen und dies wohlgerne mit Alpiq-Millionen. Man wird manchmal das Gefühl nicht los, dass man in der Vergangenheit mit vielen Projekten und Studien die Arbeit auch etwas gesucht hat. Wenn ich schon nur ein halbes Jahr zurückdenke, als uns ein Projekt vorgestellt wurde, dass die Stadt Olten in den nächsten Jahren 3'000 Einwohner mehr haben soll und zusätzlich müssen die 3'000 dann auch noch gute Steuerzahler sein. Nicht nur in Anbetracht der finanziellen Situation eine Illusion. Vielleicht sollte man sich im Stadthaus von diesen akademischen Planspielen lösen und wieder auf die Strasse zu den Bürgern gehen und sich die Frage stellen: Was braucht Olten und was kann Olten? Ich möchte jetzt nicht noch lange Ausführungen machen, weil es ja hier im ersten Antrag in erster Linie um die Kenntnisnahme geht und unsere Fraktion wird diese einstimmig bestätigen. Auch die Aufhebung des Stipendienreglementes hat bei uns nicht viele Diskussionen ausgelöst. Offenbar wird dies nicht mehr gebraucht. Zum dritten Punkt muss man sagen, dass der Kanton die Betreuungszulage schon vor über zehn Jahren gestrichen hat und dass es eine Besserstellung zur Privatwirtschaft ist, die man sich in der momentanen Situation nicht leisten kann. Auch Traktandum 4 und 5 werden wir einstimmig folgen. Merci für die Aufmerksamkeit.

Roland Rudolf von Rohr: Die Fraktion der CVP/EVP/GLP findet das Vorgehen des Stadtrates gut, dass er mit der Kenntnisnahme dieses Entlastungspaket schon jetzt kommt und somit eigentlich eine vorgezogene kleine Budgetdiskussion erfolgen kann, denn die Finanzlage dieser Stadt ist wirklich kritisch, sehr kritisch. Wir haben es auch gewusst: Wir waren von einzelnen Steuerzahlern, vor allem von einem, sehr abhängig. Der G-Index, diese Gefahr war uns bekannt. Er ist jetzt zwar wieder im Lot, aber natürlich im negativen Sinne für uns. Die Zeit der grossen Steuereinnahmen ist definitiv vorbei. Im letzten November haben wir beim Budget 2013 gesagt, dass man, falls die Steuereinnahmen nicht im budgetieren Rahmen eingehen, sehr schnell reagieren muss und wir aus der Fraktion die Schraube eben an verschiedenen Orten ansetzen wollen. Das ist sparen, Leistungsabbau und auch beim Steuersatz werden wir Anpassungen machen müssen. Wie hoch man dort gehen kann, konnten wir noch nicht diskutieren, weil wir auch noch nicht alle Zahlen haben. Das ist für uns kein Tabu und ich glaube, es geht nicht ohne. Im letzten Juni, als es dann um die Rechnung 2012 ging, haben wir gesagt: Jetzt ist es klar. Tempi passati. Mit dem vorliegenden Abschluss beginnt definitiv eine neue finanzpolitische Epoche, vorher noch bestärkt durch die Folie, die hoffentlich allen Ratsmitgliedern verteilt wird. Mir scheint, es haben es noch nicht alle gemerkt. Wir sind jetzt wirklich aufgefordert – ich habe es damals schon gesagt – uns bereits in den Sommerferien Gedanken zu den Stichworten sparen, Leistungsabbau und Steuererhöhung zu machen. Wir müssen auch sagen, dass unsere Fraktion in der Vergangenheit immer die finanzpolitische Richtung des Stadtrates unterstützt und auch den Senkungen des Steuersatzes ab dem Jahr 2005 zugestimmt hat. Wir haben sie mitgetragen und ihnen sogar zum Durchbruch verholfen. War dies falsch? Ich glaube nicht, denn die Gemeinde hat nicht die Aufgabe, in den guten Zeiten Geld zu horten und es droht die Gefahr, dass die Ausgaben, wenn die Stadtkasse zu voll ist, noch grosszügiger ausgefallen wären und demzufolge heute die Ausgabenseite noch höher wäre als sie heute

ist. Falsch wäre aber, wenn man jetzt nicht fähig ist, auf die neue Situation zu reagieren und eben die Massnahmen zu treffen, so wie es der Stadtrat jetzt vor hat. Wir unterstützen das Entlastungspaket grossenteils. Einzelsprecher werden sich aber nachher noch zu Wort melden. Wir fordern den Stadtrat auf, die unter 3.3. aufgelisteten Prüfungsaufträge möglichst gut zu realisieren und dass das Ziel von 4 Millionen erreicht werden kann. Somit hätten wir einmal die 3 Millionen plus die 4 Millionen. Das sind immerhin schon sieben Millionen. Aber das reicht nicht. Vorher haben wir von 14 Millionen gesprochen. Das reicht bei weitem immer noch nicht, wenn wir ausgeglichen sein wollen. Bei 14 Millionen sparen müsste ja der Rest zu den 26 Millionen, die eigentlich fehlen, noch bei den Steuererhöhungen gemacht werden. Ob dies möglich ist, steht auf einem anderen Blatt. Vergesst nicht, dass wir 2012 16 Millionen Franken Steuereinnahmen von den juristischen Personen hatten und im Finanzplan immer mit 40 gerechnet haben. Ganz gute Jahre gingen dann heftig darüber. Dann ist man etwas grosszügig geworden. Aber diese Zeiten sind vorbei. Ich möchte aber auch noch einige positive Aspekte bringen. Wie Ihr alle wisst, hat ja jede Medaille auch eine Kehrseite und ein positiver Aspekt davon ist sicherlich, dass mit dieser neuen Epoche jetzt wahrscheinlich bei vielen Leuten hier, aber auch bei der Bevölkerung eine neue Denk- und Verhaltensweise eingeläutet wird, denn jetzt weiss jeder, dass jedes Begehren, jede nicht gemachte Ersparnis und jeder nicht gemachte Leistungsabbau entweder eine Schulderhöhung oder eine Steuererhöhung zur Folge hat. Ich habe mir deshalb persönlich einmal eine kleine Excel-Tabelle gemacht, so einen EGO-Finanzrechner und habe dort ein paar Beträge eingegeben, was dann passiert im Sinne von Peter Kohler, bei dem man früher noch das finanzpolitische vernetzte Denken gelernt hat. Ich habe ein Beispiel genommen: Wenn man die Betreuungszulage nicht streicht, hätte dies zur Folge, dass die Steuern 0,8 hinauf gingen. Wenn dies nicht passieren würde, hätte man innert fünf Jahren eine Mehrverschuldung von 4,5 Millionen. Das wären 265 Franken pro Kopf. Oder wenn man etwa das Hallenbad halten möchte, gäbe dies 0,2 Steuern oder 35 mehr Schulden pro Kopf. Ich will Euch nicht mit Zahlen plagen. Aber versucht einmal, eine solche Tabelle selber zu machen. Jede Massnahme bringt etwas und jede nicht gemachte Massnahme verschlechtert unser Verhältnis. Wir sind uns bewusst, dass es für viele hart ist. Die Institutionen, die jetzt nicht mehr Geld erhalten sollen, haben eine gute Arbeit geleistet und etwas für unsere Stadt geleistet und wir haben davon profitiert. Wir haben vom Vögelgarten profitiert. Wir haben vom Hallenbad profitiert usw. Das sind nicht Sachen, die nicht gemacht wurden. Das haben wir genossen. Aber wir können es in Anbetracht der finanziellen Lage nicht mehr geniessen. Ich denke aber auch, die Hoffnung für diese Institutionen sollte doch noch sein, dass es nicht unbedingt zu Ende sein muss. Es gibt immerhin auch noch privatwirtschaftliche Möglichkeiten. Es gibt Trägerschaften und diesbezüglich sind alle Bewohner dieser Stadt und insbesondere auch wir alle hier aufgefordert, diese Leute zu ermuntern und eventuell eben einen privaten Weg zu finden, um diese Institutionen retten zu können. Unsere Fraktion stimmt aber allen Beschlussesanträgen zu. In Anbetracht dieser finanziellen Situation haben wir gar keine andere Möglichkeit. Den Rückweisungsantrag der Grünen lehnen wir selbstverständlich ab.

Daniel Schneider, Fraktion SP/Junge SP: Ich dachte, eine Rückweisung sei, dass man nicht mehr über das Geschäft rede. Aber offenbar reden wir jetzt zuerst über das Geschäft und nachher reden wir darüber, ob wir nicht darüber reden wollten. In diesem Fall äussere ich mich auch. Grundsätzlich ist die SP eigentlich dagegen, dass wir heute über Brosamen an Sparübungen reden, ohne dass wir das Ganze nach der Beantwortung dieser Prüfungsaufträge sichten können. Für uns wäre eigentlich eine mittelfristige Strategie zu entwickeln, anstatt in operativer Hektik relativ viele Leute aus der Bevölkerung zu verärgern. Wir vermissen, auch wenn hier nur um Kenntnisnahme gebeten ist, die grösseren Zusammenhänge. Wir denken, der Stadtrat muss uns strategisch geschickt und austarierte Gesamtmassnahmen präsentieren. Jetzt machen wir halt diesen ersten Schritt. Wir äussern uns dazu. Was ich eingangs gesagt habe, bleibt hingegen erhalten. Ich hoffe auf keinen Fall, dass der Stadtrat das Kalkül hatte, dass wir uns heute in 60 Positionen zerfleischen und uns stundenlang unterhalten. Dann wäre mir doch lieber gewesen, wir würden heute schon

vorgängig etwas zum Thema Stadtpolizei, operative Zusammenlegung von Verwaltungsabteilungen – ich denke hier zum Beispiel an die Stadtentwicklung und die Stadtplanung mit nur noch einer Leitung – oder über die Anzahl Diskussionen zu hören. Was von uns verlangt wird, finde ich etwas anmassend. Die Rückweisung fände ich gar nicht so schlecht. Aber wir wollen diese Diskussion führen, damit Ihr die Meinungen der Parteien hört. Trotzdem zwei Anmerkungen, obwohl Du uns gesagt hast, dass Ihr Posten für Posten durchgegangen seid, zwei Anmerkungen, die in unseren Augen methodisch falsch angegangen wurden. Das Personal – wir haben inzwischen auch ein Schreiben der Personalverbände erhalten; herzlichen Dank – ist erst am 24. September orientiert worden. Mindestens so verstehen wir dieses Schreiben. Wir denken eigentlich, dass man hier im Vorfeld zusammen mit dem Personal über Lohnsenkungen, Beitragsstreichungen oder die Erhöhung von Arbeitszeiten hätte diskutieren können. Ich meine, das sei die Methode eines modernen Arbeitgebers. Was Ihr macht, wirkt etwas altväterlich. Die SP möchte ja eigentlich keine Lohnreduktionsdiskussion führen. Ich wende mich jetzt etwas mehr ans Publikum als an unsere Kollegen und Kolleginnen, weil wir denken, dass in der Diskussion aus 2 % durchaus schnell auch 10 % werden könnten. Aus diesem Grund wollten wir eigentlich zum Wegfall der Betreuungszulagen Hand bieten. Einfach damit Ihr noch den Kontext zu diesem Handeln seht. Bei 2 % der Lohnsenkungen bei allen Mitarbeitern wäre ein Ausgabenbild gleich geblieben. Ich nehme an, das ist richtig. Das wäre also eine Möglichkeit gewesen. Noch einmal: Wir sind der Meinung, man hätte dies mit den Angestellten vorher bei gleich bleibendem Sparziel diskutieren sollen. Der zweite Punkt, den wir etwas ungeschickt finden, ist die Orientierung der Adressaten verschiedener Beiträge. Das heisst, ein Mail mit der saloppen Mitteilung: Im nächsten Jahr gibt es etwas weniger. Schaut, wie Ihr es macht, reicht hier einfach nicht. Ich möchte mit diesem Satz eigentlich den Bogen zur Freiwilligenarbeit in unserer Stadt schlagen. Freiwilligenarbeit ist eine der ganz wichtigen Stützen unseres Gesellschaftsmodells. Es ist angebracht, näher zu prüfen, ob der Lebensnerv einer solchen Institution getroffen wird oder ob die Beiträge angemessen gekürzt werden können. In der Regel sind dies ja Beiträge an Raummieten oder Drucksachen, also auf keinen Fall irgendeine Entlohnung oder Bereicherung von jemandem und es ist wichtig, dass diese erhalten bleiben können. Ich habe keine bevorzugte Institution. Ich weiss einfach, wie wichtig Freiwilligenarbeit ist. Seid vorsichtig im Umgang mit diesen Leuten. Wenn man hier so radikal spart, dass dann eigentlich die Freude an der Freiwilligenarbeit verloren geht, dann hatten wir für lange Zeit die engagierten Leute in Olten. Budgetprozesse bieten Korrekturmöglichkeiten. Darin stecken wir. Wir haben vorher über Tempo, Inhalte geredet. Wir sind mittendrin. Ob Dramatik oder nicht sei dahingestellt. Wir müssen handeln. Ich glaube, hier sind wir uns eigentlich alle einig. Das haben wir ja jetzt auch in verschiedenen Voten gehört. Korrekturmöglichkeiten wären ja bereits vor zwei Jahren, spätestens vor einem Jahr möglich gewesen. Roland Rudolf von Rohr hat es schon gesagt. Man hätte dies gekonnt. „Hätte“ nützt uns nichts mehr. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass mich das Ganze schon ein wenig seltsam berührt und wenn ich mich daran erinnere, mit welchem Ton wir über unsere Nachbargemeinden geredet haben... Die SP vertritt die Meinung, dass die Stadt Olten definitiv nicht nur ein Ausgabenproblem hat, bei einem Stand von 28 Millionen Defizit und 14 Millionen „Chnübis“, der in der Kasse fehlt, haben wir definitiv auch ein Einnahmenproblem. Wer dies nicht versteht, hat tatsächlich noch ein mir unbekanntes Problem, vielleicht einfach Sturheit. Ich verspreche Euch, dass die FDP, SVP und CVP-Splitter sich in den nächsten Wochen sehr intensiv mit Steuern und Steuererhöhung auseinandersetzen wird. Wir kommen hier nicht umhin. Vorher haben wir es – merci, Roland Rudolf von Rohr – vorgerechnet erhalten. Das schafft man allein mit sparen nicht. Ich unterstütze nach wie vor Eure Meinung, dass wir bei den Ausgaben reduzieren müssen. Wir müssen die Leistungen überprüfen. Es wird einfach nicht reichen. Wir müssen verhindern, dass wir diesen Karren an die Wand fahren. Not macht ja bekanntlich erfinderisch. Also ist Kreativität gefragt. Wie können wir dieses zaghafte Pflänzchen, die Verbesserung, die jetzt in Olten tatsächlich stattgefunden hat, am Leben erhalten und nicht mit einem Wisch zu Boden machen? Das scheint mir sehr, sehr wichtig, besser als Blauäugigkeit oder dynamische Vorstellungen von Steuerentwicklungen. Wir möchten den Stadtrat ermuntern, seine

Überlegungen weiter zu führen, wir möchten ihn ermuntern, uns über das gesetzlich Notwendige und formell Richtige hinaus zu informieren, was auch wieder etwas mit dem Postulat von Urs zu tun hat. Also kommt auf uns zu, redet mit uns. Wir können einen Beitrag leisten und Ihr steht sicherer auf Euren Beinen. Wir von der SP wissen, dass Ihr etwas ausbaden müsst, was Euch mindestens drei von Euch in einem guten oder treuerherzigen Glauben aufschwätzen liessen. Wir haben vor einem Jahr bereits gesagt, dass man die Steuern nicht mehr dort behalten dürfe, wo sie sind. Das muss ich jetzt wiederholen. Wir unterstützen den Stadtrat auch bei unangenehmen Entscheiden, wenn sie sorgfältig vorabgeklärt sind. Die Fraktion der SP unterstützt den Antrag des Stadtrates.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Noch kurz etwas zum Vorgehen: Bei einem Rückweisungsantrag ist es so festgehalten, dass jede Fraktion dazu Stellung nimmt und nachher abgestimmt wird.

Urs Knapp, FDP: Ich werde es wie die anderen machen. Ich glaube, es ist sinnvoll, dass ich nicht nur zum Rückweisungsantrag etwas sage, sondern zur Gesamtvorlage. Es ist ja nicht so, dass sich die finanzielle Lage der Stadt Olten plötzlich verändert hat. Fast ein Jahrzehnt lang ist die Stadt nach dem Motto „Es dörf es bitzeli meh sii“ geführt worden. Personalkosten, Sachaufwand sind über ein Jahrzehnt Jahr für Jahr stärker als die Teuerung gestiegen, meistens sogar deutlich stärker. Das heisst, die städtische Bürokratie ist grösser geworden. Allein in den letzten fünf Jahren hat es in der Stadtverwaltung um 10 % mehr neue Stellen gegeben. Ist die Stadtverwaltung um 10 % besser geworden? Wir wissen es nicht. Wir haben bei den Erhöhungen dieser Stellen, auch bei Investitionen, nie klare messbare Zielsetzungen vorgegeben. Eine solche Politik kann auf Dauer nicht gut gehen. Der Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht, heisst es im Volksmund. Wir haben ein Thema. Ich habe es vorher schon einmal erwähnt. In erster Linie haben wir immer noch ein Ausgaben- und nicht ein Einnahmenthema. Die Stadt Olten ist eine steuer- und ausgabenstarke Stadt. In dieser Reihenfolge müssen wir das Problem auch anschauen. Eine Steuerdebatte steht für uns nicht am Anfang, sondern erst am Ende des Prozesses. Wenn man einfach zum Standortfaktor – Felix Wettstein hat es vorher so freundlich gesagt, man hat bei den natürlichen Personen 4,8 Millionen mehr eingenommen. Felix hat einfach einen Nachsatz vergessen. Nachdem wir die Steuern erhöht haben – es ist das erste Mal seit Jahren – ist der Beitrag der natürlichen Personen gestiegen. Bei den Steuern gibt es eine Steuerfussabstimmung. Es ist gestern beispielsweise eine Standortfaktoranalyse der Credit Suisse herausgekommen. Man kann dies nachlesen. Auch das ist im Web vorhanden. Der Kanton Solothurn ist in einem sehr mittelpächtigen Umfeld. Der Bezirk Olten ist etwas besser. Aber es fehlen beispielsweise im Bezirk Olten Fachkräfte. Es fehlen gut ausgebildete Leute. Warum kommen sie nicht nach Olten? Warum sind sie sehr lange nicht nach Olten gekommen? Einerseits hat das Angebot an Wohnungen gefehlt und andererseits war Olten steuerlich schlichtweg nicht attraktiv. Die Abstimmung mit den Füßen wird wieder passieren, wenn man es so macht, wie die Grünen dies jetzt mit dem Rückweisungsantrag wollen. Man kann dies natürlich schon machen. Bei den Wahlen in Deutschland am letzten Wochenende war ein Grund, dass die Grünen so katastrophal abgeschnitten haben, dass sie gesagt haben: Wir wollen die Steuern erhöhen. Ich weiss nicht, was mit ihnen in vier Jahren hier in Olten passiert. Aber wenn man einfach ungeschaut von den Umständen sagt: Wir wollen die Steuern um 30 oder 40 % erhöhen, ist es etwas eigenartig. Vielleicht noch kurz zum Rückweisungsantrag: Du hast Dich hier vorher etwas als Sprecher der Direktion Öffentliche Sicherheit profiliert. Ich glaube, man muss auch hier bei den Fakten sein. Wenn ich es richtig sehe, hat bis jetzt die Finanzdirektion und nicht die Direktion für Öffentliche Sicherheit am meisten gespart. Man sollte einfach bei den Fakten bleiben. Wir werden vom Entlastungspaket Kenntnis nehmen und den beiden Vorlagen des Stadtrates zustimmen.

Beschluss

Mit 35 : 8 Stimmen wird der Rückweisungsantrag der Grünen abgelehnt.

Heidi Ehram: Der Stadtrat hat laut Massnahmenliste in vielen sensiblen Bereichen finanzielle Kürzungen beschlossen, aber auch Angebote ganz gestrichen. Dort, wo Angebote ganz gestrichen wurden, gilt es jetzt schon, etwas genauer hinzusehen. Ich hätte vom Stadtrat erwartet, dass die jetzt gestrichenen Angebote wie das Hallenbad Kanti, die Tagesstätte und weitere ebenfalls in die Liste der Überprüfungsmassnahmen aufgenommen worden wären, wie das auch für andere wichtige Angebote für die Bevölkerung gemacht wurde. Der Stadtrat hat mit dem Grundsatz, die Attraktivität möglichst nicht zu beeinträchtigen, seine Sparmassnahmen beschlossen. Bei der Streichung des Beitrages für das Hallenbad ist der Stadtrat nach meiner Ansicht von seinem Grundsatz massiv abgewichen. Olten will sich als Sportstadt positionieren. Es kann ja wohl nicht sein, dass schwimmen als anerkannt gesundheitsfördernde Sportart im Winter hier nicht mehr möglich sein soll. Der Attraktivitätsverlust ist augenfällig. Wie die SP in ihrem Communiqué im OT richtig festhält, trifft es vor allem auch Kinder und Jugendliche, die mit der SLG im Hallenbad schwimmen lernen. Weitere Ausführungen brauche ich an dieser Stelle nicht mehr zu machen. Ich verweise auf das Schreiben, das die SLG Euch allen zukommen liess, und den Pressebericht. Aber auch sehr betagte Menschen, die nicht mehr joggen, turnen und velofahren, kaum mehr gehen können, in ihrer Mobilität, andere Hallenbäder in der weiteren Region aufzusuchen, behindert sind, erfahren im Hallenbad Lebensqualität. Auch für viele Schwimmer jeglichen Alters ist Schwimmen der Sport, der für sie stimmt und ihnen gut tut. Diesen wollen sie auch im Winter ausüben. So ist dann das Hallenbad jeweils am Abend sehr gut belegt und die Belegung hat im letzten Jahr massiv zugenommen. Man muss also dafür sorgen, dass man Platz hat, damit man schön Längen schwimmen kann. Da Olten in den nächsten Jahren kaum mehr mit einem eigenen Hallenbad rechnen kann, ist es umso wichtiger, dass dieses Angebot mindestens in einer abgespeckten Form vorhanden bleibt. Die umliegenden Schwimmhallen bieten aus verschiedenen Gründen keine Alternative. Wie der Stadtrat bin auch ich beim Sparen nicht für die Rasenmähermethode, aber für ein solidarisches Sparen in den einzelnen Bereichen mit dem Ziel gute, attraktive Angebote für die breite Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Dass dabei das Schwimmen im Hallenbad Kanti auch einen Sparbeitrag leisten muss, ist für mich klar. Mit der Erhöhung von Eintrittspreisen von mindestens 25 %, einer Kürzung der Öffnungszeiten auf das Niveau, das vor ein paar Jahren gegolten hat, das ist die Streichung der Nachmittage während der Ferienzeit, das sind etwa acht Wochen à fünf Tage, was die Badaufsicht von Betriebskosten deutlich senken würde und einem Beitrag des Sport-Toto-Fonds, der in Zusammenarbeit mit der SLG und dem Schwimmclub erwirkt werden kann, ist ein respektables Sparpotenzial vorhanden, das als Sparbeitrag vertretbar und gerechtfertigt ist. Ein Mindestangebot im Hallenbad der Kanti Olten muss möglichst gewährleistet sein. Davon kann sich Olten als Sportstadt mit einem Stadtratsbeschluss nicht verabschieden. In diesem Sinne stelle ich einen Budgetantrag für die Wiederaufnahme eines Beitrages an das Kanti-Hallenbad in Aussicht. Viele andere Sparmassnahmen tun mir persönlich auch sehr weh und betreffen auch Sachen, bei denen ich ehrenamtlich mitarbeite. Diese trage ich mit. Wo man sich etwas einschränken kann, ist etwas zu machen. Wo nichts mehr ist, ist nichts mehr und das ist jetzt beim Kanti-Hallenbad vom Stadtrat so gemacht worden. Ich bitte, dies noch einmal zu überdenken.

Luc Nünlist: Ich habe mit viel Interesse den Ausführungen von Urs Knapp über dynamische Steuereinnahmen zugehört. Ich bin da absolut kein Fachmann. Aber ich möchte einfach auch sagen, dass wir uns Studentenstadt auf die Fahne geschrieben haben. Olten hat seit ein paar Wochen eine neue Fachhochschule. Studenten sind nicht die steuerkräftigste Bevölkerungsgruppe. Neue Fachhochschulstudenten, und ich stütze mich hier nicht auf statistisch relevante Studien, aber ich kenne verschiedene Klassen, die zu mir gekommen sind. Diese Leute ziehen nach Olten. Sie wollen bis zu anderthalb Stunden pendeln, damit sie nicht in Olten leben müssen. Diese Leute zahlen 20 Franken Kopfsteuer pro Jahr. Sie wohnen nicht in Olten, weil es ihnen vielleicht hier nicht gefällt, weil sie ein schlechtes Bild von Olten haben. Für diese Bevölkerungsgruppe muss man sich etwas anderes überlegen. Hier geht es nicht um ein paar Steuerprozente.

Heinz Eng: Vielleicht muss man einfach rasch etwas Allgemeines sagen. Das Entlastungspaket ist zur Kenntnisnahme. Wenn wir jetzt hier mit Partikularinteressen bis an den Bach hinunter anfangen, wie jetzt hier Heidi Ehram ellenlang erzählt, kann ich auch mit meinem Voliërenverein anfangen, der sich hier benachteiligt fühlt. Sicher schlägt das Herz von allen hier für irgendeinen Verein. Aber darum geht es nicht. Es geht effektiv um die Kenntnisnahme. Das Entscheidende wird, so wie es jetzt läuft, sein, dass wir am 20. November dann mit dem Budget die entsprechenden Rubriken durchgehen. Das wird dann wahrscheinlich eine Monstersitzung. Je nachdem kommen dann diese Anträge wieder und es muss halt über jeden wieder abgestimmt werden, ja oder nein, ob die Entlastungen entsprechend, so wie sie hier vorgesehen sind, dann durchkommen oder nicht. Ich möchte hier plädieren, dass wir das Ganze zur Kenntnisnahme einmal anschauen. Es passt uns allen hier drin sicher vieles nicht. Aber konzentrieren müssen wir uns auf die zwei Beschlussesanträge, die das Parlament jetzt heute Abend fassen muss. Das Andere können wir dann nachher im stillen Kämmerlein im Hinblick auf den 20. November dann wirklich an einer Monstersitzung bis an den Bach hinunter „ausbeinle“.

Simon Haller: Ich möchte etwas zu den Parkkarten sagen, auch wenn wir jetzt heute nicht darüber abstimmen, aber die Revision des Gebührenreglementes wird ja kommen. Ich möchte dem Stadtrat gerne beliebt machen, über eine grössere Erhöhung dieser Blaue-Zonen-Karten nachzudenken. Mit einer Erhöhung von 20 % kommen wir auf Mehreinnahmen von ca. Fr. 35'000.—. Wir verkaufen rund 1'200 Karten pro Jahr. Wenn man eine grössere Erhöhung in Betracht zieht, sagen wir Fr. 300.— pro Karte, sind es immer noch nur Fr. 25.— pro Monat. Für das Recht, jederzeit das Auto auf öffentlichem Grund abzustellen, kämen wir auf Mehreinnahmen von rund Fr. 200'000.— und ich denke, das ist angesichts der jetzigen angespannten Lage und auch des jetzigen sehr tiefen Preises eine Erhöhung, die durchaus auch bedenkenswert wäre.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte an das anschliessen, was Heinz Eng vorher gesagt hat. Die Motion von Urs Knapp fand ich ja wirklich nicht gut. Aber er hat mir in der Pause gesagt: Es geht mir doch auch darum, dass wir eben am Schluss überhaupt etwas von all diesen Anträgen durchbringen und nicht alle abgelehnt werden. Ich muss jetzt sagen: Heidi, Du warst einfach der Auslöser. Aber ich bin überzeugt, dass es noch andere gibt, die auch Ähnliches sagen würden. In meinen Augen liegt der Schlüssel zum Erfolg einfach wirklich drin, dass es uns gelingt, dass hier nicht jeder sein Partikularinteresse verteidigt. Ich möchte wirklich noch einmal an alle den Anruf richten: Bitte, bitte, denkt daran, dass alle Opfer bringen müssen. Es müssen alle ihren Beitrag leisten und es ist absolut der Tod jedes Sparprogrammes, wenn jeder seine Partikularinteressen, sei es die Voliëre oder sei es von mir aus der Eiskunstlaufverband oder weiss der Teufel wer alles, verfolgt. Jeder hat etwa ein spezielles Anliegen. Ich möchte Euch einfach noch einmal ans Herz legen: Springt über den Schatten und verzichtet darauf, die partikulären, eigenen Interessen mit allen Mitteln durchbringen zu wollen.

Heidi Ehram: Ich bin mir schon bewusst, dass ich hier die Gelegenheit wahrgenommen habe, für etwas einzustehen. Ich mache dies sonst ja nicht. Aber wenn ich für alle Partikularinteressen, die ich hier jetzt schon in der Massnahmenliste hätte, eintreten würde, müsste ich noch sehr viel dazu reden. Es wäre für mich auch einfacher, wenn dort, wo Überprüfung steht, bereits ein Betrag dahinter stehen würde. Wir haben ja auch bei der Massnahmenliste Sachen, die erst im Jahr 2015 zur Geltung kommen. Das ist vielleicht etwas das Problem, dass wir eine Massnahmen- oder Überprüfungsliste haben. Bei mir betrifft alles, was auf der Massnahmenliste ist, meine Partikularinteressen, andere haben es vielleicht anderswo. Das wollte ich eigentlich mit solidarischem Sparen sagen. Wenn der Stadtrat jetzt schon weiter gewesen wäre, wäre es vielleicht auch für uns oder für diejenigen Leute, die es jetzt vor allem betrifft und denen es weh tut, auch einfacher. Ich möchte von unserer Fraktion aus noch etwas zur Betreuungszulage sagen. Unsere Fraktion hat, als wir

vor einem Jahr oder wann es war, darüber abgestimmt haben, ja diese Betreuungszulage wirklich voll und ganz unterstützt, ebenso die Übergangslösungen für die Familienzulage. In der heutigen Situation ist unsere Fraktion dann zum Entscheid gekommen, dass wir hier reinbeissen und halt zu dieser Sparmassnahme ja sagen sollten. Jetzt gibt es aber noch eine Berichtigung. Matthias Borner und ich weiss nicht, ob es der Stadtrat auch noch gesagt hat, hat gesagt, die Familienzulage sei beim Kanton einfach auch eliminiert worden. Man muss fairerweise sagen, dass die Familienzulage damals in den Lohn eingebaut worden ist. Es ist nicht abgezweigt worden. Man muss dies fairerweise sagen und das ist auch gesagt worden, als wir vor einem Jahr die Betreuungs- und Familienzulage diskutiert haben. Aber wie gesagt: Unsere Fraktion steht hinter dieser Sparmassnahme.

Christian Werner: Ich möchte nichts kritisieren, sondern eigentlich wie Ruedi Moor, der vorher zu 100 % recht hatte, eben nicht kritisieren, sondern noch eine mögliche Idee oder dem Stadtrat ein mögliches Sparpotenzial mit auf den Weg geben, wenn ich dies darf. Es sind auch unter Ziffer 3.3 Prüfungsaufträge angedeutet und heute schon mehrfach diskutiert worden. Stichwort Stadtpolizei. Ich denke, jetzt wäre wirklich der idealste Zeitpunkt, die Stadtpolizei wenn möglich in die Kantonspolizei zu integrieren, nicht nur darum, weil bald der Bericht über die Evaluation der Zusammenarbeit Stadtpolizei/Kantonspolizei kommt, der für Olten wahrscheinlich nicht nur schmeichelhaft ausfallen wird, sondern insbesondere auch deshalb, weil es eine Sparmassnahme wäre, die einschenken würde. Man könnte relativ viel Geld sparen und es würde niemandem wirklich weh tun. Die meisten Polizisten, die ich kenne, wären dafür. Man könnte sie hinüber nehmen. Es würde ihnen nachher nicht schlechter gehen. Sie hätten sogar bessere Karrierechancen. Ich bin auch überzeugt, dass der Kanton zumindest offen wäre, diese Diskussion zu führen. Ich weiss, dass der Kanton im Moment finanziell nicht super aufgestellt ist und es wäre nicht die Idee, dass man alle drei städtischen Polizeikorps jetzt auf einmal in die Kantonspolizei integrieren würde. Aber ein Polizeikorps aus einer Stadt würde es sehr wahrscheinlich vertragen und der Kanton wäre dann vermutlich bereit dazu, würde aber wahrscheinlich auf das Signal aus der Stadt Olten warten. Ich denke, das wäre jetzt wirklich etwas, wo man relativ viel Geld einsparen könnte, wie gesagt, ohne dass es sehr vielen Leuten weh tun würde. Zum Schluss habe ich noch kurz eine Frage: Stimmt es, dass jetzt eigentlich gleichzeitig, wo vier Polizisten entlassen werden, nächste Woche ein ziviler Angestellter bei der Polizei eingestellt wird?

Stadträtin Iris Schelbert: Er ist schon eingestellt und wird nächste Woche anfangen und zwar ist es technischer Dienst, ein ziviler Mitarbeiter, der René Lippi ersetzt, und das ist Arbeit, die sinnigerweise nicht durch einen ausgebildeten Polizisten gemacht werden muss. Die ganze Signalisation, WOBAN-Barrieren aufstellen und und und.

Christian Werner: Die Frage für mich, nur als Aussenstehender, stellt sich natürlich insofern, als man nicht vielleicht auf eine Kündigung hätte verzichten können. Ich sehe schon, dass es vielleicht nicht 1 : 1 das gleiche Tätigkeitsfeld ist. Aber es ist natürlich relativ bitter für die Leute, die es trifft, wenn vier Personen entlassen werden und gleichzeitig einer neu eingestellt wird. Das würde mir sehr, sehr weh tun, wenn ich direkt betroffen wäre.

Stephan Hodonou: Wir sehen, es gibt ganz viele solche Einzelbeiträge, wo wir uns jetzt auf kleinere Sachen einschliessen, und ich glaube, es ist ein extrem entscheidender Prozess, dass wir die grossen Brocken identifizieren können. Wir müssen eine Strategie haben, wie eigentlich auch der Vorstoss von Urs Knapp zeigt. Wir müssen wissen, wo wir die grossen Brocken identifizieren können. Grosse Brocken heisst, es muss irgendwo ein Betrag im siebenstelligen Bereich sein. Am liebsten würden wir wünschen, dass der Stadtrat möglichst bald mit einer Auslegeordnung kommt und sagt: Hier, hier, hier und hier, diese Varianten haben wir. Wir schneiden dort, und das gibt so viele Millionen, Variante 2, dort so viele Millionen und wir nachher dort auch etwas dazu sagen können. Ich glaube, Ideen sind schon vorhanden. Sonst hätte ich auch noch einige. Man könnte es dann einmal sagen. Aber ich glaube, wir müssen möglichst rasch eine Auslegeordnung haben. Das muss zum Teil auch

an die Infrastruktur. Bei gewissen Sachen müssen wir fragen: Was machen wir? Was behalten wir nicht?

Daniel Dähler: Kurz zu Heidi: Ich denke schon, was Benvenuto ja vorher gesagt hat: Das ist erst einmal die erste Welle, die jetzt hier kommt. Es trifft jetzt vielleicht gerade viele Sachen, an denen Du hängst. Ich teilweise auch. Wir sind auch als Stiftungsrat direkt betroffen. Aber item: Es ist jetzt einfach eine Situation und ich nehme Benvenuto schliesslich auch in die Pflicht, dass auch in Zukunft dort effektiv noch mehr kommt und es nicht einfach auf den Organisationen hängen bleibt, die jetzt dran gekommen sind. Ich gehe davon aus, dass dies jetzt einfach der erste Wurf ist, das, was offensichtlich und erkannt worden ist, dass es jetzt umgesetzt wird. Aber das ist eine erste kleine Welle, die vermutlich der Vorreiter vor der grossen Welle oder allenfalls vor dem Sturm ist. Auf der anderen Seite denke ich effektiv, dass das, was bei diesen Organisationen schlecht angekommen ist, die Art und Weise der Kommunikation ist. Ich glaube, dort sollte sich der Stadtrat vielleicht durchaus noch etwas mehr Mühe geben, die Interaktion in diesem Sinne etwas angenehmer zu gestalten als einfach einen Brief zu verschicken. Ich denke, das würde dann auch etwas anders aufgenommen werden und der Widerstand der einzelnen Organisationen wäre vielleicht nicht ganz so gross.

Myriam Frey Schär: Ich habe jetzt den Eindruck, dass man, wie dies läuft, einerseits über verhältnismässig kleine Sachen redet und eben versucht anzufangen, Partikularinteressen durchzusetzen und gleichzeitig hat man dann so grosse Brocken wie Entlassungen von halben Abteilungen. Das versinnbildlicht ja eigentlich, was die Krux des Ganzen ist. Wir sind gleichzeitig auf einer solchen Mikro- und Makroebene und irgendwie passt dies nicht zusammen. Dem Ganzen fehlt ein strategischer Unterbau. In diesem Zusammenhang sind wir mit der FDP absolut einig. Jemand hat es gut gesagt. Man kann nicht einerseits eine Kanone losschiessen und schon im Voraus sagen: Genau hier, auf diesem Quadratmillimeter muss diese Kugel dann landen. Das ist jedenfalls das grundsätzliche Problem. Wir sind nicht gegen das Sparen. Wenn wir uns gegen einzelne Massnahmen wehren, hat dies auch damit zu tun, dass sie einfach etwas schräg in der Landschaft stehen, so wie Monolithen und von so „Grümschelzeug“ umkränzt, jetzt einfach rein von der Massstäblichkeit her. Wir würden uns eigentlich wünschen, dass das Ganze an einer Strategie aufgehängt ist, die man nachvollziehen kann. Eigentlich müssten wir als Parlament ja einer Sparstrategie zustimmen können. Auf dieser Basis werden dann nachher Sparmassnahmen ergriffen. Ich glaube, hier sind wir uns eigentlich alle einig. So wie die Diskussion jetzt läuft, kann es gar nicht gut gehen, weil hier irgendwie Gross und Klein auf eine sehr seltsame Art und Weise miteinander kollidieren. Deshalb finde ich auch: Im Zweifelsfall eher etwas mehr Zeit geben, um dies wirklich auf ein gutes Fundament zu stellen.

Rolf Braun: Ich möchte eigentlich unterstützen, was Du gesagt hast und auch, was Stephan Hodonou gesagt hat. Ich glaube, jetzt müssen wir wirklich grosse Punkte identifizieren. Wir können endlos debattieren. Wir können drei Tage debattieren, ob wir hier über die Massnahmen von Fr. 20'000.— oder Fr. 30'000.— diskutieren, ein Hin und Her und ein Hickhack machen. Das bringt uns nicht weiter. Wir müssen einmal die grossen Brocken haben, die das Ganze aufhängen können und nachher denke ich, dass es sicher noch Ergänzungen gibt. Hier kann man noch etwas und dort kann man noch etwas. Aber wenn wir anfangen, uns hier mit so kleinen Beträgen rumzuschlagen, kommen wir einfach nirgendwo hin.

Felix Wettstein: Wir müssten noch einen weiteren Beschlussesantrag anhängen, weil falls Beschlussesantrag 3 eine Mehrheit findet, nämlich eben das mit der Streichung der Betreuungszulagen, ist das ein Betrag, der mehr als Fr. 400'000.— jährlich wiederkehrend ausmacht. Jährlich wiederkehrend Fr. 400'000.— ist die Grenze für das obligatorische Referendum und es heisst tatsächlich in der Gemeindeordnung, dass „Auswirkungen im

Mass von über Fr. 400'000.—“ dem obligatorischen Referendum unterliegen. Nicht etwa nur Erhöhungen. Es ist auf das kantonale Gemeindegesetz abgestützt. Dort ist aufgezählt, was solche Auswirkungen sind. Das sind Ausgaben. Das überrascht nicht. Nachtragskredite usw. und dann auch noch Verpflichtungen. Ich erinnere daran, dass wir eben vor knapp zwei Jahren mit der Umwandlung der alten Familienzulage in die Betreuungszulage, abgestützt durch die Volksabstimmung, diese Bedingungen so festgelegt haben, wie sie jetzt sind. Ich glaube, es zweifelt niemand daran, dass wir mit einer Zustimmung zu einer Volksabstimmung eine Verpflichtung eingegangen sind. Wie gesagt, das unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Stefan Hagmann: Der Stadtschreiber hat ja schon einmal eine Bemerkung von mir auf Papier verschickt. Klammerbemerkung: Sie deckt sich 1 : 1 mit der Meinung des Amtes für Gemeinden, unserer Aufsichtsbehörde. Dazu lässt sich noch sagen, dass der Ausschluss des Referendums in § 87 des Gemeindegesetzes definiert ist. Dem folgen wir logischerweise auch bei uns in der Gemeindeordnung, weil das Gemeindegesetz das übergeordnete Recht ist. Dort definiert an sich das Gemeindegesetz, dass das Referendum ausgeschlossen ist, wenn die Auswirkungen dieses Geschäftes einen bestimmten Betrag nicht übersteigen. Die Definition nachher hinten, was man unter Geschäft versteht, ist genau das Gleiche wie weiter vorne in § 56 des Gemeindegesetzes, der die Kompetenzabgrenzung zwischen Gemeinderat und Gemeindeversammlung macht, eben „Ausgaben, Nachtragskredite, Eigentumsübertragungen, Einräumung beschränkter dinglicher Rechte, Verpflichtungen und Einnahmereduktionen“. Das sind alles Belastungen und nicht Entlastungen. Es ist meine Meinung, dass Entlastungen eben nicht irgendeinem Referendum zugänglich sind, sondern nur die finanziellen Belastungen.

Felix Wettstein: Ich weiss, dass es heikel ist, wenn ich als Nichtjurist Dir, Stefan, jetzt wirklich widerspreche. Aber ich muss es halt in Gottes Namen machen. Erstens: Du hast Dich auf § 56 des Gemeindegesetzes bezogen. Wir sind der ausserordentlichen Gemeindeorganisation unterstellt. Der entsprechende Artikel ist bei uns Artikel 84 und nicht 56. Die Aufzählung ist im Wortlaut die gleiche. Das stimmt. Aber ich kann noch einmal sagen, dass es in der Aufzählung insbesondere heisst. „Geschäfte, deren Auswirkungen einer in der Gemeindeordnung zu bestimmenden Betrag übersteigen“. Der Betrag ist in unserer Gemeindeordnung bestimmt, jährlich wiederkehrend Fr. 400'000.—. Nachher kommt noch eine Klammer mit dem insbesondere. Hier kann man jetzt natürlich sagen: Das lässt offen, dass man gewisse Momente, wo dies Fr. 400'000.—übersteigt, nicht drin hat. Unter dieser Aufzählung heisst es aber: „Insbesondere Verpflichtungen“. Bitte sehr: Was ist dies, wenn nicht eine Verpflichtung?

Stefan Hagmann: Mir ist schon bewusst, weshalb ich § 56 gesagt habe, weil nämlich § 92 lit. c bei den Geschäften auf die ordentliche Gemeindeorganisation, nämlich auf § 56 verweist. Das ist nicht irgendwie eine falsche Anmerkung, sondern der Gesetzgeber wollte einfach beim Gemeindeparlament nicht noch einmal alles aufzählen, was er schon bei der ordentlichen Gemeindeorganisation gesagt hat. Es gibt eine Verweisungsnorm, die genau auf diesen Artikel verweist. Dies vielleicht einfach nur als kurzer Hinweis.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Felix, Du kannst ja einen Antrag stellen. Dann stimmen wir darüber ab.

Felix Wettstein: Ich hatte das Gefühl, es sei sowieso klar. Aber wenn man es als Antrag formulieren muss, mache ich dies. Es braucht einen weiteren Antrag. Unter der Voraussetzung, dass Ziffer 3 eine Mehrheit findet, müssten wir nachher noch darunter schreiben: „Der Beschluss von Ziffer 3 unterliegt dem obligatorischen Referendum“.

Beschlüsse

1. Zustimmung mit 33 : 1 Stimme bei 7 Enthaltungen
2. Zustimmung mit 34 : 8 Stimmen
3. Zustimmung mit 28 : 5 Stimmen bei 10 Enthaltungen
4. Einstimmige Kenntnisnahme

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Wir müssen noch über den Antrag von Felix Wettstein abstimmen. Der Antrag lautet dahingehend, dass Ziffer 4 dem obligatorischen Referendum untersteht.

Urs Knapp: Es ist ganz klar eine freiwillige Unterstellung unter das obligatorische Referendum. Wenn Felix Wettstein das Gefühl hat, die sei aufgrund der Gemeindeordnung notwendig, lade ich ihn gerne ein, eine Beschwerde beim Kanton zu machen. Ich glaube, das wird dann auch die entsprechende Wirkung in der Öffentlichkeit erzielen.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Gut, dann möchte ich über den Antrag von Felix Wettstein abstimmen lassen, dass man Ziffer 3 dieses Antrages freiwillig dem obligatorischen Referendum unterstellt.

Beschluss

Mit 30 : 8 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird der Antrag von Felix Wettstein abgelehnt.

Gesamtbeschluss

Mit 37 : 5 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst folgenden Beschluss:

1. Von den vom Stadtrat beschlossenen Massnahmen im Rahmen des Entlastungspakets 2014ff. wird Kenntnis genommen.
2. Der Aufhebung des Stipendienreglements (SRO 319) per 1.1.2014 wird zugestimmt.
3. Der Teilrevision des Personalreglements (SRO 131) betr. Streichung Betreuungszulage inklusive Übergangsregelung betr. altrechtliche Familienzulage (Art. 22h lit. c) per 1.1.2014 wird zugestimmt.
4. Von den erfolgten Prüfungsaufträgen wird Kenntnis genommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. September 2013

Prot.-Nr. 19

Investitionsplan 2014 – 2020/Kenntnisnahme

Für die Planperiode sind Nettoinvestitionen in der Höhe von 113 Mio. Franken (Vorjahresplanung 158.7 Mio. Franken) vorgesehen. Mit der starken Reduktion reagiert der Stadtrat – ohne jedoch gänzlich auf Attraktivierungsinvestitionen zu verzichten – auf die verschlechterte Finanzlage der Einwohnergemeinde und nähert sich dem als langfristig „verdaubar“ erachteten Durchschnittswert von 12 bis 15 Mio. Franken pro Jahr an. Das aktuelle Planungsvolumen wird aber auch in den kommenden Perioden weiter gesenkt werden müssen, um nach einer längeren Periode mit hohen Investitionen das Haushaltsgleichgewicht wieder herzustellen und die Pro-Kopf-Verschuldung zu stabilisieren.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den aktualisierten Investitionsplan für die Planperiode 2014 bis 2020 zur Kenntnisnahme. Er hat sich entschieden, diesen auf Grund der ausserordentlichen Situation bereits ohne den dazu gehörigen Finanzplan dem Parlament zur Kenntnisnahme zu unterbreiten, da sich dessen Erstellung auf Grund des Entlastungspakets verzögert, andererseits gegenüber Politik und Öffentlichkeit Klarheit bezüglich der geplanten Investitionen geschaffen werden soll.

1. Aufgabe der Finanz- und Investitionsplanung

Der Auftrag für die jährliche Aktualisierung des Finanz- und Investitionsplan ist in Art. 43 der Gemeindeordnung geregelt. Danach hat der Stadtrat dem Gemeindeparlament einen Finanz- und Investitionsplan für die nächsten fünf Jahre zur Kenntnisnahme vorzulegen. Wie in den Vorjahren sind die Zahlen für eine siebenjährige Periode dargestellt. Im Gegensatz zum Budget ist der Investitions- und Finanzplan nicht verbindlich, weil er auf einer Vielzahl von Annahmen basiert. Je länger der Zeithorizont, desto ungenauer sind die Ergebniszahlen. Zudem beeinflussen noch unbekannte und vor allem nicht beeinflussbare Faktoren die Planergebnisse mehr oder weniger stark.

Dennoch muss der Plan als verlässliches Arbeitsinstrument für bevorstehende Entscheidungen richtungsweisend sein. Er gibt Auskunft über die Prioritäten der realisierungsreifen Projekte und die finanzwirksamen Vorgänge und setzt aufgrund der vorgegebenen Finanzkraft die Grenzen für das Investitionsvolumen und die Verschuldung. Nicht zu unterschätzen sind die Folgekosten neuer Investitionen, die sich auf die Erfolgsrechnungen der nachfolgenden Jahre entsprechend auswirken. Als eigentliches Frühwarnsystem übernimmt der Investitions- und Finanzplan eine wichtige Aufgabe und darf auch für ein Gemeinwesen als Nonprofit-Organisation nicht unterschätzt werden. Nur mit klar definierten und massvollen Zielgrössen kann ein öffentlicher Finanzhaushalt nachhaltig ausgeglichen gestaltet werden.

2. Investitionsplan

Im **Investitionsplan** sind die vorgesehenen Bauprojekte aufgeführt und deren Ausgaben auf die einzelnen Planjahre verteilt. Sie sind den folgenden Kategorien zugeordnet:

Kategorie	Anteil
A Werterhaltende und ausserordentliche Investitionen	35.32 %
B Entwicklungsinvestitionen	49.72 %
C Investitionsbeiträge an Kanton	6.24 %
D Investitionen mit Spezialfinanzierungen	8.72 %

Eine absolute Zuweisung ist nicht immer ohne weiteres möglich. So beinhalten beispielsweise Entwicklungsinvestitionen häufig auch einen Teil Werterhalt.

Der Beilagenteil enthält - nebst den finanzpolitischen Grundsätzen des Stadtrats – alle **Projektbeschreibungen** mit relevanten Angaben zu den geplanten Investitionsprojekten. Die Reihenfolge entspricht dem Investitionsplan.

Trotz der finanziellen angespannten Lage will der Stadtrat die vom Volk beschlossene dringend notwendige Sanierung des Stadthauses in den Jahren 2014 und 2015 durchführen, daneben aber auf weitere werterhaltende Investitionen im Hochbau für diese beiden Jahre verzichten. Vom ebenfalls bewilligten Projekt Andaare ist in der Planperiode die Realisierung des Ländiwegs als erste Etappe vorgesehen. Und im Programm enthalten sind ferner auch die vom Volk bewilligten weiteren Investitionsbeiträge an die Sanierung der Eissportanlage. Als noch nicht bewilligte Projekte aufgeführt sind das neue Schulhaus im Kleinholz, unterstützt durch einen dringlichen Vorschlag, der im Mai-Parlament einstimmig genehmigt wurde, die vom Agglomerationsprogramm des Bundes unterstützten Vorhaben Bahnhofplatz West und PU Hammer sowie der Umbau/Neubau Kunstmuseum, welcher nach Verlegung des Schulbetriebs im Hübelischulhaus realisiert werden soll.

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Stadthaus	6,0	6,0					
Schulhaus	0,2	4,0	6,0				
Eissport	6,0	1,6					
Andaare	0,5	5,0	5,0				
Kunstmuseum				0,6	5,0	5,0	
Bahnhofplatz	0,2	0,2	0,5	0,5	8,0	8,0	-6,0
PU Hammer				0,8	7,5	6,0	-1,4

Die durch den Stadtrat priorisierten, aber noch nicht bewilligten Projekte sind mit folgenden Summen (in Mio. Fr.) eingeplant:

Projekt	Organ	Betrag
Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee/Olten Südwest	Gemeinde	12,9
Bahnhofplatz (Westseite)	Gemeinde	11,4
Neubau/Sanierung Kunstmuseum	Gemeinde	10,6
Schulraumplanung / neues Primarschulhaus	Gemeinde	10,2

Bei der Schulraumplanung gilt es zu ergänzen, dass das Raumprogramm für ein neues Schulhaus derzeit nochmals überprüft und Varianten der Realisierung geprüft werden, wodurch sich die Investitionskosten noch nach unten korrigieren könnten.

In der Investitionsplanung befinden sich zudem folgende in den Vorjahren priorisierte, bewilligte und ganz oder teilweise vorfinanzierte Projekte (in Mio. Fr.):

Projekt	Organ	Betrag
Sanierung Stadthaus	Gemeinde	12,0
Attraktivierung Aareraum Andaare (Planperiode 1)	Gemeinde	10,5
Eissportanlage Investitionsbeiträge	Gemeinde	7,6
ERO: gesetzlicher Baubeitrag an Kanton	Kanton	4,5

Im Investitionsplan nicht enthalten sind grundsätzlich Projekte, die zeitlich und/oder betraglich noch nicht abgeschätzt werden können.

Beschlussesantrag:

Der Investitionsplan für die Periode 2014 - 2020 wird mit dem aktuellen Planungsstand zur Kenntnis genommen.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Heinz Eng, GPK: Investitionsplan 2014 – 2020: Je nachdem, wie man hier drauf schaut, wird jedes für sich dann die entsprechenden Informationen herausnehmen und auch interpretieren. Ich möchte vorausschicken, dass die GPK ihn zur Kenntnis genommen hat. Ich möchte ganz kurz auf zwei, drei materielle Sachen eingehen, die in der GPK auch diskutiert wurden. Es ist ganz klar, dass hier die Pole und Extreme ganz weit auseinander gehen. Der Stadtrat hatte ja bereits auch publik gemacht, dass er mit den Investitionen, so wie er sie hier drauf hat, eigentlich weiterfahren möchte. Auf Seite 2 ist eine sehr gute tabellarische Übersicht über die Investitionen, die hier in den nächsten Jahren getätigt werden sollen. Wir haben vorher wunderbar projiziert gesehen, dass man die Investitionen eben nicht mit der laufenden Rechnung verwechseln oder vermischen darf. Diese sind dort bei den Budgets in diesem Sinne klar separat ausgewiesen worden. Es ist nun so, dass natürlich die Pole oder Extreme auch in der GPK zur Sprache gekommen sind. Die Projekte, die hier drauf sind, sind einerseits eigentlich auch Volkswille respektive Volksentscheide. Stadthaus, Eissport, Andaare, andererseits ist das Schulhaus eine Volksmotion und diese ist natürlich auch nicht vollständig, je nachdem, wie man es dann anschaut, weil gewisse Projekte hier nicht drauf sind. In diesem Sinne hat der Investitionsplan, so wie er vom Stadtrat vorliegt, durchaus seine Berechtigung, gestützt auf die aktuelle Sachlage, auf den Sachverhalt. Er widerspiegelt auch den Volkswillen. Es ist klar, dass jetzt landauf, landab in der Stadt herumgeht: Hätte ich dies mit der finanziellen Situation der Stadt Olten gewusst, hätte ich Andaare nie zugestimmt usw. Jedenfalls in meinem Umfeld höre ich dies immer mehr. Das kann man natürlich nicht ganz rückgängig machen. Hier muss man entsprechend auch wieder vor das Volk gehen. Wie man es auch anschaut, gibt es immer dafür und dagegen. Wenn man noch ihn

noch mit zusätzlichen Investitionsprojekten auflädt, haben wir in der GPK einmal ganz kurz überschlagsmässig geschaut, dann braucht es – heute Abend haben wir ja viel von Steuerfüssen gesprochen – etwa 160 %. Damit kann man alles finanzieren. Aber das ist Spekulation und sehr wahrscheinlich Illusion. Ich möchte es damit bewenden lassen. Es gibt dann sicher Einzelsprecher, Fraktionssprecher, die noch das eine oder andere dazu sagen möchten. Die GPK hat davon Kenntnis genommen. Es ist von uns aus gesehen eigentlich korrekt, eben auch gestützt auf bestehende Tatsachen.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Zuerst möchte ich danken, dass Ihr diesem Entlastungspaket zugestimmt hat. Es ist ein kleiner Schritt, aber es war ein wesentlicher Schritt, von dem ich hoffe, dass es einen Stein ins Rollen bringt. Danken möchte ich auch Heinz Eng für diese Ausführungen. Ich möchte nicht noch viele weitere Ausführungen dazu machen. Ich glaube, wesentlich ist, dass im Gegensatz zum Budget der Investitions- und Finanzplan nicht verbindlich ist. Das Parlament kann ja dann, wenn es darauf ankommt, bei jeder konkreten Ausgabe, die nicht vom Volk genehmigt wurde, noch die Zustimmung erteilen. Wir haben versucht, uns auf das Wesentliche zu beschränken und auch probiert, das Ganze zu etappieren. Wie Heinz gesagt hat, haben wir Volksentscheide oder eine Volksmotion, die gewisse Sachen vorgegeben hat. Oben seht Ihr, dass ein Drittel der ganzen Investitionen eigentlich werterhaltende Investitionen sind. Damit erhalten wir das, was wir bis jetzt schon haben, und machen nichts Neues. Von daher ist dies zwingend notwendig, damit unsere Infrastruktur hier nicht zum Verlottern kommt.

Daniel Dähler, FDP-Fraktion: Wir haben diesen Investitionsplan eher in diesem Sinne abgetan, dass es nach wie vor ein relativ starkes Wunschkonzert des Stadtrates ist und wir hier sicher nicht spüren, dass effektiv das letzte Öl ausgepresst ist. Ich glaube, hier ist effektiv noch relativ viel Luft, viel Wünschbares drin und wir werden sicher nicht im Umfang, wie dies jetzt hier vorgestellt wurde, ein solches Investitionsprogramm unterstützen. Wir wollen investieren. Wir sind bereit zu investieren. Wir waren auch in der Vergangenheit bereit zu investieren. Aber es muss jetzt immer in diesem Rahmen sein, wo wir letztlich auch gesagt haben, was die Vorredner schon bei anderen Debatten in diesem Sinne ausgeführt haben. Es gibt ein Sprichwort: Wer gut wirtschaften möchte, sollte die Hälfte seiner Einnahmen schliesslich ausgeben. Wer noch reich werden möchte, sollte nur maximal einen Drittel ausgeben. Ich glaube, vom Reichwerden sind wir im Moment relativ weit weg entfernt. Auf der anderen Seite ist es effektiv einmal so, damit wir einigermassen einen Schritt vorwärts machen, müssen wir uns daran halten, dass wir wahrscheinlich nur die Hälfte von dem, was hier definiert wurde, ausgeben. Auch bei den werterhaltenden Investitionen ist immer die Frage, wann der Zeitpunkt erreicht ist, dass man die werterhaltenden Investitionen auslöst. Ich glaube, jetzt ist es sicher an der Zeit, dass man Sachen etwas auf die längere Bahn schiebt, als man dies jetzt kurzfristig oder sogar präventiv zu einem sehr frühen Zeitpunkt realisieren möchte. Bei den einzelnen, relativ prominent erwähnten Wünschen wie jetzt zum Beispiel das Schulhaus, wo noch nicht einmal eine Bedarfsabklärung vorliegt oder allenfalls ein Stadthaus, wo man sicher noch einmal hinterfragen muss, ob es in diesem Umfang saniert werden muss, eine Eissporthalle, wo wir sehr wahrscheinlich die Augen zudrücken müssen und zwar tief, kann ich nur hoffen, dass das vorgesehene Budget effektiv realisiert werden kann. Hier werden wir sehr wahrscheinlich auch noch einmal auf die Welt kommen und Andare müssen wir halt vielleicht auch noch etwas weiter hinausschieben. Ich glaube, was Heinz gesagt hat, dass man irgendwo einen Auftrag hat, solange der Auftrag da ist, müssen wir dem Rechnung tragen. Die Frage ist halt auch, wie schnell man diesen schliesslich realisiert. Ich glaube, hier ist jetzt im Moment effektiv noch etwas Zeit, die ins Land streichen respektive das Wasser, das die Aare hinunterfliessen wird. Das Kunstmuseum muss, auch etwas, das mir persönlich auch recht weh tun wird, einfach einmal hinten anstehen. Es ist einfach eine Investition, die man machen kann, wenn man genügend Geld hat. Hier sind wir, wie wir vorher gesehen haben, doch einige Schritte davon entfernt. Auch eine PU Hammer ist etwas, wo der Nutziesser schliesslich den wesentlichen Effekt hat, der dahinter ist. Ich glaube, auch dort wird es halt einfach in Zukunft so sein, dass Private einen grösseren Teil als die öffentliche Hand

tragen müssen. Auch hier sind Massnahmen in diesem Sinne gefordert. Wir werden auf diesen Punkten beharren. Wir werden den Stadtrat hier effektiv messen, wie weit er gehen wird, um andere Wörter, wie sie vorher teilweise schon erwähnt wurden, wie Steuererhöhungen, innerhalb der FDP in den Mund nehmen zu können. Hier werdet Ihr gemessen. Wir werden letztlich auch die Bewegungen, die das Parlament hier macht, messen, bevor wir andere Massnahmen auf der Einnahmenseite in die Wege leiten.

Thomas Pfluger, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich glaube, man sieht es auch am Papier, wie es hier gekommen ist. Diese Zahlen hatten in früheren Investitionsrechnungen schon einmal etwas andere Jahreszahlen. Man sieht, es ist ein relativ flexibles Instrument und in diesem Sinne auch nicht so ganz verbindlich. Wir müssen es ja auch nur zur Kenntnis nehmen. Erlaubt mir gleichwohl noch drei Aussagen zu diesem Investitionsthema. Ich glaube, das erste haben wir jetzt genug gehört. Uns fehlen die Mittel, um die Träume zu realisieren. Das ist so. Auch unsere Kinder – ich glaube, die meisten haben Kinder oder werden noch haben – haben auch noch etwas zu investieren. Aber, und das haben wir jetzt auch gehört, es ist nicht so, dass sich die Investitionsrechnung 1 : 1 oder vor allem nicht 1 : 1 im Budget niederschlägt. Es ist so, dass wir hier eigentlich eine Verschiebung von Passiven in die Aktiven haben. In diesem Sinne eine etwas andere Betrachtungsweise, die man bei Investitionen an den Tag legen muss. Ich glaube, das Zweite ist mittlerweile wirklich angekommen. Unser Finanzproblem ist langfristig. Ich möchte dies einfach noch einmal erwähnen. Es ist langfristig. Vom vorhergehenden Stadtpräsidenten ist dort in der Mitte vor noch nicht sehr langer Zeit in dem Raum gesagt worden, dass von unserem Lieblingssteuerzahler Silberstreifen am Horizont seien. Selbst wenn sie da wären, was nicht der Fall ist, würde es Jahre, ich sage wahrscheinlich fast ein Jahrzehnt dauern, bis bei den möglichen Rückstellungen für uns überhaupt ein Steuerbatzen abfallen würde. Ich glaube eben, dass die Langfristigkeit ein wesentlicher Faktor ist. Der dritte Punkt: Investitionen sind einfach auch eine Geldvernichtung. Das müssen wir uns gleichwohl einfach auch vor Augen halten und Investitionen macht man dann, wenn man eine Rendite haben will. An der Börse ist es klar. Aktien geben Dividende. Wenn wir investieren, müssen wir uns eben auch vor Augen halten, dass wir in diesem Sinne eine Dividende holen können. Wenn wir es konkret anschauen, heisst dies eben, wenn wir im Kleinholz ein Schulhaus bauen, bauen wir dies nicht einfach so, sondern weil wir die Dividende wollen, in diesem konkreten Fall neue Familiensteuern. Potenziell lassen wir hier einmal dahingestellt, aber neue Steuerzahler, die in diese Stadt kommen. Ich nehme jetzt sogar Andaare auch in die Finger. Es gibt Bereiche von Andaare, die eben eine wesentliche Wirkung für die Aufwertung unserer Stadt haben können. Ich spreche jetzt einmal vom Ländiweg, den wir sowieso in die Finger nehmen müssen, wo wir aber als Dividende nicht nur diese Steuerzahler in Betracht ziehen müssten. Dort sprechen wir auch noch vom Agglo-Fonds, der uns etwas in Aussicht stellt. Das sind auch Gelder, Dividenden, und wir müssen uns gut überlegen, wie wir dann vorgehen. Beim dritten Beispiel sind wir jetzt drin: Ein Stadthaus, das heute den Himmel heizt. Ich glaube, das sind dann jährlich wiederkehrende Minderkosten im Heizbericht. Wie gesagt, wir müssen überlegt investieren. Wir können nicht gar nicht mehr investieren. Wir dürfen die Bewegung, die wir jetzt hier bei uns drin haben, nicht abrupt stoppen. Aber es ist klar und in diesem Sinne nimmt die CVP/EVP/GLP-Fraktion, mehr soll man nicht tun, die Priorisierung, wie sie der Stadtrat macht, zur Kenntnis. Diese Sachen, die wir als wichtig erachten, finden wir in dieser Priorisierung. Ein Kunstmuseum und ein Bahnhofplatz sind relativ weit nach hinten gerutscht. Ich glaube, das sehen wir eben auch so. Das Kunstmuseum ist in diesem Moment wirklich nice-to-have. Der Bahnhofplatz ist aus meiner Sicht etwas weniger nice-to-have. Aber sie sind noch drin. Ich glaube, wenn wir unterwegs merken, dass es hier wieder etwas Potenzial gibt, muss man solche Sachen in die Finger nehmen. Ich gehe jetzt nicht noch auf Details ein. Ich glaube, im Grossen und Ganzen nehmen wir es so zur Kenntnis und unterstützen den Stadtrat in diesem Vorgehen.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP/Junge SP: Ich finde es lustig, dass ich auch für die Junge SP reden kann. Es tönt jetzt halt einfach immer so. Wir von der Jungen SP und von der SP nehmen den Investitionsplan natürlich mit eher gedämpfter Freude zur Kenntnis. Aber wir

nehmen ihn zur Kenntnis. Wieso gedämpfte Freude? Weil viele lang ersehnte Investitionen, die in diesem Investitionsplan enthalten waren, jetzt natürlich nicht mehr drin sind. Ich muss es nicht mehr sagen. Es ist jetzt heute Abend oft genug gesagt worden. Es ist natürlich klar, weshalb sie nicht mehr drin sind: Weil wir keine „Stütz“ mehr haben. Dass man, wenn man keine „Stütz“ mehr hat, bei den Investitionen reduzieren muss, ist auch klar, weil es irgendwie nicht ganz so ohne Selbstfinanzierung geht. Wenn man anfängt, hier auszurechnen – wir haben es in der GPK ja kurz gemacht, es sind vorher die 160 Steuerprozente genannt worden – sieht man, dass es irgendwie schon Grenzen hat, die wahrscheinlich nicht mehr ganz durchsetzbar wären. Die Priorisierung ist für uns heute nachvollziehbar und sinnvoll. Es erscheint uns vor allem auch gut, dass es eben nicht zufällig daher kommt, sondern es wurden Prinzipien und Grundsätze genannt und wir haben den Eindruck, diese Grundsätze seien auch umgesetzt worden. Aus unserer Sicht muss man prüfen, ob das neue Schulhaus unter Berücksichtigung der Unsicherheiten, die es in der Bebauung dieses Kleinholzquartiers heute gibt, eventuell noch etwas günstiger gebaut oder ob dort insgesamt noch eine günstigere Lösung angestrebt werden könnte. Eine definitive Beurteilung ist eigentlich genau genommen erst möglich, wenn auch die Annahmen und Rahmenbedingungen klar sind. Dafür fehlt natürlich jetzt der Finanzplanteil. Wir werden uns dann natürlich, wenn der Finanzplanteil auch klar ist, erlauben, dies noch einmal zu kommentieren und auch zu schauen, ob dies dann wirklich noch zusammenpasst, weil wir letztes Jahr deutlich darauf hingewiesen haben, dass damals schon ersichtlich war, dass die Randbedingungen und Annahmen eigentlich gar nicht zum Investitionsplan gepasst haben. Wir fänden es schon gut, wenn dies in diesem Jahr so zu passen käme, dass es plausibel scheint. Ich möchte einfach noch auf zwei Sachen hinweisen. Ein vollständiger Verzicht auf Investitionen kann keine Lösung sein, weil die Attraktivität unserer Stadt einfach davon abhängt, dass sie nicht verlottert und dass sie attraktiv ist und zwar eben nicht nur in Bezug auf Steuern, sondern auch in Bezug auf das, was sie bietet. Nur eine attraktive Stadt kann die Finanzen wieder ins Gleichgewicht bringen. Ich weiss, das ist etwas Quadratur des Kreises. Aber ein vollständiger Verzicht auf Investitionen kann es nicht sein. Ich sage es halt noch einmal: Ein Kleinkrieg um die Priorisierung und die Partikulärinteressen hat in der heutigen Situation sicher keinen Platz. Ich habe es schon gesagt. Wir finden gut, dass es Grundsätze gibt und man überlegt und Prinzipien aufgestellt hat, und ich möchte alle bitten, sich an dieses Vorgehen zu halten und nicht Partikulärinteressen zu vertreten.

Gert Winter, SVP: Gemäss Investitionsplan 2014 – 2020 sind in dieser Planungsperiode Nettoinvestitionen von 113 Millionen Franken vorgesehen. Ein gewisser Fortschritt gegenüber dem Stand der Vorjahresplanung kann man hier auch aus der Sicht der SVP bereits feststellen. Trotzdem ist die durchschnittliche jährliche Nettoinvestition mit 16,14 Millionen Franken weiterhin deutlich höher als der als verdaubar erachtete Durchschnittswert von 12 bis 15 Millionen Franken. Weiterhin wird die übermässige Investitionstätigkeit unter anderem auch mit Attraktivierungsinvestitionen begründet. Das dürfte damit zusammenhängen, dass Verwaltung und Stadtrat nicht ganz unbegründet hoffen, die Verwendung des positiv besetzten Begriffes der Attraktivierung vermöge eine stichhaltige Begründung für die einzelne Investition im Oltnen Gemeinderat schon fast überflüssig zu machen. Denn wer kann schon dagegen sein, dass die Stadt Olten attraktiver werden soll? Die SVP lässt sich durch derartige semantische Taschenspielertricks aber nicht blenden und warnt deshalb schon seit Jahren vor zu hohen Investitionen und den damit verbundenen finanziellen Risiken. Bereits im Zusammenhang mit dem Projekt Andaare haben wir beispielsweise festgehalten, dass eine Reduktion des Projektes auf das Notwendige, nämlich auf ein Investitionsvolumen von ca. 15 Millionen Franken angemessen wäre. Die Entwicklung der städtischen Finanzen hat uns schneller als erwartet recht gegeben, allerdings aus einem anderen Grund als unsererseits befürchtet. Den Tsunami und die Folgen der bundesrätlichen Energiewende auf die städtischen Finanzen haben wir nicht vorausgesehen. Es waren stattdessen Befürchtungen bezüglich der schweizerischen Konjunkturlage und allfälligen Verwerfungen in der Eurozone, im Übrigen Risiken, die weiterhin bestehen. Die Stadtregierung geht hingegen weiter von einem Schönwetterszenario aus, das die genannten Risiken zwar nicht geradezu verneint,

ihnen aber im Investitionsplan völlig unzureichend Rechnung trägt. Wie könnte man sonst auf die Idee kommen, sich in den nächsten sieben Jahren dem durchschnittlich verkraftbaren Investitionsvolumen von oben anzunähern? In diesem Sinne sind wir dafür, dass die rollende Planung umgehend besser den schwierigen Verhältnissen angepasst und das Investitionsvolumen in den nächsten Jahren noch einmal spürbar gesenkt wird. Sollten sich die Verhältnisse dann besser entwickeln als wir annehmen, besteht immer noch die Möglichkeit, punktuell mehr zu investieren, ohne damit dann gleichzeitig einen Scherbenhaufen in der Steuerpolitik zu provozieren. In diesem Sinne nehmen wir den Investitionsplan kritisch zur Kenntnis.

Anna Engeler, Fraktion Grüne: Grundsätzlich begrüßen wir, dass wir einen provisorischen Investitionsplan, zusammen mit dem Entlastungspaket, vorgelegt bekommen. Provisorisch in diesem Sinne – Ruedi hat es schon gesagt – dass natürlich die Gegenseite dazu gehört. Dieser Plan sagt uns noch nichts über die Einnahmenseite und ohne die geplanten Steuersätze, die jetzt eines der wichtigsten Instrumente für die Finanzplanung sind, können wir hier relativ wenig herauslesen. Wir möchten dem Stadtrat für das finale Paket in der Budgetdebatte einige Anregungen und Bedenken mitgeben. Die zentrale Aussage dieses Plans findet sich auf Seite 54. Wir haben heute auch schon darüber gesprochen. Die Stadt möchte bis 2021 gerne 3'000 zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner. Das kann man nur erreichen, wenn man nachhaltige Entwicklungsinvestitionen tätigt, welche die Attraktivität Olten steigern. Wenn wir rein werterhaltende Investitionen tätigen, kommt es einem Leistungsabbau gleich und lockt sicher nicht Leute an. Wir haben es auch schon gehört. Olten kann ein Investitionsvolumen von 12 bis 15 Millionen verkraften. Das ist eine Richtgabe, ist aber kein göttliches Gesetz. Wenn man bedenkt, dass die werterhaltenden Investitionen laufend teurer werden, kann es nicht sein, dass wir uns eigentlich unseren Handlungsspielraum als Parlament wegsparen. Ich möchte auf einige Punkte im Plan konkret eingehen. In diesem Investitionsplan fehlen uns das Parkleitsystem und die Winkelverbindung. Die Stadtseitenverbindung am Winkel wird mit Sicherheit mehr als Fr. 80'000.— kosten. Das ist eine der Entwicklungsinvestitionen, welche die Stadt nachhaltig attraktiver machen würde. Es kann auch nicht sein, dass wir als Parlament eine Volksinitiative, die mehr als 1'000 Unterschriften aus der Bevölkerung hatte, einfach ignorieren. Wir haben für Andaare 25 Millionen bewilligt. Im Investitionsplan sind jetzt 10,5 Millionen realisiert. Der Rest wird auf unbestimmte Zeit sistiert oder verschoben. Andaare ist ein Projekt, das durch eine Volksabstimmung bewilligt wurde und solche Änderungen müssen zwingend auch wieder eine neue Volage nach sich ziehen. Tatsächlich ist es auch für uns hier im Investitionsplan keine heilige Kuh, dass man gewisse Projekte mit den neuen Voraussetzungen halt noch einmal vor das Volk bringt und wir haben es gesagt: Es gibt tatsächlich Leute, die vielleicht unter den heutigen Voraussetzungen gewisse Projekte anders betrachten würden. Der Stadtrat hat 2012 eine Energie- und Klimastrategie beschlossen, mit Investitionen in die Solargewinnung von 6 Millionen innert 7 Jahren. Diese Investitionen fehlen im Finanzplan komplett. Auch der Umbau des Bahnhofplatzes ist nicht prioritär behandelt. Bedenken muss man hier – Thomas Pfluger hat es vorher mit den Dividenden, die man abholen kann, erwähnt – dass wir hier nämlich einen ganz wesentlichen Beitrag des Bundes haben, den wir abholen können, wenn wir ein solches Projekt eben priorisieren. Diese Beiträge aus dem Agglomerationsprogramm verfallen einfach, wenn wir dort nicht priorisieren. Auch die Gelder für die Gestaltungsmaßnahmen in der Innenstadt müssen mit Sicherheit höher sein. Wir sind uns einig, dass das heutige Konzept noch nicht zufriedenstellend ist. Dazu hatten wir eine Interpellation und haben nachher noch eine dringliche Motion der SVP, die genau in diese Richtung geht. Es gibt bei den werterhaltenden Investitionen im Strassenraum und im Hochbau Normwerte für eine empfohlene Bandbreite. Gemäss dem vorliegenden Investitionsplan soll die Untergrenze dieser Bandbreite über Jahre hinaus unterschritten werden. Das ist kein nachhaltiger Wertehalt, nicht einmal das, was wir hier machen, und wird nur dazu führen, dass zukünftig noch viel höhere Ausgaben auf uns zukommen. Das ist einfach kein langfristiges Denken, das der Stadtrat hier beweist. Kommen wir zum Schluss noch zum Sport. Für das Schwimmbad ist in den Erläuterungen für die nächsten sieben Jahre ein Anpassungsbedarf von 13 Millionen ausgewiesen. Für die nächsten sieben Jahre geplant sind aber nur 2,4 Millionen. Für die

Sportstätten haben wir einen Anpassungsbedarf von 4,8 Million und wollen nur Fr. 750'000.— investieren. Was wir uns hier fragen: Ist tatsächlich der Bedarf gesunken oder gibt man sich einfach mit qualitativ schlechteren Lösungen zufrieden? Auch hier sehen wir nachher in Zukunft einfach die höheren Ausgaben, die auf uns zukommen. Insgesamt sind wir also mit dem Investitionsplan nicht so ganz zufrieden und wir finden, das ganze Paket zeigt eigentlich, dass wir in den letzten Jahren die Steuern mindestens einmal zuviel gesenkt haben. Wir werden ihn trotzdem zur Kenntnis nehmen und erwarten, dass gewisse Punkte, die wir hier aufgebracht haben, dann mit dem Budget zumindest näher erläutert werden.

Daniel Probst: Ich möchte auch noch kurz etwas zum Investitionsplan sagen. Es ist auch immer etwas eine Diskussion im Hinblick auf das Budget und ich möchte den Stadtrat hier wirklich ermutigen, dass er sich in den nächsten Jahren nicht an den 15 oder 16 Millionen, sondern an den 12 Millionen orientiert. Warum? Schon Markus Sieber, Peter Kohler und – ich bin überzeugt – auch der heutige Finanzverwalter haben uns damals schon gesagt, obwohl wir auch mehr Steuereinnahmen hatten – es hat also nichts damit zu tun, dass wir jetzt weniger haben – es ist bei 12 bis 13 Millionen, was wir verkraften können. Es ist einfach, was wir verkraften können. Wenn es nicht jetzt ist, wann wollen wir dies dann sonst erreichen? Ich glaube, wir müssen möglichst bei den 12 Millionen anfangen und werden dann wahrscheinlich trotzdem noch Diskussionen haben. Ich bin sehr froh, was ich jetzt von den Grünen gehört habe, dass es vielleicht auch Wiederholungen, Wiedererwägungen von Entscheidungen geben muss, die wir anschauen müssen. Dann bin ich auch dieser Meinung. Man kann sich nicht einfach auf den Standpunkt stellen: Ja, wir haben halt vor einiger Zeit anders abgestimmt. Jetzt machen wir es „gehauen wie gestochen“. Das kommt für die Stadt sicher nicht gut. Ein zweiter Punkt ist mir auch noch wichtig. Schon den ganzen heutigen Abend und jetzt ist es zum Teil wieder gefallen, könnte man, wenn man hier zuhört, meinen, Olten sei heute total unattraktiv. Total grau, schlimm und schwarz. Das kleine Pflänzchen, das man jetzt pflegen muss, damit es endlich besser wird, deshalb: Gebt jetzt Geld aus. Das stimmt doch nicht. Olten ist doch heute auch schon eine attraktive Stadt. Seid Ihr nicht dieser Meinung? Seid Ihr der Meinung, Olten ist unattraktiv? Wir haben doch viele gute Seiten. Seien wir doch auch auf sie stolz. Olten ist oder bleibt nicht nur attraktiv, wenn wir jetzt Millionen Geld ausgeben. Seien wir doch einmal stolz auf das, was wir heute haben. Wenn wir jetzt ein paar Jahre haben, wo wir den Gürtel enger schnallen müssen, in der Hoffnung, es könne wieder besser werden, müssen wir halt diesen Gürtel enger schnallen und uns am unteren und nicht am oberen Limit orientieren. Es ist mir wichtig, dass wir den Weg in diese Richtung einschlagen und nicht gerade jetzt, wo wirklich Not am Mann ist, auch noch hoch hinein gehen.

Thomas Rauch: Ich habe nur eine kleine Ergänzung zum Investitionsplan. Es fehlt mir hier eine Komponente Investitionen, wobei ich glaube, dass man dem Finanzminister, so wie wir jetzt aufgestellt sind, vielleicht weniger Tipps als früher geben. Es gibt auch die Komponente Devestitionsplan und man könnte zum Beispiel gerade im Bereich Schulhaus wertneutral mit einem Neubau mehr Platz schaffen, wenn man gleichzeitig beim Hübeli einen Verkauf in Erwägung ziehen würde, ausser man könnte eine Rendite erzielen, die eine Verschuldung zahlen würde. Das gleiche Thema wäre vielleicht auch das Kunstmuseum und das Naturmuseum, die eigentlich doch in Liegenschaften an hoch frequentierter Passantenlage für das Einkaufen sind. Dann hätte man vielleicht das Geld, auf den grünen Wiesen irgendetwas zu machen. Darüber möchte ich jetzt nicht sprechen. Ich sage nur: Investition hat auch eine Devestitionskomponente, die man in der Diskussion dieses Plans hier einfach auch beachten sollte.

Daniel Schneider: Ich möchte noch kurz etwas als Einzelsprecher sagen. Zuerst aber noch eine Bemerkung zu Daniel Probst. Man kann nicht einfach irgendwelche Aussagen nehmen und sie etwas neu vermischen und dann gleich wieder so hinwerfen, wie es einem passt. Das ist mir vorher schon bei Heinz Eng aufgefallen. Hört doch zu. Dann könnt Ihr es auch richtig zitieren. Ich möchte aber noch etwas zu diesen grossen Investitionsprojekten sagen.

Daniel Dähler schaut immer hierher, wenn man über Investitionen spricht. Ich möchte auf keinen Fall, dass wir als Investitionentreiber da stehen. Ich denke, jetzt ist der richtige Zeitpunkt, diese Zahlen am richtigen Ort zu plafonieren und das heisst auch, dass man so heilige Kühe, die für Euch vielleicht tatsächlich noch mehr heilige Kühe sind als für uns, zum Beispiel auch Andaare, halt wirklich noch einmal anschauen muss. Entweder müssen wir über eine Stückelung reden, die kleiner ist als das hier Vorgeschlagene, oder wir sprechen über Alternativen, die dem gleichen Sinn gerecht werden. Das könnte in diesem Ganzen durchaus auch noch eine Überlegung sein. Dass Subventionen nicht entgehen sollen, verstehe ich. Aber es ist einfach etwas seltsam, wenn man 10 „Kisten“ ausgeben muss, damit man eine retour erhält. Dann gibt dies in meiner bescheidenen Rechnung noch 9 Millionen, die wir ausgeben müssen. Ich glaube, darüber müssen wir wirklich offen diskutieren. In diesem Sinne müssen wir halt Investitionen etwas hinausschieben. In diesem Sinne kurz zurückgeschaut habe ich 0,0 Verständnis dafür, dass der alte Stadtrat vor den Sommerferien noch 12 „Kisten“ für das Stadthaus ausgelöst hat. Das kapiere ich nicht. Es gibt Sicherheitsmassnahmen, Lifte, die nicht abstürzen dürfen. Das ist mir alles klar. Aber ich glaube, hier wäre es auch so etwas atmosphärisch ein guter Akt, wenn Ihr dies gerade bei dem Haus, in dem Ihr zu Hause seid, vielleicht noch ein Jahr hinausgeschoben hättet. Das hätte ich als gut angeschaut. Bei den 10 Millionen für das Schulhaus bin ich ganz anderer Meinung als Ruedi. Ich komme aus der Baubranche und habe selten ein Schulhaus gesehen, dass nur 10 Millionen kostet. Diese reellen Zahlen würde ich dann gerne sehen. Auch in diesem hochwohlgelobten Modell des abgängigen Schuldirektors mit seinem Modulsystem. Das ist nicht einfach nur so gratis. Rechnet dies gut durch. Aber vielleicht müsst Ihr zuerst einmal schauen, ob es in Olten leere Schulräume hat. Das wäre noch viel interessanter. Ich meinte, dass das Thema Investitionen bereits nächstes Jahr etwas kräftiger angeschaut werden müsste. Auch das Thema Eissport. Ich kenne es nicht. Benvenuto weiss wahrscheinlich besser, was dort oben abläuft. Vielleicht gibt es auch dort etwas, wo man sagen muss: Wir schieben es etwas nach hinten. Schauen wir dies auch an. Schauen wir alles an. Nicht vergessen dürfen wir aber, und das war eigentlich vor etwa zehn Jahren der grosse Fehler, als der grosse Einnahmenteil der Alpiq plötzlich gekommen ist, war kein einziges Projekt bereit. Das ist einer der Gründe, weshalb man dort wie nicht realisieren konnte. Dann hat man die Planung vorangetrieben und jetzt zahlt die Alpiq dummerweise nur noch Vermögenssteuern. Zwar immer noch 2 „Kisten“. Das ist immer noch viel. Aber jetzt sind wir natürlich in einem ungeschickten Moment. Alles ist aufgegleist und wir können nicht handeln. In diesem Sinne möchte ich Euch einfach ermuntern, wenn Ihr mit den Investitionen dann herunterfährt – wenn Ihr gut zugehört habt, macht Ihr dies – schiebt die Planungen nicht zu sehr zurück, so dass man, wenn dann ein schöner Tag ist, wo wir wieder Geld verdienen, dann wirklich bereit ist, um Investitionen zu tätigen. Das scheint mir etwas extrem Wichtiges zu sein. Noch kurz zu Seite 54, Leitbild: Ich habe noch das Leitbild 1998 im Kopf. Damals wollte die Stadt Olten tatsächlich um 3'000 bis 5'000 Leute wachsen. Ihr könnt Euch erinnern, wie viel wir gewachsen sind. Ich glaube, es sind etwa 300 bis 500 Personen. Vielleicht müsste man diese Zahl auch einmal etwas kritisch anschauen, vor allem, wenn man merkt, dass in Olten SüdWest ausser der Erschliessungsinvestition der Stadt Olten gerade gar nichts passiert. Das müsste man vielleicht auch einmal auf die richtige Ebene stellen.

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Die Frage ist, ob es gewünscht ist, dass man die Details noch seitenweise durchgeht. Wir haben es ohnehin im November noch einmal und können dies dann machen.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Der Investitionsplan für die Periode 2014 - 2020 wird mit dem aktuellen Planungsstand zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an:
Alle Direktionen (5)
Direktionskonferenz

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. September 2013

Prot.-Nr. 20

Dringliche Motion David Wenger (SVP) betr. sofortige Wiedereinführung der Fussgängerstreifen in der Innenstadt/Beantwortung

Am 24. September 2013 hat David Wenger (SVP) im Gemeindeparlament eine dringliche Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, in der Begegnungszone sowie in den Tempo-30-Zonen an den stark frequentierten Stellen wieder Fussgängerstreifen anzubringen.

Begründung:

Nachdem der Stadtrat noch im August von einer Redimensionierung der Begegnungszone gesprochen und damit auf die Verunsicherung in der Bevölkerung bezüglich der Strassenüberquerung reagiert hat, machte er im September seine Ankündigung wieder rückgängig. Er will der Begegnungszone «eine Bewährungsfrist» geben und mit allfälligen Massnahmen bis Mitte 2014 zuwarten.

Diese Entscheidung ist unverständlich. In seiner dringlichen Interpellation vom 17. August hat Thomas Rauch auf die Gefahren für Fussgänger und Autofahrer hingewiesen, wenn in Begegnungszonen ohne die notwendigen gestalterischen Massnahmen Fussgängerstreifen generell entfernt werden. Die Begegnungszone in der Innenstadt ist als solche kaum zu erkennen. Grössere gestalterische Massnahmen kann sich die Stadt Olten aus bekannten finanziellen Gründen im Moment nicht leisten. Folglich bleibt als günstiges Hilfsmittel nur der Fussgängerstreifen, der sowohl für Fussgänger als auch für Autofahrer ein allseits bekanntes, sicheres «Rechte-und-Pflichten»-Paket bietet. Alte und junge Verkehrsteilnehmer wissen, wie sie sich am Fussgängerstreifen verhalten müssen, was in Bezug auf Begegnungs- und «Tempo-30»-Zonen nicht vorausgesetzt werden kann. Entsprechend gross ist die Verunsicherung namentlich bei älteren und bei ganz jungen Passanten, aber auch bei Autofahrern. Der Stadtrat steht vor der Wahl: entweder schickt er die gesamte Bevölkerung in eine Verkehrsschulung oder er führt an den neuralgischen Punkten die Fussgängerstreifen wieder ein. Ersteres dürfte unter anderem aus finanziellen Gründen nicht in Frage kommen. Letzteres wäre ein pragmatisches Gebot der Stunde. Niemand will letztlich Unfälle in Kauf nehmen.

Begründung der Dringlichkeit:

Seit dem Schulanfang Mitte August sind viele Eltern mit Kindern im Hübeli-Schulhaus stark verunsichert und haben grosse Sorgen um die Sicherheit ihrer Kinder. Auch andere Passanten – insbesondere ältere Personen aus der Altersresidenz Bornblick – sind durch die neue Situation verwirrt und bewegen sich unsicher in der Begegnungszone. Sie erwarten eine rasche Verbesserung der Situation und einen Rückgewinn an Sicherheit.»

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Thomas Marbet** den Vorstoss wie folgt:

Zur Dringlichkeit

Angeichts der geplanten gestalterischen Massnahmen zur Verdeutlichung des Zonenregimes und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit befürwortet der Stadtrat die dringliche Behandlung des Vorstosses.

Formelles

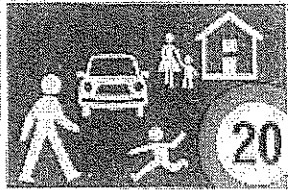
Motionen sind nur für Bereiche zulässig, in denen die Entscheidbefugnis ausdrücklich beim Parlament liegt. Hat in einem Bereich die Exekutive die abschliessende Kompetenz, können dazu keine Motionen eingereicht werden. Diese inhaltliche Beschränkung der zulässigen Gegenstände einer Motion folgt aus dem Prinzip der Gewaltenteilung.

Die im Rahmen des Vorstosses aufgeworfene Thematik und die gestellte Forderung beschlagen ortsplanerische Bereiche. Nach § 9 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes ist die Ortsplanung (umfassend etwa die Gestaltung der Siedlungs- und Erschliessungsstrukturen der Stadt) Aufgabe der Einwohnergemeinde. Planungsbehörde ist von Gesetzes wegen der Stadtrat. Im gleichen Sinne regelt § 10 der kantonalen Verordnung über den Strassenverkehr die Kompetenz zur Anordnung von Verkehrsmassnahmen auf Gemeindestrassen. Der vorliegende Vorstoss kann deshalb nur als Postulat und damit im Sinne einer Prüfung der Anliegen behandelt werden.

Zum Inhalt

In der Begegnungszone sind gemäss Art. 4 der Verordnung über die Tempo-30-Zonen und Begegnungszonen (SR 741.213.3) keine Fussgängerstreifen zulässig, weil die zu Fuss Gehenden überall im Strassenraum Vortritt geniessen. Gerade aufgrund des tieferen Geschwindigkeitsniveaus sollen die zu Fuss Gehenden die Strassen dort überqueren, wo sie sich sicher fühlen und nicht dort wo sie «müssen». Dies steht aber im Gegensatz zu den Bestimmungen über die Benützung eines Fussgängerstreifens, welcher nämlich innerhalb einer Distanz von 50 Metern zwingend benutzt werden muss. In den Tempo-30-Zonen haben die zu Fuss Gehenden keinen Vortritt. Fussgängerstreifen dürfen in begründeten Fällen angebracht werden, namentlich bei Schulen und Heimen. So wurde bei der Musikschule der Fussgängerstreifen belassen.

ZONE

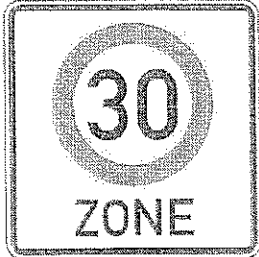


Begegnungszone

Wer zu Fuss geht, hat Vortritt.
In Begegnungszonen dürfen Fussgängerinnen und Fussgänger die ganze Verkehrsfläche benutzen.

Die wichtigsten Vorschriften:

- Höchstgeschwindigkeit 20 km/h
- Zu Fuss Gehende haben Vortritt.
- Es gilt Rechtsvortritt
- Keine Fussgängerstreifen; Fussgängerinnen und Fussgänger dürfen die Strasse überall queren.
- Parkieren nur an gekennzeichneten Stellen erlaubt.



Tempo-30-Zone

Fahrzeuge haben Vortritt.
In Tempo-30-Zonen müssen Fahrzeuglenkende besonders vorsichtig und rücksichtsvoll fahren, obschon sie Vortritt haben.

Die wichtigsten Vorschriften:

- Höchstgeschwindigkeit 30 km/h
- Fahrzeuge haben Vortritt.
- Es gilt Rechtsvortritt.
- Fussgängerinnen und Fussgänger dürfen die Strasse überall queren.
- Keine Fussgängerstreifen (Ausnahme: bei gefährlichen Stellen, z.B. Schulen, Heime)

Der Stadtrat hat beschlossen, das neue Verkehrsregime (Begegnungszone und Tempo-30-Zone) in der Innenstadt vorderhand so zu belassen. Dafür werden aber, auch in Absprache mit der Schulleitung des Hübelischulhauses, weitergehende Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden, insbesondere aber Fussgängerinnen und Fussgänger aller Altersklassen, umgesetzt.

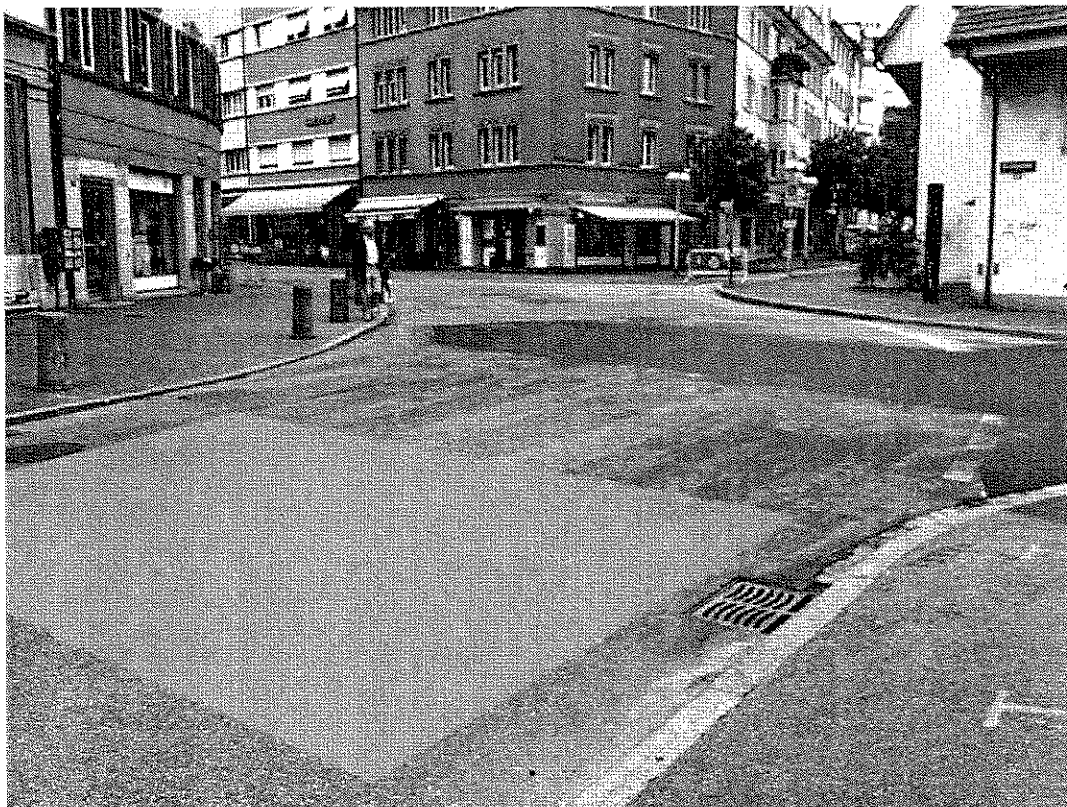
Da Fussgängerstreifen in der Begegnungszone nicht zugelassen sind, hingegen aber besondere Markierungen welche den Zonencharakter verdeutlichen, werden im Strassenraum an wichtigen Querungsstellen rund 5x5m grosse farbige Flächen angebracht. Um die Querungen weiter zu erleichtern wie aber auch um das Tempo zu reduzieren, werden die Strassenquerschnitte an bestimmten Kreuzungen und an der inneren Baslerstrasse durch Leitlinien, Poller und / oder Pflanzenschalen eingengt. Die Einfahrtstore werden durch eine ergänzende Markierung besser spürbar gemacht und vor dem Hübelischulhaus wird in der Konradstrasse auf die besondere Situation, dass Kinder zu erwarten sind, mit einer speziellen Flächengestaltung reagiert. Ebenfalls in der Konradstrasse wird zwischen den beiden Bushaltestellen ein Mittelstreifen angebracht, welcher das Überholen stehender Busse verhindern soll. Zudem werden an geeigneten Stellen Plakate, welche von den Schulkindern des Hübelischulhauses gestaltet wurden, aufgestellt.

Im Perimeter des neuen Verkehrsregimes in der Innenstadt soll allerdings dennoch ein Fussgängerstreifen wieder eingeführt werden, und zwar der Fussgängerstreifen beim Altersheim St. Martin. Damit dies möglich ist, muss dieser ausserhalb der Begegnungszone liegen. Aus diesem Grund wird das Einfahrtstor der Begegnungszone entsprechend rund 35 Meter Richtung Innenstadt verschoben.

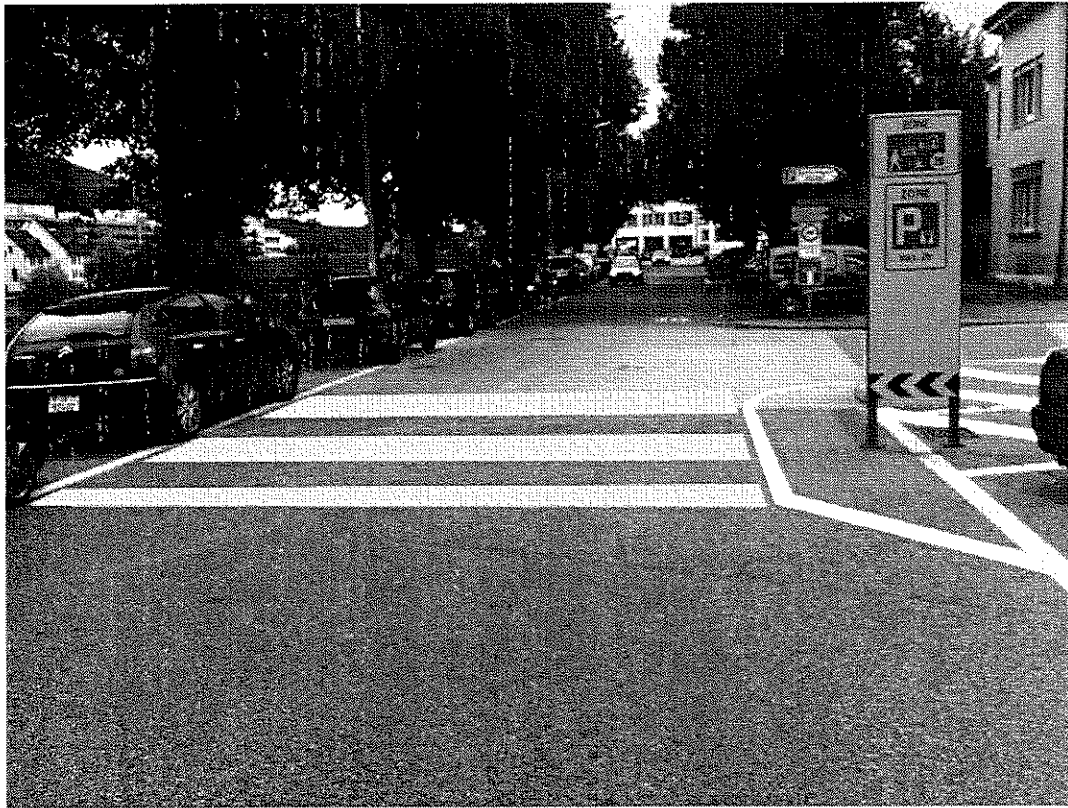
Nachfolgende Visualisierungen ermöglichen eine Vorstellung der beschriebenen Massnahmen. Ein Augenschein kann übrigens an der Bleichmattstrasse genommen werden, wo heute eine der erwähnten Querungshilfen zur Bemusterung markiert wurde.



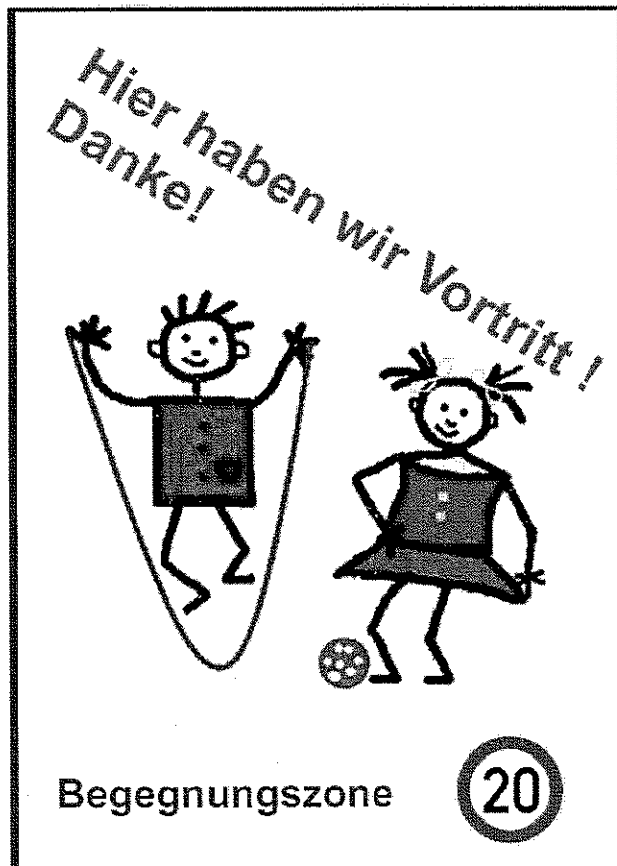
Farbige Markierungen an der Konradstrasse beim Hübelschulhaus



Farbige Markierungen an der Kreuzung Leberngasse – Kirchgasse – Solothurnerstrasse – Hübelschulhaus



Einfahrtstor am Amthausquai Süd



Beispiel Plakat

Da in der Begegnungszone rechtlich keine Fussgängerstreifen möglich sind und im übrigen Innenstadtperimeter, dort wo notwendig – nämlich vor dem Altersheim St. Martin – ein Fussgängerstreifen wieder eingeführt wird, empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen und im Sinne der Erwägungen als erfüllt abzuschreiben.

- - - - -

Dr. David Wenger: Fussgängerstreifen Innenstadt: Wir haben an der letzten Sitzung eine Interpellation von Thomas Rauch als dringlich erklärt. Der Stadtrat hat in seiner Antwort auf die Interpellation Thomas Rauch mehr etwas auf das Prinzip Hoffnung gesetzt und wird auch bezüglich Massnahmen nicht wirklich konkret. In seiner Antwort auf meinen Vorstoss präsentiert er jetzt immerhin ein paar Bilder, ein paar Darstellungen, was der Stadtrat eben zur Erkennbarkeit der Zonen vorkehren will. Das ist doch immerhin schon einmal etwas. Wenn wir uns diese Bilder anschauen, ist und bleibt die Frage einfach, ob dies reicht. Ist der Fussgängerstreifen nicht ein besseres Instrument, das grössere Sicherheit schafft? Wir denken halt primär an schwächere Verkehrsteilnehmer und wenn wir uns jetzt einmal ein paar Minuten Zeit nehmen, so im Feierabendverkehr und uns bei der Hammer-Migros hinstellen, herrscht schon so etwas wie ein glückliches Chaos. Ich sage es jetzt einmal so. Bis jetzt ist noch nicht viel passiert. Die Frage ist einfach, auch von der Information: Wer weiss denn schon genau, was in diesen verschiedenen Zonen gilt? Einfach der normale Bürger in Olten. Was gilt jetzt in der 30er-Zone? Wieso gibt es jetzt dort lustigerweise einen Fussgängerstreifen? Jetzt haben wir noch irgendwo erfahren, dass eben der Fussgänger auf den Fussgängerstreifen in der 30er-Zone keinen Vortritt hat. Dort muss er, entgegen dem, was er gelernt hat, er dürfe auf den Fussgängerstreifen laufen, in der 30er-Zone zuerst einmal noch wissen, dass er in einer 30er-Zone ist. Dann muss er warten, wenn ein Auto kommt. In der Innenstadt, wo man in der Begegnungszone 20 nur 10 Stundenkilometer weniger fährt, gibt es gar keine Fussgängerstreifen. Ich frage mich einfach, was hier punkto Sicherheit schlauer wäre. Ob man eben nicht, bis die ganzen Massnahmen dann wirklich so greifen, dass man zweifellos weiss, wie man sich in welchen Zonen zu verhalten hat, den Fussgängerstreifen als allgemein etabliertes Instrument wieder einführen sollte. Das war im Prinzip meine Motivation für diese Motion. Der Stadtrat hat jetzt hier offenbar richtigerweise festgestellt, dass ich dies gar nicht darf und wir die Motion in ein Postulat umwandeln müssen. Ich bin nach wie vor der Meinung, der Fussgängerstreifen ist punkto Sicherheit gescheitert, auch wenn uns die Tafeln eingangs 20er-Zone – wir sehen es hier in der Antwort – darüber aufklären, was wir dürfen und was wir nicht dürfen, ist halt doch auch noch etwas schwach. Dass man zuerst anhält und dies liest oder zuerst eine grosse Aufklärungsmöglichkeit wäre vielleicht auch eine Möglichkeit. Ich würde einfach meinen, wenn dies jetzt, wie es der Stadtrat empfiehlt, als Postulat überwiesen werden soll, kann ich aus meiner Sicht nicht der Meinung sein, dass man es als erfüllt abschreiben kann, weil ich immer noch der Meinung bin, der Fussgängerstreifen wäre momentan einfach eine relativ günstige und schnelle Massnahme, um wieder Sicherheit schaffen zu können. Dass es mit dem Fussgängerstreifen geht, hat der Stadtrat selber bewiesen, weil er beim Altersheim St. Martin jetzt offensichtlich vor hat, die Begegnungszone zu verkleinern, um dort wieder einen Fussgängerstreifen machen zu können, notabene wahrscheinlich in einer 30er-Zone, wo dann die alten Leute eben keinen Vortritt haben. Gut, das wird uns vielleicht der zuständige Stadtrat noch sagen können. Aber immerhin: Es geht und ich begrüsse sehr, dass der Stadtrat uns jetzt hier etwas konkreter aufzeigen kann, was er vorhat, als eben noch in der Antwort auf die Interpellation Thomas Rauch.

Stadtrat Thomas Marbet: Besten Dank, David, für den Vorstoss. Der Stadtrat hat die Dringlichkeit unterstützt und es ist eigentlich eine gute Gelegenheit zu beantworten, was im Zuge des Vorstosses von Thomas Rauch passiert ist. Der Stadtrat hat es an der ersten konstituierenden Sitzung fertiggebracht, eigentlich das ganze Parlament gegen sich

aufzubringen, von links nach grün, und es wurde weniger der Perimeter dieser Begegnungszone bemängelt, wenn ich dies so als Konsens zusammenfassen darf – das haben einzelne auch reklamiert – aber es wurden vor allem die Erkennbarkeit, die Visibilität, Sicherheit und Markierungen plus die Signalisation kritisiert. Das hat dann uns oder die Baudirektion als federführende Direktion einmal veranlasst, die Situation mit unseren Fachplanern oder auch mit externen zu analysieren. Wir haben uns nachher auf ein Paket verständigt, das jetzt hier bei der Beantwortung vorliegt, nämlich können wir natürlich diese Begegnungszone, so wie wir es ursprünglich hätten machen wollen, entlang dieser Bausteine, nicht machen, weil wir ja jetzt nicht die Strassen auffüllen oder die Trottoirs abfräsen können, nur damit wir sie in vier Jahren dann noch einmal aufreißen werden, weil wir die Kanalisation ersetzen wollen. Das würde niemand verstehen. Wir machen dann die Realisierung dieser Bausteine, wenn der Untergrund auch wirklich wieder sanierungsbedürftig ist und wenn auch die Finanzen etwas besser sind. Das ist sicher ein Grund. Wir wollen aber die Sicherheit verstärken. Wir werden bei jeder Toreinfahrt in diese Zonen am Boden drei Streifen markant verstärken, einen schmalen, einen mittleren und einen breiten. Ihr seht jetzt dann das Beispiel. Heute Morgen ist das Einfallstor, so wie es neu vorgesehen ist, im Knoten Bleichmattstrasse/Ringstrasse mit diesen drei Streifen markiert worden. Es wird nachher, wie Ihr hier auf den Fotos seht, ein Carré haben, eben nicht einen Fussgängerstreifen, weil es Fussgängerstreifen in der Begegnungszone nicht gibt. Das gibt es nicht. Es gibt sie in den Tempo-30-Zonen bei Ausnahmen. Ausnahmen sind Altersheime und Schulen. Wir haben uns dazu entschlossen, diesen beim Altersheim zu machen. Ich finde ihn auch nötig. Das bedeutet aber, dass man die Begegnungszone 30 Meter nach hinten bzw. nach vorne Richtung Hammer schieben muss. Dies machen wir. Sonst gibt es Querungen, die den Fussgängerinnen und Fussgängern aufzeigen und sie auch ermuntern, dort über die Strasse zu gehen. In den 20er-Zonen hat der Fussgänger immer Vortritt, in den 30ern nicht. Wir wollen auch im Bereich des Hübelischulhauses am Boden eine spezielle Markierung machen, wo die Sensibilität an diesem Ort auch stärker zum Ausdruck kommt. Das sehen wir heute nicht. Wir wollen auch mit Markierungen, Sperrflächen am Boden die Fahrbahn für die Automobilisten spürbar, fühlbar reduzieren. Es ist auch vorgesehen, dass wir fünf Blumentröge aufstellen. Es ist dann tatsächlich eine Verengung der Fahrbahn, nicht nur optisch, um dort auch den Automobilisten zu weniger Tempo ermutigen zu können. Das ist in etwa, was vorgesehen ist. In der Konradstrasse wird es auf der Höhe des Magazins und Stadthauses einen Mittelstreifen geben, allenfalls einen Poller, der es nicht ermöglicht, dort zu überholen, wenn der Bus hält. Das ist eine gefährliche Situation, die auch die Polizei festgestellt hat. Übrigens sind dieses Konzept und diese Beantwortung auch in Zusammenarbeit mit der Direktion Öffentliche Sicherheit und den Verkehrspolizist/-innen entstanden. Wir werden dort auch neue, besser sichtbare Plakatständer aufstellen. Jetzt ist es die hellgrüne Farbe, die man kaum wahrnimmt. Nachher gibt es Kinderzeichnungen, und hier hat sich die Schulleitung des Hübelis freundlicherweise zur Verfügung gestellt, Kinder zeichnen zu lassen. Es gibt einen kleinen Wettbewerb, wo dann auch ganz klar markant zum Vorschein kommt: Hier haben wir Vortritt oder hier spielen wir, die auf dieser sensiblen Zonenachseinfahrt Konradstrasse/Ausgang Ringstrasse aufgestellt werden. Das ist etwa das Konzept, das wir jetzt umsetzen wollen. Daneben werden wir auch weiterhin Geschwindigkeitskontrollen machen. Das ist unumgänglich. Aber ich kann Euch sagen: Ihr werdet diese Begegnungszone in vier Wochen nicht mehr wiedererkennen. Das wird markant anders aussehen. Schaut Euch einmal das Muster an. Es ist nicht in diesem Sinne klassisch rot. Man könnte ja noch sagen von wem: Von der SP. Ich habe mich belehren lassen, dass es ein Altrosa ist. Es ist ein Belag, den wir in den nächsten drei, vier Wochen auftragen wollen. Wir brauchen noch etwas Wetterglück. Unter acht Grad kann man nicht auftragen. Wenn es regnet – schneien wird es wahrscheinlich noch nicht – geht es auch nicht. Es hängt noch etwas vom Wetter ab. Das Ziel ist, dass wir, wenn die Schule wieder anfängt, mindestens auf der Achse Konradstrasse eine deutliche Verbesserung haben werden. Es wird sicher wieder solche geben, die sagen: Jetzt haben sie kein Geld und bemalen noch die Strassen. Damit werden wir umgehen können. Damit muss man leben, weil die Begegnungszone, so wie sie jetzt steht, einige Jahre so stehen wird. Die Trottoirs

werden nicht abgefräst, weil einfach auch die Mittel nicht vorhanden sind und der Untergrund jetzt noch nicht gerade an Rohrbrüchen oder Ähnlichem leidet. Deshalb wird dies eine Umsetzung geben, die durch bessere Signalisation, durch bessere Markierung wirklich visibler wird, unterstützt aber auch durch repressive Massnahmen und Kontrollen aus der Polizei. Schaut Euch diesen Knoten an. Ich wette darum, dass die Veränderung dieser Begegnungszone wirklich ohne bauliche Eingriffe spürbar wird. Das Ganze ist natürlich gleichwohl ein Aufwand, liegt aber im Kredit, den das Parlament für die Begegnungszone gesprochen hat.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP und Junge SP: Die Junge SP war schon vorher der Meinung, dass man eigentlich das, was jetzt ein Postulat wurde, nicht überweisen würde oder wenn, dann auf jeden Fall abschreiben. Ich muss aber sagen, dass ich nachdem, was ich jetzt gehört habe – hier konnten wir uns natürlich nicht absprechen – eigentlich erst recht der Meinung bin, dass dies auf einem sehr guten Weg ist, obwohl wir natürlich eigentlich SP-Rot dem Rot mit dem komplizierten Namen vorgezogen hätten. Aber das hat wahrscheinlich verkehrstechnische Gründe. Ich möchte jetzt einfach noch etwas klar sagen. Bei der Sache mit den Fussgängerstreifen in der Begegnungszone ist es in meinen Augen offensichtlich, dass dies nicht geht. Sagt einmal, wie Ihr Vortritt steigern würdet. Man kann Vortritt haben, aber bei „Vortritter“ oder „Supervortritt“ weiss ich nicht, wie dies gehen soll. Es gibt einfach keine Steigerung. Man kann Vortritt haben und Vortritt kann man nicht steigern. Oder soll es so sein, dass man, wenn man Vortritt hat und es nachher in der Begegnungszone einen Fussgängerstreifen hat, schon anhalten muss, wenn man einen Fussgänger in der Umgebung von 100 Metern vermutet. Das kann es wohl nicht sein. Es geht einfach nicht. Noch etwas Anderes: Ein Fussgängerstreifen in einer Begegnungszone würde dazu führen, dass die Autofahrer ausserhalb – das würde ich wahrscheinlich auch so machen – des Fussgängerstreifens nicht mehr gewähren, weil man dann eben sagt: Hier ist ein Fussgängerstreifen und hier hat er den Vortritt. Das wäre nämlich eine Falle für die Autofahrer und zwar eine grobe, weil es einen dazu verleitet, zu glauben, man habe ausserhalb des Fussgängerstreifens den Vortritt. Auf der anderen Seite ist dies dann aber wirklich auch eine Gefährdung für die Fussgänger, die nämlich das Gefühl haben: Ich habe hier das Recht und es eigentlich auch haben, aber der Autofahrer dies eben nicht sieht. Das Ganze ist einfach, so wie es jetzt aufgegleist ist, plausibel und dicht. Fussgängerstreifen über eine Begegnungszone sind einfach ein Unsinn. Sorry!

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Gleich einmal vorausgeschickt. Die Massnahmen, welche die Stadt jetzt hier vorschlägt und die wir im Ansatz bei der Einfahrt Bleichmattstrasse schon gesehen haben, korrespondieren ziemlich genau mit dem, was wir uns gewünscht haben und in der konstituierenden Sitzung bemängelt haben. Wir sehen eigentlich jetzt diese Defizite als aufgehoben. Wir finden es eine gute Sache. In diesem Sinne finden wir natürlich auch, dass es nicht nötig ist, diesen Vorstoss zu überweisen und wenn er überwiesen wird, wollen wir ihn abschreiben. Es ist wirklich jeweils etwas die Frage, wie man mit neuen Sachen umgeht. Es ist wirklich so. Ganz viele Leute wissen noch nicht, dass Fussgänger in der Begegnungszone Vortritt haben, weil sie einfach in ihrem Leben noch nicht so viel mit Begegnungszonen zu tun hatten. Ich kann mich erinnern – möglicherweise habe ich es an anderer Stelle schon einmal erwähnt – dass, als seinerzeit in Dulliken der erste Kreisel der Region gebaut wurde, gewisse Leute den Untergang des Abendlandes heraufbeschworen haben. Das stand in den Fasnachtszeitungen. Es gab Dutzende von Leserbriefen. Die Leute fanden einfach, dies sei der allergrösste Schwachsinn, den es je gegeben habe. Unterdessen sagen die gleichen Leute: Hier könnte man doch auch noch einen Kreisel machen. Aber es gibt immer noch sehr viele Leute, die nach wie vor keine Ahnung haben, wie man in einem Kreisel fährt, weil es sich noch nicht so ganz bei allen herumgesprochen hat, welche Regeln dort gelten. Ich finde, man muss einfach anerkennen, dass die Leute dies noch nicht so genau wissen. Man muss dies auch den Fussgängern so kommunizieren und wir sind ja vernünftig. Ich laufe praktisch jeden Tag in der Stadt herum. Das geht jeden Tag etwas besser. Ich muss es wirklich sagen. Aber ich

laufe nicht vor ein Auto. Das macht niemand und wir müssen unsere Kinder zur Vernunft erziehen und sie machen es ja in der Regel auch relativ gut. Ich denke, es braucht jetzt einfach Zeit, bis sich die Leute an dieses System gewöhnt haben und die Massnahmen, welche die Stadt jetzt vorschlägt, helfen den Autofahrern dabei, das Regime einzuhalten, weil sie ganz klar sehen: Hier gelten andere Regeln. Diese Strassen sind angemalt. Es hat Schilder, auf denen steht: Tempo 20 und Kinder, die herumspringen. Irgendeinmal haben sie es dann auch begriffen. Es braucht halt einfach jede Neuerung eine gewisse Angewöhnungsfrist.

Daniel Probst, FDP-Fraktion: Wir sind immer noch überzeugt, dass der Perimeter der Begegnungszone viel zu gross ist. Es ist nicht dafür gedacht. In vielen Städten und Gemeinden gibt es auch Diskussionen. Wenn man etwas googelt, sieht man, dass es dort meist kleinere Gebiete sind, auf denen sich sehr viele Leute bewegen, man auch gar nicht schneller fahren kann und es auch kein Problem ist. Nur bei uns ist sie zu gross. Es gibt zu wenig Verkehr von Fussgängern, Velofahrern und Autofahrern. Das haben wir letztes Mal diskutiert. Es ist schade, dass der Stadtrat – am Anfang hat es gut ausgesehen und ich hatte Martin Wey noch ein Gratulationsmail geschickt – die Begehren dort zu schnell aufgenommen hat und dann hat halt eine Mehrheit über eine Minderheit obsiegt und es ist anders gekommen. Das ist etwas schade. Jetzt ist es soweit. Wir haben heute diesen Vorstoss. Ich finde, die Vorschläge gehen in die richtige Richtung. Ich würde noch anregen, dass man die Quadrate, die Du erwähnt hast, exakt dort macht, wo Fussgängerstreifen waren. Das ist ja scheinbar erlaubt. Damit hätte man nämlich zwei Fliegen auf einen Schlag geschafft. Erstens hätten wir es jetzt im Sinne eines Konsenses gestalten können, indem man sagt: Man darf gesetzlich nicht Fussgängerstreifen machen. Man möchte Farbe hineinbringen. Es gibt Leute, die es vielleicht auch in drei Jahren noch nicht begriffen haben werden, wenn Du sagst, die Sache mit dem Kreisel hätten noch nicht alle verstanden, dass man vor allem für diejenigen jetzt auch noch verlangt, dass sie schnell eine Gewohnheitsänderung lernen, sondern exakt dort, wo heute die Fussgängerstreifen waren, die Quadrate macht. Ich würde sie auch gleich noch gelb machen, nicht wegen der FDP Olten, sondern weil man es einfacher besser sieht. Warum sind die Fussgängerstreifen gelb? Nicht weil die Farbe schön ist oder wegen der FDP, sondern man sieht es einfach gut. Ich würde sie gelb machen und exakt an diesen Stellen, wo die Fussgängerstreifen sind. Dann verletzen wir kein Gesetz, haben aber nachher die Gestaltungselemente anbringen können, wie es geplant ist. Ich denke, dann haben wir einen guten Start.

Stadtrat Thomas Marbet: Darf ich noch eine Anmerkung machen? Gelb ist nicht erlaubt, egal, welche Nuance, wo sie eben die Anmutung eines Fussgängerstreifens hat. Rubinrot ist auch nicht erlaubt, weil es das Verbotsschild, Halteverbot, Parkverbot ist. Über diese ganze Farbpalette, die reale Farbpalette, möchte ich jetzt nicht konsultativ eine Vernehmlassung machen, denn sonst werden wir uns nie einig. Wir werden morgen abdrücken und die Farbe bestellen. Gewisse Farben gehen auch vom Kontrast her nicht. Wenn es dann zu dunkel ist, nützt es auch nichts. Anthrazit auftragen bringt dann auch nichts. Von der Strassengesetzgebung gibt es schon auch einige Einschränkungen und gelb ist eine davon, die nicht geht, rubinrot geht auch nicht. Von daher ist man da auch eingeschränkt. Am Schluss ist es letztlich eine Ermessensfrage, welche Frage man auswählt. Ich glaube, Ihr seid alle froh, wenn ich Euch hier nicht einbeziehe.

Thomas Pfluger, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Vielleicht weniger als CVP/EVP/GLP, sondern als meine Stimme. Ich habe es in diesem Sinne auch nicht abgesprochen. Ich glaube, es ist jetzt ein ziemlich guter Tenor hier. Es ist gar nicht mehr so hitzig, wie es am Anfang geklungen hat oder wie man auch den Leserbriefen entnehmen konnte. Das Problem kann man wahrscheinlich so abdämpfen. Man kann dies so sagen. Ich gehöre sicher zu 99 oder 100 Prozent zu den Fussgängern und Velofahrern in diesem Bereich, sicher zu den schwächeren Teilnehmern. Trotzdem finde ich, dass die „Rössli“ im Stadtrat wirklich etwas durchgegangen sind, wahrscheinlich von der Grösse, die man hier gemacht hat, Richtung

Hammer. Ich glaube, es war nicht unbedingt so zweckdienlich, dass man gerade dort auch so einfährt. Aber ich glaube, wichtig ist genau das, was wir gehört haben. Jetzt müssen wir es wirklich einmal fahren lassen, schauen, wie es sich entwickelt. Das Einzige, das mich etwas erschreckt, ist, wenn Thomas Marbet sagt, wir würden diese Strassen in ein, zwei Wochen nicht mehr erkennen. Dann sagst Du uns noch, es müsse weiss ich nicht welche Farbe sein. Ich glaube, man muss jetzt auch nicht überall mit dem Farbkübel drüber, sondern etwas mit Mass. Ich denke, das gilt sicher auch hier.

Simone Sager: Ich spreche jetzt auch nicht als FDP-Fraktionssprecherin, sondern als Simone Sager. Zuerst einmal ein Kompliment. Man hat sich doch etwas überlegt. Es passiert ein bisschen etwas. Zuerst hiess es, es gehe nicht und alles sei zu teuer. Jetzt fängt diese Geschichte langsam an, Formen anzunehmen. Lustig finde ich bei dieser ganzen Strassengeschichte einfach: Können wir nichts ganz Normales projektieren? Ich kann mich erinnern, dass wir einmal eine Fotomontage der Baslerstrasse hatten. Dort hatte es so wilde weisse Striche. Jetzt kommen wir mit grünen Dreiecken, grün wahrscheinlich auch wegen der Farbe von Olten. Wir kommen mit roten Vierecken. Es mag jetzt vielleicht mit der Anregung zu weit gehen. Wieso soll man es nicht einfach ganz normal einfach machen? Wir dürfen gelb nicht brauchen. Ich weiss aber, dass man weiss brauchen darf und man darf hellblau brauchen. Man darf keine Fussgängerstreifen machen. Aber ein Fussgängerstreifen ist dann ein Fussgängerstreifen, wenn er gelb ist. Wenn er weiss oder hellblau ist nicht. Das Ziel soll ja sein, dass die Leute sensibilisiert sind, dass dort jemand über die Strasse laufen könnte. Wenn ich grüne Vierecke am Boden sehe, bin ich nicht sensibilisiert, dass dort jemand über die Strasse laufen könnte. Ich bin sensibilisiert, wenn es Streifen hat und diese Streifen müssen, wie gesagt, nicht gelb sein, sondern können weiss oder blau sein. Ich habe mich nämlich im Internet etwas schlaue gemacht. Es gibt eine gute Seite: Mobilservice.ch. Dort hat es gute Fotomontagen. Wenn man die Sensibilisierung für die Automobilisten erreichen will, Vorsicht: Hier könnten Kinder kommen oder Fussgängerstreifen, dann bitte Streifen und nicht seltsame Vierecke oder ich weiss nicht was. Ich weiss nicht, ob das Ziel sein soll, dass man die graue Stadt Olten etwas farbiger machen kann, aber einfach normal. Was ich auch noch als Kompliment weitergeben möchte, ist, dass ich es gut finde, dass man scheinbar das Gespräch mit der Hübelischule gesucht und die Schulen mit eingebunden hat, was man dort machen könnte. Chapeau! Es steht auch im Netz, man solle dies doch probieren. Der neue Stadtrat hat dies erreicht, der alte scheinbar weniger. Auch dort: Gut, hat man dies gemacht. Aber wie gesagt: Ich würde die Sache mit den Vierecken noch einmal überdenken. Es ist wahrscheinlich nicht das Ziel, das es erreichen sollte.

Daniel Schneider: Verkehrsplaner sind wir alle und in der Regel die besten. Ich möchte mich jetzt nicht mehr weiter über Goethes Farbenlehre auslassen. Es gibt eigentlich auch bekannte Produkte, die schon eingesetzt sind. Diese muss man nicht einmal in einer Fotomontage suche. Wie ich schon einmal gesagt habe, glaube ich, dass man in Olten wirklich alles neu erfinden muss. Thomas Marbet, ich möchte mich beim neuen Baudirektor bedanken, dass er dem alten Baudirektor die Kohle aus dem Feuer geholt hat. Etwas erschrocken bin ich aber schon auch, nicht über die grünen Rhomboide, erschrocken bin ich über die Aussage, als Du gesagt hast: Die nächsten paar Jahre geht nichts mehr. Ich will keine Investition. Aber ich denke, man könnte den Stadtrat ja nächstes Mal aus Kostengründen nicht mehr nach Altenburg schicken, sondern nach Biel oder Luzern, die zeigen, dass mit wenig Geld – ich habe dies hier auch schon erzählt – der Strassenraum verengt werden kann und ich wiederhole mich ungern, muss es aber noch einmal tun, wo man den Strassenraum mit provisorischen Massnahmen verengen kann, wo dann die Fläche dem Fussgänger, dem Langsamverkehr und dem Gewerbe zugute kommt, also eigentlich die beiden Massnahmen, die man anstreben will, zusammen tun. Praktisches Beispiel: Was nehmen wir? Das Café Ring. Dort ist gerade eine Toreinfahrt. Geht nicht. Ein anderes Restaurant, das es noch nicht gibt. Dort verbreitert man das Trottoir quasi mit Holz um zwei Meter. Dort kann man nach draussen stuhlen, eine Beiz machen. Gleichzeitig ist die Strasse dort enger und man fährt automatisch langsamer. Ich fände, diese Massnahmen müssten Ihr

durchaus noch ins Programm aufnehmen. Kleckert jetzt nicht mit diesen Himbeerfarbflecken unsere Stadt zu. Hier möchte ich Thomas unterstützen. Denkt gleichwohl noch weiter, ob es quasi auf der niederschweligen Finanzstufe doch auch noch Massnahmen gibt, die gleichzeitig zum Beispiel für die Gewerbler in diesem Gebiet noch einen Nutzen generieren.

Luisa Jakob: Ich möchte jetzt als Jüngste in diesem Parlament vielleicht gleichwohl noch etwas sagen. Wahrscheinlich bin ich diejenige, welche die Primarschule wirklich am nächsten hat. Ich bin im Bifangquartier aufgewachsen. Wir haben gelernt: Dort hat es keinen Fussgängerstreifen. Ich kann über die Strasse gehen. Ich weiss auch, dass man links und rechts schaut. Ich bin auch besorgt um Kinder. Aber ich traue ihnen auch zu, dass sie etwas lernen können. Das ist das Eine. Das Andere ist die Verantwortung der Autofahrer. Wir wissen auch alle, dass wir auf der Autobahn 120 fahren können, also wissen wir doch auch, wie man sich in der 20er-Zone verhalten kann.

Rolf Braun: Ich messe persönlich die Wirksamkeit dieser Massnahmen daran, wie sicher sich die Kinder fühlen. Von mir aus gesehen fühlen sich die Kinder dann sicher, wenn sie jederzeit wissen, wo sie sich aufhalten. Sie müssen jederzeit wissen: In welcher Zone bin ich? Fehlgeschlagen hätten diese Massnahmen dann, wenn ein Kind plötzlich in der 50er-Zone ist, ohne dass es dies merkt und dann über die Strasse läuft, weil es meint, es sei in einer 20er-Zone. Ich hoffe, dass dies mit diesen Massnahmen gelungen ist, und dann sind sie absolut in Ordnung.

Heinz Eng: Was Luisa vorher gesagt hat, war von mir aus gesehen das Vernünftigste, was ich in den letzten 20 Minuten hier gehört habe. Ich spreche jetzt nämlich als Autofahrer und Töfffahrer. Es ist effektiv so, Luisa. Als Autofahrer und Töfffahrer schaut Du nicht nur bis zur Kühlerhaube und hast dann 60 auf dem Tacho, sondern man schaut voraus. Bei jeder Begegnungszone, in die man einfährt, sieht man die Tafeln, wenn man den Blick etwas nach vorne richtet. Hier kommt die Verantwortung des Autofahrers und des Töfffahrers zum Tragen. Ich habe ein ganz anderes Problem. Die Tachonadel meines schweren Töffs zeigt erst ab 40 an und ich fahre in der Begegnungszone immer nach Gefühl. Das ist mein Problem.

Urs Knapp: Ein Punkt ist, wie die Begegnungszone als Begegnungszone erkennbar ist. Das ist ein Teil, der jetzt erfüllt ist oder von der Forderung erfüllt wird. Die andere Sache ist, was Daniel Probst und Thomas Pfluger gesagt haben. Sie ist einfach zu gross. Das wurde am 22. August klar gesagt. Der Stadtrat hat am 26. August öffentlich gesagt - man kann dies auf der www.srf.ch-Seite und im Oltner Tagblatt nachlesen – ja, sie ist zu gross. Wir müssen sie verkleinern. Die Stadtentwicklungskommission hat am 29. August ein Projekt aus der Baudirektion mit einer kleineren Begegnungszone gesehen. Das ist von einem Vertreter der Baudirektion vertreten worden. Die Stadtentwicklungskommission hat mit zwei Dritteln Mehrheit gesagt: Es ist gut, wenn man dies so verkleinert. Ich möchte einfach noch von Thomas Marbet wissen, warum die Welt am 16. September dann plötzlich anders ist. Welche Erkenntnisse haben dazu geführt, dass die Begegnungszone doch nicht zu gross ist?

Thomas Marbet: Urs Knapp, ich kommentiere das Abstimmungsverhalten im Stadtrat nicht.

Dr. David Wenger: Ich bin mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden, wäre aber der Meinung, es sollte überwiesen und nicht abgeschrieben werden, bis wir dann die schönen Veranstaltungen auf dem Boden auch bewundern können.

Beschluss

Mit 35 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

Beschluss

Mit 23 : 19 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgeschrieben.

Mitteilung an
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Geschäftskontrolle

Verteilt am:

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Danke für das engagierte Mitdiskutieren. Ich wünsche noch einen schönen Abend.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.